

Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

★ Inhalt

Vom Besprechungswesen	2279	Lohnsenkung auch in den Vereinigten Staaten	2305
<i>Prof. Dr. Franz Eulenburg</i> , Europäischer Zollverband? (Schluß)	2282	Entspannung in der Lage der Reichsfinanzen?	2306
Die Eisenpreise	2286	Eisenpreis-Senkung in der Tschechoslowakei	2306
<i>Dr. August Bieling</i> , Der unbegründete Werttarif	2289	Erhöhung des schweizerischen Aluminiumzolls	2307
<i>Dr. Paul Jostock</i> , Die Schulden der öffentlichen Verwaltung	2291	Personalialia	2307
<i>Dr. Karl Altmann</i> , Deutschlands Margarine-Versorgung	2295	Literatur	2308
Glossen		Bilanzen (Bamag-Meguïn AG / Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther AG)	2312
Die Aussichten des Wohnungsbaus	2299	Briefe an den Herausgeber (Die Unkosten der privaten Krankenversicherung)	2314
Neues Mietrecht	2299	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York)	2315
Belastungsprobe des Steuerapparats	2300	Statistik (Preußische Staatsfinanzen im Oktober / Berliner Börsenkurse / Deutsche Reichsfinanzen im Oktober / Monatsausweis der BIZ / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Ausweis der Privatnotenbanken / Reichsbank-Ausweis / Internationale Wirtschaftszahlen [Berichtigung])	2321
Internationale Zuckerrestriktion	2300		
Können die Brotpreise gesenkt werden?	2301		
Greifbare und „Papier“ware auf dem Roggenmarkt	2302		
Strompreis-Senkungen	2302		
Das Ende der VEW	2302		
Lokomotivgemeinschaft zwischen AEG und Borsig	2303		
Weitere Konzentration in der Zellstoffindustrie	2304		
Günstiger Abschluß von Blohm & Voss	2304		
Deutscher Schifffahrtsdienst zwischen ausländischen Häfen	2305		

In diesem Heft: Wirtschafts-Literatur

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRlich 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



**DARMSTÄDTER UND
NATIONALBANK**
Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Akt.-Kap. 60 Millionen Reichsmark
Reserven 60 Millionen Reichsmark

Depositenkassen in allen
Stadtteilen Groß-Berlins
und in Vororten

Zahlreiche Niederlassungen
in allen Teilen Deutschlands



von Ende Januar bis Mitte Juni
Fahrpreis RM. **455.-** und aufwärts



DAMPFER „OCEANA“
DER HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG
DAMPFER „SIERRA CORDOBA“
DES NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN

**HAMBURG-AMERIKA LINIE
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**

und deren Platzvertreter



FURTWÄNGLER

nur auf „Gramophon“

mit dem Philharmonischen Orchester

*95408/3 m „Lohengrin“, Vorspiel
Plattenpreis RM. 6,-

*66925-26/4 m „Ein Sommernachts-
traum“, Ouvertüre Mendelssohn

*66935/4 m „Rosamunde“, Ballett-
Musik II, G-dur Schubert

Air aus der Suite D-dur J. S. Bach
Plattenpreis je RM. 7,50

KURZ-OPERN · KURZ-OPERETTEN

„La Bohème“ / „Der Troubadour“

„Carmen“ / „Hänsel und Gretel“

„Der Freischütz“ / „Lohengrin“

„Der Barbier von Sevilla“ / „Zar und

Zimmermann“ / „Die lustigen Weiber
von Windsor“

„Die Fledermaus“ / „Der Bettelstudent“

„Die Csardasfürstin“

TANZ- UND TONFILM-SCHLAGER

von den Tanzorchestern Paul Godwin,
Ilja Livschakoff, Ben Berlin, Juan
Lossas sowie den bekanntest. ameri-
kanischen Kapellen auf „Brunswick“
in hinreißendem Rhythmus gespielt

Vorspiel bereitwilligst im

GRAMMOPHON-SPEZIALHAUS G. m. b. H.

Berlin W, Friedrichstr. 189 · Kurfürstendamm 24 · Steglitz, Schloßstr. 25
Breslau, Gartenstr. 47 · Düsseldorf, Königsallee 38-40 · Eiberfeld,
Herzogstr. 30 · Essen, Kornmarkt 23 „gegenüber Freudenberg“ · Kiel,
Holstenstr. 40 · Königsberg i. Pr., Junkerstr. 12 · Köln, Hohe Str. 150
Leipzig, Markgrafenstr. 4 · Nürnberg, Königstr. 63, und in sämtl. offiz.
Verkaufsstellen der Deutschen Gramophon Aktiengesellschaft

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS“ NEUE FOLGE

6. JAHRGANG

BERLIN, 12. DEZEMBER 1930

NUMMER 50

Vom Besprechungswesen

Dem Rezensionsteil eines Presseorgans ist — einem Wort von Bücher zufolge — das Amt einer literarischen Gesundheitspolizei anvertraut. Dieses Amt wird durch die Versuche von Verlegern und Autoren erschwert, den Redaktionen Rezensenten aufzudrängen, welche die Publikationen günstig beurteilen, erschwert aber auch durch die Schwierigkeit, Rezensenten zu finden, die Sachkunde mit Zivilcourage vereinigen. Die Auswahl der Kritiker legt den Redaktionen eine hohe Verantwortung auf.

Die Neue Folge des Magazins wurde Anfang des Jahres mit einem Aufsatz über das Thema Wirtschaft und Presse eingeleitet. Indem wir die Aufgaben, die der Publizistik gestellt sind und die Gefahren, die ihr drohen, schilderten, kennzeichneten wir den eigenen Standpunkt. Von diesem Heft an erweitern wir den *Literaturteil* unserer Zeitschrift. In ähnlicher Weise, wie es damals geschah, wollen wir einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken, Bemerkungen über Zweck und Gestalt der Literaturreubrik.

„Nirgends ist mehr Unredlichkeit, als in der Literatur“, sagt Schopenhauer in dem grimmigen Essay „Über Schriftstellerei und Stil“, und er beruft sich auf Goethe als Eideshelfer. Was über das Besprechungswesen bisher geschrieben wurde, ist zumeist Paraphrase dieser Äußerung. Die Gefahr, daß die Publizistik in Abhängigkeit gerate, besteht in allen ihren Zweigen. Aber auf dem Gebiet des Rezensionswesens ist die Korruption komplizierter als etwa in der Handelspresse, denn die Menschen, die hier agieren, sind differenziertere Naturen, als es in der Regel die Geschäftsleute sind; ihre Leidenschaften sind komplizierter, denn es steht nicht nur der wirtschaftliche Erfolg auf dem Spiel; und da es sich schließlich um einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Autoren handelt, die meistens zugleich kritisieren und kritisiert werden, die sich zudem vielfach persönlich kennen, sind auch die Beziehungen von Mensch zu Mensch komplizierter, als es in der Wirtschaft, dem weiten Spielfeld robuster Naturen, der Fall ist.

Was eine verständige Rezension zu leisten hat, ist unschwer zu erkennen. Sie muß zunächst in aller Kürze angeben, *was die besprochene Arbeit enthält*, was der Leser in ihr finden wird. Im Anschluß daran kann der Kritiker selbstverständlich eigene Gedanken vortragen; ja es geschieht zuweilen, daß die Besprechung wertvoller ist als die Schrift, die ihr zugrunde liegt. Mögen aber auch die Ideen, die der Rezensent vertritt, der Gedankenwelt des kritisierten Autors fremd sein, es muß erwartet werden, daß der Kritiker seinem Opfer *Verständnis* entgegenbringt. Allzu oft wird ein Buch von einem ganz anderen Standpunkt aus beurteilt und damit verurteilt. Die immanente

Kritik ist insofern natürlich die gerechteste. Ebenso wenig wie abweichende Ansichten ein ausreichender Grund zur Verdammung sein dürfen, sollten *persönliche Beziehungen* auf die Kritik von Einfluß sein. Das Gebot der Objektivität in menschlicher Hinsicht sollte eigentlich gar nicht erst erwähnt zu werden brauchen. Aber im Besprechungswesen versteht sich das Moralische bedauerlicherweise nicht immer von selbst, schlimmer noch: das Unmoralische wird häufig gar nicht als unmoralisch empfunden, das Unrecht nicht als Unrecht erkannt. Mancher Rezensent ist sich gar nicht bewußt, daß seine Ausführungen Animosität oder Liebedienerei verraten.

Die Mißstände beginnen bereits bei der *Organisation des Besprechungswesens durch Verlag und Verfasser*. Das simpelste Verfahren ist die Versendung von „Waschzetteln“, simpel, aber wirksam angesichts der Einfalt vieler Redaktionen. Solange der Zettel, der dem Besprechungsexemplar beigelegt wird, nur die bibliographischen Daten und eine kurze Inhaltsangabe enthält, läßt sich gegen ihn nichts einwenden. Sobald er auf Gimpelfang ausgeht, also das Buch mehr oder minder offen lobt, muß man bedenklich werden. Allemal fällt aber die Verantwortung für Mißstände in der Waschzettelverwertung dem Redakteur des Literaturteils zu, denn seiner Harmlosigkeit oder Bequemlichkeit fällt es zur Last, wenn er statt einer eigenen Rezension den Waschzettel nachdruckt. Diese Unsitte hat in Deutschland in erschreckender Weise um sich gegriffen. Selbst angesehenen Zeitungen scheuen sich nicht, dem Leser den Reklametext des Buchverlags als redaktionellen Kommentar vorzusetzen. Ja, eine große süddeutsche Zeitung forderte kürzlich unseren Verlag in einem Rundschreiben auf, bei ihr zu inserieren. „Wenn wir Sie heute bitten“, schrieb sie, „uns geeignete Buchbesprechungen für diese Weihnachts-Sonderausgabe rechtzeitig zugehen zu lassen, dann in der Erwartung, daß Sie auch in dem angefügten Anzeigenteil die besprochenen Werke in Ihrem Interesse empfehlen. Geben Sie uns bitte baldmöglichst Ihre Wünsche für die Besprechungen und für die Inserate bekannt.“ Und nun das Gegenstück! Ein führendes Verlagsinstitut bietet den Redaktionen ein Exemplar der neuen Auf-



lage eines bekannten Nachschlagewerks zu einem Vorzugspreis und unter der Bedingung an, „drei Artikel, die wir Ihnen zur Verfügung stellen, im Textteil ihres Blattes“ zu veröffentlichen, „und zwar den ersten sofort, den zweiten vor Weihnachten 1930 und den dritten vor Ostern 1931“. Redaktionstätigkeit und Inseratengeschäft werden hier in unerträglicher Weise miteinander verquickt.

Achtsamere Redaktionen werden mit komplizierteren Methoden bearbeitet. Autor oder Verlag versuchen ihnen mehr oder minder taktvoll und geschickt Rezensenten aufzudrängen, von denen sie annehmen, daß sie das Buch in ihrem Sinne besprechen werden. (Daß der Verfasser umgekehrt der Redaktion den „Krieg“ androht, wenn sie seine Arbeit von bestimmten Rezensenten kritisieren läßt, ist immerhin ein seltener Fall.) So erweisen sich die Schriftgelehrten gegenseitig Gefälligkeiten, gemäß der Maxime: „Suche Verbindungen und lobe, damit man dich wieder lobt“ (wie es Schopenhauer formuliert). Es ist eine Art literarischer Wechselreiterei, die auf Kosten derjenigen getrieben wird, bei denen solche Autoritäten Kredit haben.

Sehen wir von solchen offenbaren Mißständen ab, die übrigens in der Belletristik bei weitem häufiger anzutreffen sind als auf unserem Arbeitsgebiet, so ist dies die Schwierigkeit, unter der die Literaturreubrik leidet: Für die meisten Themen gibt es nur wenige Sachkundige. Diese Spezialisten sind untereinander bekannt, zum Teil sind sie intim befreundet, zum Teil intim befeindet. Häufig lehnen sie die Übernahme von Besprechungen ab, um Unannehmlichkeiten von vornherein aus dem Wege zu gehen. Sie wollen — nicht so sehr aus Höflichkeit als aus Mangel an Zivilcourage — den Kollegen nicht verletzen — und in der Tat pflegt der Autor auch mit der besten Kritik nicht zufrieden zu sein, während andererseits der Fachmann geneigt ist, das Buch des Kollegen als unzureichend zu betrachten. Dem Redakteur des Literaturteils aber erwächst die schwierige Aufgabe, auf schmalen Strom zwischen Scylla und Charybdis hindurchzusteuern, unter den wenigen rezensionswilligen Sachverständigen sowohl dem Freund wie dem Gegner des Verfassers auszuweichen. Das setzt natürlich einige Kenntnis der persönlichen Beziehungen innerhalb der Gelehrtenrepublik voraus. In der Auswahl des Kritikers liegt das Kernproblem des Rezensionsteils. Bei der Bedeutung, die eine Kritik für die Laufbahn des Autors, für das Geschäft des Verlegers, für die Unterrichtung des Lesers haben kann, legt die Vergebung der Buchbesprechungen der Redaktion eine schwere Verantwortung auf.

Freilich erschöpft sich die Verantwortung der Redaktion darin, den Rezensenten sorgfältig ausgewählt zu haben; im übrigen trägt — wenn wir von den presserechtlichen Bestimmungen absehen — der Kritiker die Verantwortung für das Urteil, das er fällt. Die Redaktion darf ihn in dieser Hinsicht nicht beeinflussen. Diese Teilung der Verantwortlichkeiten besteht natürlich nur dort, wo der Rezensent unter seinem Namen auftritt; andernfalls haftet die Redaktion für die Kritik des ungenannten Mitarbeiters.

Die Frage der Anonymität ist von jeher umstritten worden, aber bei näherer Untersuchung erweist sie sich als recht unproblematisch. Eine Reihe von Presseorganen hat die Gewohnheit angenommen, die Beiträge der Redaktionsmitglieder nicht zu zeichnen. Der Text des Magazins der Wirtschaft z. B. ist ein Stück Wirtschaft, durch das Temperament der Redaktion gesehen, und zwar der gesamten Redaktion, deren Mitglieder in gemeinsamer Arbeit und mit gemeinsamen Zielen das Blatt schreiben und redigieren. Daß der Beitrag eines zwar nicht der Redaktion, aber ihrem engsten Mitarbeiterkreis angehörenden Fachmanns „anonym“ erscheint, setzt voraus, daß jede seiner Wendungen den Anschauungen der Redaktion angepaßt ist. In diesem Fall von Anonymität zu sprechen, wäre schlecht angebracht, denn die Namen der Redaktionsmitglieder sind kein Geheimnis, sind also nicht anonym. Anders steht es mit dem Literaturteil. Da der Kreis der Rezensenten über den der Redaktion angesichts der Fülle und der Mannigfaltigkeit der Neuerscheinungen notwendig weit hinausreicht, besteht Veranlassung, Klarheit über die Verfasser zu schaffen. Nur wenn der Kritiker mit offenem Visier auftritt, hat der Autor und mit ihm die Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Kontrolle, ob die Besprechung nur unter sachlichen Gesichtspunkten geschrieben ist oder nicht. Nur in diesem Fall kann das Publikum dem Literaturteil Vertrauen entgegenbringen, denn wer ließe sich von einem verummumten Gesellen durch das Dickicht eines Waldes führen und zöge es nicht vor, sich einem Bekannten anzuvertrauen?

Und ein Dickicht ist die Literatur heutzutage geworden. Der moderne Wissenschaftsbetrieb bringt eine Fülle von Büchern hervor und eine Fülle von Zeitschriftenaufsätzen, die nicht weniger Beachtung verdienen als die in Buchform erscheinenden Veröffentlichungen. Ein Aufsatz enthält oft mehr Gedanken und Material als ein dickleibiges Buch, und so sind wir dazu übergegangen, auch wichtigere Zeitschriftenartikel im Literaturteil anzuzeigen, und zwar in Gestalt kurzer Inhaltsangaben; der Leser mag danach entscheiden, ob er sich mit dem Aufsatz näher beschäftigen muß oder nicht. Denn die Zeit, in der Fichte das Lesen einen modernen Luxus nannte, ist längst versunken; der geistige Arbeiter empfindet heutzutage eher das Nichtlesen als Luxus. In einer solchen Zeit stellt ein guter Literaturteil ein Stück Rationalisierung dar; er lenkt die Aufmerksamkeit auf Veröffentlichungen, die Beachtung finden müssen, und schützt, was beinahe noch wichtiger ist, den Literaturkonsumenten vor geistiger Nahrung, die unreif, verfälscht oder ohne Nährwert ist. Das Amt einer literarischen Gesundheitspolizei auszuüben, nannte Bücher das — schwer zu erreichende — Ziel der Literaturreubrik. Dieses Amt wird durch eine unvernünftige Produktionspolitik erheblich erschwert. Einen recht großen Teil der jährlich auf dem Büchermarkt erscheinenden Veröffentlichungen bilden die Dissertationen, deren Druck von den Universitäten vorgeschrieben ist. Die Mehrzahl dieser Arbeiten verdient

nicht die Publizität, die ihnen damit zuteil wird. Der Fortschritt der Wissenschaft würde nicht gefährdet sein, wenn nur die wenigen Dissertationen gedruckt würden, die mehr als Kompilationen aus anderen Büchern sind. Aber wir fürchten, daß der Wunsch

nach Einschränkung der Bücherproduktion in den Wind gesprochen ist. „Was aber darüber ist, mein Sohn, da laß dich verwarnen; des vielen Bücher-machens nähme kein Ende, und vieles Predigen ermüdet den Leib.“

Mit dem nächsten Heft, der Doppelnummer 51/52, schließt der erste Jahrgang der Neuen Folge unserer Zeitschrift. Wie vor einem Jahr angekündigt wurde, haben wir das „Magazin der Wirtschaft“ erweitert und seinen Inhalt zu vertiefen gesucht. *Der Ausbau wird fortgesetzt.* Zunächst erfährt der

Literaturteil

eine Ausgestaltung, die in diesem Heft beginnt. *Die deutschen Neuerscheinungen auf unserem Arbeitsgebiet, nach Möglichkeit auch alle wichtigen Publikationen des Auslands, sollen in kürzester Frist angezeigt werden,* sei es in Form von Aufsätzen, von kleineren Besprechungen oder kurzen Inhaltsangaben. Neben der Buchliteratur werden auch *Zeitschriftenaufsätze* Berücksichtigung finden. Diese Literaturübersicht soll ein Wegweiser durch die schwer übersehbare Fülle der Neuerscheinungen sein. — Im

Artikelteil

werden wir eine Reihe von Aufsätzen veröffentlichen, in denen *Bruno Buchwald* zu dem *Aktienrechtsentwurf* der Regierung Stellung nimmt. Dr. *Altshul* befaßt sich mit der Theorie der *langen Konjunkturwellen*, Professor *Hoening* mit den Bestrebungen, ein *internationales Wechselrecht* zu schaffen, Professor *Beckmann* mit den Organisationsformen der *Milchversorgung*. Ein weiterer Aufsatz wird sich mit der *Entwicklung der Hansestädte* beschäftigen. Professor *Mombert* schreibt über *internationale Wanderungen*, Professor *Josephy* über den Einfluß des *Geburtenrückgangs* auf die qualitative Zusammensetzung der Bevölkerung, Dr. *Hans Speier* über das Problem der *Verbürgerlichung des Proletariats*.

Die vor einigen Wochen begonnene

Aufsatzreihe über handelspolitische Fragen

wird fortgesetzt. Im vorliegenden Heft schließt Professor *Franz Eulenburg* seine Darlegungen über das Thema der *Zollunion* ab. Es folgen Aufsätze zur *Soziologie der Handelspolitik* von Dr. *Alexander Rüstow*, über die *britische Handelspolitik* von Professor *Theodor Gregory* und über den *Verwaltungsprotektionismus* von Direktor *Karl Lange*. Den Abschluß bilden Artikel von Professor *Erwin von Beckerath* über die *Verkehrspolitik* als Mittel der Handelspolitik und von Professor *Jacob Viner* über den *amerikanischen Protektionismus*.

Europäischer Zollverband? (Schluß)

Von Prof. Dr. Franz Eulenburg

Die Annahme, daß innerhalb eines europäischen Zollvereins die Industriestaaten ihren Absatz erweitern würden, hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich, denn den Agrarstaaten Osteuropas fehlt die Kaufkraft zur Erhöhung der Einfuhr von Fertigwaren. Auch die Hoffnung auf eine verbesserte Arbeitsteilung würde sich kaum erfüllen, weil bei weiterem Bestand von Außenzöllen eine weitgehende Gebietskartellierung eintreten würde. Erhöhte Aufnahmefähigkeit des europäischen Marktes ist nur durch größere Investitionen, verbesserte Transportwege und durch die Industrialisierung der Agrarländer zu erreichen. Deutschland bedarf der ganzen Welt als Absatzgebiet.

Erweiterung des Industrieabsatzes?

Die eigentliche Problematik eines europäischen Zollverbands liegt nicht in der Frage des Nahrungsmittel- und Rohstoffbezugs — die im vorigen Heft erörtert wurde —, sondern im Austausch der Industrieprodukte und in der industriellen Arbeitsteilung. Befassen wir uns zunächst mit dem Problem der Schaffung neuen Absatzes für industrielle Erzeugnisse in den Agrarländern Europas.

Die Erschließung der östlichen und südlichen Agrarstaaten für den Absatz der europäischen Industrie wäre allerdings von großer Bedeutung. Man darf nicht vergessen, daß allein die Balkanländer eine Bevölkerung von 43 Millionen Menschen umfassen, also mehr als Frankreich. Polen, Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei verfügen über mehr als 55 Millionen Einwohner, dazu kommen die Randstaaten und die nordischen Länder mit 21 Millionen. Insgesamt handelt es sich um 120 Millionen Menschen, d. h. um eine Zahl, die der Bevölkerung der Vereinigten Staaten entspricht und die von ganz Mittel- und Südamerika sowie des britischen Nordamerika übertrifft. Ein großer Markt liegt sozusagen vor den Toren des industriellen Europa. Nun gibt aber nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern erst ihre Kaufkraft wirtschaftlich den Ausschlag. Bei der Mehrzahl dieser Staaten ist es damit sehr mißlich bestellt. Woran liegt das? Die östlichen und südlichen Staaten sind überwiegend Gebiete einer extensiven Landwirtschaft, deren Kaufkraft entsprechend sehr gering ist. Die Einfuhr dieser Länder bleibt deshalb weit hinter der der westlichen Staaten zurück. So beträgt sie je Kopf der Bevölkerung in Deutschland und Frankreich rund 220 RM, in Bulgarien dagegen nur 38 RM, in Jugoslawien 46 RM, in Polen und Rumänien 47 RM und selbst in Italien nur 120 RM. Lediglich Skandinavien, Österreich und die Tschechoslowakei weisen bessere Zahlen auf. Die Kaufkraft jener Länder müßte also wesentlich gehoben werden, um sie für kontinentaleuropäische Industrieprodukte aufnahmefähig zu machen. Daß die Ansicht, der verstärkte Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach den europäischen Industriestaaten würde den Einfuhrbedarf der Agrarländer steigern, falsch ist, zeigten wir schon im letzten Heft. Die Zerschlagung des Großgrundbesitzes in jenen Ländern ist der Ausfuhr von Cerealien abträglich.

Die Umwandlung der süd-östlichen Staaten in Überschußgebiete großen Stils setzt aber nicht nur Kapital voraus, sondern auch die Ausbildung einer heimischen Industrie und eines Absatzes in der Nähe. Es wird so leicht übersehen, daß reine Agrarländer nur unter ganz bestimmten Umständen eine intensive Landwirtschaft entfalten können. Dazu bedarf es in der Regel der Schaffung einer städtischen Bevölkerung und einer eigenen Industrie, was schon Thünen und Friedrich List gewußt haben. Nur eine kapitalistisch betriebene Großlandwirtschaft, nicht aber eine kleinbäuerliche kann große Ausfuhrüberschüsse ergeben. Wo sollen also die Produktionsmittel, Eisen, Maschinen, Chemikalien, elektrotechnische Produkte abgesetzt werden? Agrarländer brauchen diese Waren nicht, selbst Düngemittel werden einstweilen nur in sehr kleinem Umfange nachgefragt. Textilien aber sind hier zumeist noch Nebenerzeugnisse des landwirtschaftlichen Hausgewerbes, und stammen nur zu kleinem Teile aus fremder Einfuhr. Die jungen Agrarländer des Ostens und Südens suchen ja gerade deshalb eigene Industrien zu schaffen, um die Kaufkraft zu heben, die Kapitalbildung zu fördern und zugleich die Staatseinnahmen zu erhöhen. Als Folge der Entwicklung einer heimischen Industrie erwarten sie nach dem Thünen'schen Gesetz die Intensivierung der Landwirtschaft, die ohne jene gar nicht möglich wird. Wie wir sagen müssen, mit Recht.

Die kleinbäuerlichen Agrarstaaten werden kaum geneigt sein, die Ansätze ihrer Industrie zugunsten einer europäischen Zollunion zu opfern, lediglich um den Überschuß ihrer Agrarproduktion, der nach der bisherigen Methode recht klein bleiben wird, auszuführen. Denn diese Staaten können z. T. gar nicht anders vorgehen, wenn sie ihrer wachsenden Bevölkerung überhaupt Unterhalt verschaffen wollen. Das ist der alles entscheidende Punkt, den wir niemals aus dem Auge lassen dürfen. Die Kapazität der Länder ist bei statischen Verhältnissen überall nur beschränkt, und die Auswanderung, die ein Abhilfsmittel darstellen könnte, ist einstweilen versperrt. Also bleibt nur der Weg der Industrialisierung übrig. Der gute Rat, diese Völker mögen sich doch einer europäischen Zollunion anschließen, verkennet die Dynamik der Weltwirtschaft und das Lebensinteresse fortschreitender Agrarwirtschaften vollständig. Oder sollte für sie Friedrich List, auf

den man sich sonst so gern beruft, nicht geschrieben haben? Die bloße Einbeziehung der Gebiete in eine europäische Zollunion vermag die Kaufkraft dieser Völker in keiner Weise zu heben und ebenso wenig den Absatz der europäischen Industriestaaten dahin zu erhöhen. Mehr kaufen kann ein Volk nur dann, wenn sich vorher das Einkommen und damit die Kaufkraft der Bevölkerung erhöht. Durch die bloße Beseitigung der Zölle ist dies Ziel nicht zu erreichen, sondern nur durch *Erhöhung der Produktivkraft* des Landes. Vielleicht ist dafür nichts so lehrreich wie der Vergleich der Volkseinkommen in den verschiedenen Teilen eines Landes. Es kamen 1926 in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung: in Berlin, Hamburg und Bremen gegen 1500 RM, in Sachsen 1070, in Pommern 700, in Bayern 760, in Ost- und Westpreußen knapp 600 RM. Was wäre für eine Absatzsteigerung möglich, wenn sich die Kaufkraft der agrarischen Gebiete innerhalb Deutschlands auf die Höhe der städtischen oder der industriellen erhöhte! Auf diese elementare Tatsache kommt es bei der Ausfuhrsteigerung entscheidend an.

Der Preis der Agrarprodukte aber wird nicht von den europäischen Produzenten selbst, sondern vom Weltmarkt bestimmt, und zu den Gestehungskosten kommen stets die *Transportkosten* hinzu. Gerade sie gestalten sich einstweilen für die europäischen Agrarländer beim Absatz in die aufnahmebedürftigen Industriestaaten sehr ungünstig und sind wesentlich höher als bei der Einfuhr aus Übersee.

Verstärkte Arbeitsteilung?

Anders steht es mit der gegenseitigen Ergänzung der Industriestaaten, also vor allem Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, eventuell noch der Tschechoslowakei und Österreichs, an die man wohl in erster Linie denkt. Auch hier sieht die Wirklichkeit anders aus, als Begeisterung für eine Idee und guter Wille gern annehmen. Denn auf den großen Gebieten der Eisen- und Textilindustrie, teilweise auch der chemischen Industrie, sind diese Länder scharfe Konkurrenten, die sich keineswegs hierin ergänzen. *Loucheur* und manche andere Wirtschaftsführer haben an eine zweckmäßige innere Arbeitsteilung gedacht, indem jede Industrie nur an dem optimalen Standort übrigbliebe und die Betriebe mit den höheren Gestehungskosten aufgegeben werden. Dadurch würde eine Verbilligung der Preise und eine Erweiterung des Absatzes eintreten. Die französische und belgische Eisenindustrie, die mit niedrigeren Kosten arbeitet als die Eisen schaffende Industrie anderer Länder, hätte den ganzen Kontinent mit Eisen und Stahl zu versorgen. Dementsprechend hätten etwa die chemischen und elektrotechnischen Werke der meisten europäischen Länder zugunsten der deutschen Betriebe abzudanken. Ein verlockender Gedanke! Was sollen indes die anderen Staaten mit ihren bestehenden Industrien machen? In welchen neuen Gewerben sollen die Kapital- und Arbeitskräfte der stillgelegten Betriebe Verwendung finden, wenn die einzelnen Länder nur Provinzen des pan-

europäischen Wirtschaftsreiches sind? Man muß schon die Möglichkeit einer solchen optimalen Standortsverschiebung bis zu Ende durchdenken, wenn man sie grundsätzlich erfassen will. Daraus folgt aber schon, daß sie sich nicht verwirklichen läßt, ohne *Umstellungskrisen* schwerster Art herbeizuführen.

Aber wir brauchen uns gar nicht dieses Schreckgespenst auszumalen. Denn es würde eine ganz andere Entwicklung einsetzen, die die schöne Illusion der besten Standortsverteilung über den Haufen wirft. Keine der vorhandenen Industrien würde nämlich darauf warten, bis ihr das Lebenslicht ausgeblasen wird, keine würde sich zugunsten des optimalen Standortes selbst aufgeben, so wenig wie sie es schon innerhalb eines Landes tut! Vielmehr würden sich in größtem Stile *regionale Gebietskartelle* nach Art des internationalen Eisenkartells bilden. Jede Industrie-gruppe würde versuchen, ihr nationales Absatzgebiet ungeschmälert zu erhalten. Jene erhoffte Rationalisierung der Standorte würde also gar nicht erst in die Wege geleitet werden. Der Selbsterhaltungstrieb der nationalen Industrien würde innerhalb des europäischen Zollverbandes für ihre weitere Existenz sorgen, und sie würden die Arbeitermassen und die politischen Mächte für sich haben! Eine Preisreduzierung durch Kostenersparnis, wie man sie als selbstverständlich annimmt, wäre höchst unwahrscheinlich. Das vermag der reine Freihandel in weit wirksamerer Weise zu erreichen als das sehr komplizierte Gebilde eines Zollverbandes. Vielmehr würden die Interessenten es durchzusetzen verstehen, durch *hohe Außenzölle* den europäischen Wirtschaftsverband gegen fremde Einfuhr zu schützen. Gleichzeitig würde eine Schleuderausfuhr nach den Märkten außerhalb Kontinentaleuropas einsetzen; denn die Überkapazität vieler europäischer Industrien bleibt ja bestehen. Für die europäischen Abnehmer höchst unerfreulich, für die außereuropäischen jedenfalls sehr vorteilhaft. Wenn man ernsthaft Freihandel will, braucht man nicht einen Zollverband, der ungefähr das Gegenteil der erhofften Wirkungen herbeiführen müßte. Zudem bestehen auch *innerhalb* desselben Landes für die gleiche Industrie Betriebe mit sehr verschiedenen Kosten und ungleicher Rentabilität nebeneinander. Der Deutsche Zollverein hat ihr Entstehen in keiner Weise verhindert, obwohl er nach der Theorie des großen Marktes und der optimalen Standortsverschiebung es hätte tun müssen. Warum sollte also der europäische Zollverband eine Gewähr dafür bieten? Oder läßt etwa der ganze Verteilungsapparat, von dem man niemals spricht, obwohl er wesentlich zur Verteuerung beiträgt, sogar innerhalb der Vereinigten Staaten das geringste von einer Rationalisierung erkennen? So einfach also liegen die Dinge nicht, wie die Befürworter etwa glauben machen wollen.

Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern findet ohnedies statt und wird sich bei gegenseitigem Einspielen künftig von neuem durchsetzen, wie es vor dem Kriege annähernd der Fall war. Diese Entwicklung, die sich erst in längerer Zeit erreichen läßt, wird zumeist übersehen. Es be-

steht eine unbeabsichtigte Planwirtschaft im Export. Denn es liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse jedes Landes, sich auf solche Ausfuhrwaren zu spezialisieren, die in anderen weniger zweckvoll hergestellt werden. Das Beispiel der schwedischen Kugellager- und Edelmetallausfuhr zeigt den Weg. Nur läßt sich eben in keinem Lande eine Industrie lediglich auf solchem Exklusivverkehr aufrecht erhalten. Es ist darum sehr unwahrscheinlich, daß sich durch den Zollverband eine optimale Standortsverteilung durchsetzen wird.

Das Problem der Kapitalverteilung

Wesentlich besser scheint es mit einer anderen Erwägung zu stehen, nämlich mit der gegenseitigen Ergänzung des Kapitals. Zweifellos verfügt Frankreich in hinreichenden Mengen über Kapital, während Deutschland sowie die gesamten östlichen, nordöstlichen und südlichen Länder es brauchen. Freie Kapitaleinfuhr innerhalb Paneuropas aus den Gebieten des Überflusses in die Länder des Bedarfes ist an sich durchführbar. Aber wer hinderte bisher das französische Kapital daran? Sicherlich nicht das bestehende Zollregime. Vielmehr nur der Umstand, daß die französischen Kapitalisten außerordentlich vorsichtig sind, daß sie ihre Gelder höchst ungern privaten Unternehmungen überlassen und dafür Staatsrenten bevorzugen. Zudem waren sie von jeher politisch orientiert. Die französische Mentalität, die vor dem Kriege sehr ausgeprägt die Kapitalauswanderung bestimmte, ist nicht viel anders geworden. Im Gegenteil scheint nach den Erfahrungen mit Rußland der französische Kapitalist jetzt noch viel mehr auf Sicherheit erpicht zu sein als früher.

Deutschland könnte sehr wohl das Kapital statt aus den Vereinigten Staaten aus Frankreich beziehen. Aber bisher zog das politische Vorurteil der Franzosen eine starke Schranke. Daran dürfte auch durch den Zollverband nicht viel geändert werden; denn das französische Kapital wird nicht geneigt sein, sich Konkurrenten groß zu ziehen. Polen, Rumänien, Österreich und Griechenland erhalten ohnedies französisches Kapital. Warum sollte Frankreich von seinem Standpunkt abgehen? Der Zusammenschluß bietet also in dieser Beziehung keinerlei Vorteil.

Handelspolitische Verbindungen anderer Art

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß der europäische Zollverband in keiner Hinsicht das zu halten vermöchte, was sich eine unklare Ideologie von ihm verspricht. Voraussichtlich würde er nur ein *Hochschutzzollsystem* auf erweiterter Basis mit komplizierteren Formen darstellen. Die wichtigsten Probleme würde er nicht lösen können, weil ihm — im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, auf die so oft hingewiesen wird — die Einheit von Kultur, Sprache und Verfassung sowie die Verfügung über Rohstoffe und Nahrungsmittel fehlten.

Gibt es nun aber neben dem Plan eines kontinentalen Zollverbands weniger weitreichende und deshalb zweckmäßigere Möglichkeiten? Häufig werden *regionale Abkommen* vorgeschlagen, insbesondere

unter Anwendung der Nachbarrechtsklausel. Sodann wird an Vereinbarungen vieler Agrarländer zur gemeinsamen Regelung des Absatzes und Rayonierung der Ausfuhr gedacht. Derartige Abmachungen könnten etwa zwischen den nordöstlichen Randstaaten oder den Balkanländern oder auch zwischen relativen Freihandelsländern, wie Belgien, Holland, Dänemark, zustande kommen. Ähnlich würde sich eine Donaukonföderation der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten gestalten. Gegenstand der Verträge wären allenthalben die Regelung gewisser Einfuhren, eventuell auf dem Wege der Reziprozität unter Ausscheidung der allgemeinen Meistbegünstigung. Ansätze und Vorbesprechungen dieser Art haben in den letzten Jahren mehrfach stattgefunden. Die Aussichten scheinen mir gering zu sein, weil immer wieder weltwirtschaftliche Zusammenhänge störend eingreifen und weil sich andererseits die Kontrahenten nicht von vornherein auf bestimmte Absatzländer festlegen können. Das aber wäre eine Voraussetzung aller solcher regionalen Abkommen. Immerhin würde sich auf diese Weise mancherlei erreichen lassen, was handelspolitisch zu begrüßen wäre. Ebenso steht es mit dem Gedanken der *Kollektivverträge*, die imstande sind, eine formale Angleichung verschiedener Handelsverträge herbeizuführen. Den Inhalt dieser Verträge würden sie allerdings kaum berühren.

Wiederholt ist eine *Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich* als Vorbedingung für ein Paneuropa gefordert worden. Man erblickt vielfach gerade hierin den Schlüssel für die künftige europäische Handelspolitik. Eine nähere Betrachtung kann aber dieser Vorstellung wenig Aussichten zuerkennen. Der Anteil Frankreichs am deutschen Außenhandel beträgt rund 5—6%; vor dem Kriege war er nicht höher. Damit steht Frankreich erst an vierter und fünfter Stelle in der Liste unserer Handelspartner. Deutschland nimmt allerdings am französischen Außenhandel mit etwa 10% teil; es spielt also für die französische Handelsbilanz eine wesentlich größere Rolle als Frankreich für uns. Mir scheint die Möglichkeit der Erweiterung keineswegs sehr groß zu sein, da die Struktur der beiden Länder gewisse Bezüge nicht gestattet. Das Paradeponferd ist der Austausch von französischen Erzen gegen deutsche Koks- und Eisenkohlle. In Wirklichkeit bezieht Frankreich zwar den größten Teil dieser Kohlle von uns, wir jedoch nur 12% der Eisenerze von dort. Der Grund liegt in der ungünstigen Verkehrslage und der geringwertigkeit der Minetteerze, die weite Transporte nicht vertragen. Eine Ergänzung ist also nur in geringem Maße möglich, während gerade in den wichtigsten Zweigen, der Eisen- wie der Baumwollindustrie, stärkste Konkurrenz besteht. Daß eines der Länder auf die Herstellung dieser Waren zugunsten des anderen verzichten würde, darf als ausgeschlossen gelten. Auch ist von einer Neigung Frankreichs oder Deutschlands, das Schutzsystem zugunsten einer mitteleuropäischen Idee aufzugeben, nicht viel zu spüren. Insbesondere Frankreich fährt bei dem bis-

herigen System der leichten Versorgung des Landes mit Lebensmitteln aus dem Kolonialgebiet, der starken aktiven Zahlungsbilanz und der großen privaten Ersparnisse, zu denen einstweilen noch die Reparationen kommen, recht günstig. Wohl wird Frankreich wegen seiner zunehmenden Exportinteressen — eine Folge der neu gewonnenen Gebiete — eher bereit sein, die Meistbegünstigung einzuräumen, darin allen vorgeschrittenen Industriestaaten ähnlich. Aber von hier zu einem Abbau seiner Zollmauern zugunsten eines engeren Zusammengehens mit Deutschland ist noch ein weiter Weg. Soweit Fertigwaren in Betracht kommen, ist bei jeder einzelnen Warengruppe unser Absatz nach Großbritannien und den Niederlanden wesentlich größer als der nach Frankreich.

Deutschland muß auf eine möglichst große *Vielfältigkeit* seiner Produktion und seiner Ausfuhr, auf die Offenhaltung *aller* Länder, nicht nur der europäischen, das Hauptgewicht legen. Es ist zu unterstreichen, daß Deutschland mehr als 40 % seiner *Fertigwaren* nach England und den *außereuropäischen Kontinenten*, nach Frankreich nur 4 % ausführt. Auf die Fertigwaren kommt es aber entscheidend an. Kann Deutschland diese Ausfuhrbeziehungen zugunsten eines höchst unwahrscheinlichen Mehrabsatzes in Kontinentaleuropa gefährden?

Neue Möglichkeiten

Betrachten wir die Zollmauern, die die wichtigsten Staaten Europas umgeben, so können wir nach dem Bericht des „Österreichischen Nationalkomitees der Internationalen Handelskammer über Zollhöhe und Warenwerte“ sechs Zollgürtel unterscheiden, wobei die *Durchschnittsbelastung* zugrunde gelegt ist.

- I. bis 15 %: Belgien, Holland, Dänemark;
- II. 16—20 %: Deutschland, Schweiz, Österreich, Schweden;
- III. 21—30 %: Italien, Frankreich;
- IV. 31—40 %: Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien;
- V. 41—50 %: Polen;
- VI. über 50 %: Rumänien.

Bei einer weiteren Analyse würde sich deutlich ein Unterschied in der Zollhöhe der einzelnen Warengruppen ergeben. Nehmen wir beispielsweise die beiden Gruppen der chemischen Produkte und der Maschinen, so beträgt die Durchschnittsbelastung für deren Einfuhr nach Frankreich 24 bzw. 40 %, für die nach Rumänien, Schweden, Schweiz, Ungarn bleibt sie hinter 20 % zurück: trotzdem ist der Absatz nach den letztgenannten Gebieten beide Male sehr unbedeutend, der nach Frankreich dagegen erheblich!

Immerhin geht aus dieser Zusammenstellung hervor, daß sich vor allem die östlichen Agrarländer mit hohen Zöllen umgeben. Sie dienen hier sowohl finanziellen Zwecken wie der Züchtung junger Industrien. Auch ohne die Zölle bleibt indes die Möglichkeit eines erweiterten Absatzes hierhin sehr gering. Nur in dem Maße, wie sie ihre eigenen Produktivkräfte stärken, werden sie aufnahmefähiger werden. Für die Ausfuhr der Industriestaaten kommt es in erster Linie nicht darauf an, diese neuen Länder in einem Zollverband mitzuumfassen. Das ist eine Utopie, die

sich nicht verwirklichen läßt, und die selbst nach der Verwirklichung die Hoffnungen nicht erfüllen könnte. Es verdient ernstlich Beachtung, wenn der englische Balfour-Bericht zu dem Ergebnis kommt, daß es in erster Linie nicht die Zollmauern sind, die die Absatzfähigkeit der Industriestaaten und die Aufnahmefähigkeit der Agrarstaaten hemmen. Vielmehr käme es darauf an, die Volkswirtschaften dieser Länder selbst zu heben und damit ihre Bedürfnisse nach Industrieprodukten, vor allem nach den Produktionsmitteln zu steigern. Das kann geschehen durch *Kreditgewährung*, durch *Verbesserung des Verkehrsnetzes*, durch *Ausbau der natürlichen Hilfskräfte*, vor allem der *Bodenkräfte*, und durch *Arbeitssteigerung* und *Verstadtlichung* der Bevölkerung.

Wenn man den Zollabbau wirklich will, so hat es keinen Sinn, sich mit langwierigen kontinental-europäischen Verhandlungen zu belasten. Man stößt dadurch nur alle übrigen Kontinente vor den Kopf und gelangt in Europa zu einem Hochschutzzollsystem, ohne das gesteckte Ziel auch nur im geringsten erreichen zu können. Weder eine europäische Arbeitsteilung und optimale Standortsverschiebung noch eine Preissenkung und Kostenersparnis noch auch endlich eine Steigerung des außereuropäischen Absatzes wird durch die Verwirklichung des Planes erreicht werden. Aus der irrigen Diagnose über die Ursachen der Depression folgt die irrige Therapie. Nur durch

Da vereinzelt noch Zuschriften, Bestellungen und Geldbeträge, die für das Magazin der Wirtschaft bestimmt sind, an die Firma Verlag Wirtschaft und Geschäft GmbH oder zu Händen des früheren Herausgebers Leopold Schwarzschild gesandt werden, legen wir Wert auf die Feststellung, daß das Magazin der Wirtschaft seit dem 1. Januar d. J. weder mit der Verlag Wirtschaft und Geschäft GmbH, noch mit dem früheren Herausgeber Leopold Schwarzschild in irgendwelcher Verbindung steht. Wir bitten dringend, für das Magazin der Wirtschaft bestimmte Sendungen nicht an den früheren Herausgeber oder den früheren Verlag zu richten, sondern nur an die Redaktion oder den neuen Verlag (Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH).

Redaktion und Verlag des
MAGAZINS DER WIRTSCHAFT
BERLIN W 62, KURFÜRSTENSTR. 131

eine Steigerung der eigenen Produktivkräfte der östlichen und südlichen Staaten, durch erhebliche Kapitalinvestierung und eine namhafte Erhöhung des Lebensstandards dieser noch sehr bedürfnislosen Bevölkerungen ist eine Erweiterung des europäischen

Absatzes zu erwarten. Dies alles aber zu erreichen, dazu bedarf es ganz anderer Kräfte als lediglich zollpolitischer Maßnahmen, bedarf es vor allem eines jahrzehntelangen Aufbaus innerhalb dieser Staaten selbst.

Die Eisenpreise

Der Abbau der deutschen Inlandeseisenpreise, dessen beschleunigte Durchführung der Reichswirtschaftsrat von der Reichsregierung verlangt hat, ist immer noch nicht vorgenommen worden. Die Eisenindustrie versucht, die Preissenkung bis zum Januar zu vertagen und in ihrem Ausmaß soweit wie möglich zu beschränken. Wenn die Reichsregierung ihre Preisabbau-Aktion nicht gefährden will, wird sie nicht umhin können, dem Ersuchen des Reichswirtschaftsrats Folge zu leisten.

Am 14. November veröffentlichte der Reichswirtschaftsrat einen Beschluß über die Notwendigkeit einer starken Senkung der deutschen Eisenpreise. In diesem Beschluß heißt es: „Der Ausschuß stellt fest, daß die gegenwärtigen hohen Eisenpreise des Inlandes gegenüber den niedrigeren Preisen des konkurrierenden Auslandes wie gegenüber denen des Weltmarktes für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar sind. Der Ausschuß hält trotz der gegenwärtigen ernsten Lage der deutschen Eisenindustrie als eines der Mittel zu der dringend erforderlichen Senkung der Produktionskosten und damit der Lebenshaltungskosten eine starke Senkung der deutschen Eisen-Inlandspreise für notwendig und er ersucht die Reichsregierung, auf Beschleunigung dieser Preissenkung hinzuwirken.“

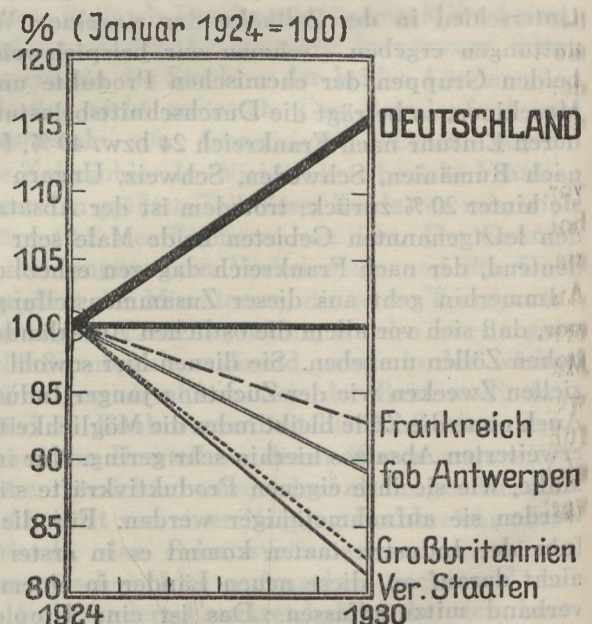
Inzwischen sind drei Wochen vergangen, ohne daß Anstalten zu einer Preisermäßigung getroffen wurden. Von einer *Beschleunigung* dieser Maßnahme, zu der die Reichsregierung vom Reichswirtschaftsrat *einmütig* aufgefordert wurde, ist nichts zu bemerken.

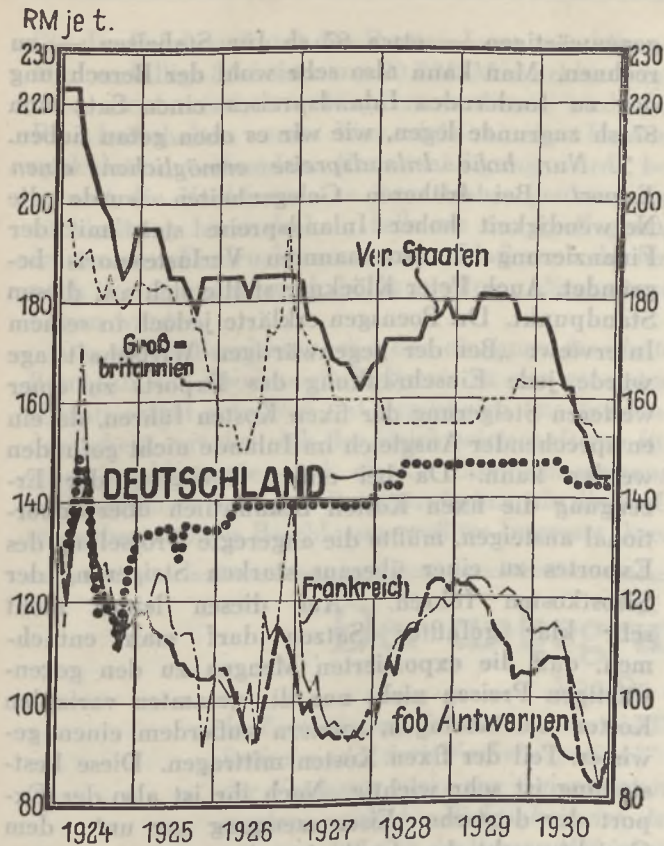
Der Wortlaut des Berichts, den der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats über die Preisbindungsfragen in der Eisenwirtschaft der Reichsregierung erstattet hat, liegt jetzt vor. In diesem Bericht werden die Produktionsverhältnisse und der Aufbau der Eisenindustrie eingehend geschildert; die monopolistische Organisation des deutschen Eisenmarktes wird aufs neue belegt. In einer internen Ausschußberatung wurde auch ausdrücklich festgestellt, daß die hohen deutschen Eisenpreise „nur durch die monopolistische Beherrschung des deutschen Marktes gehalten werden können“.

Wie groß die zu fordernde Preissenkung sein soll, wird in dem Bericht nicht gesagt. Die Vertreter der verarbeitenden Industrie haben einen Abstand von 30 RM je Tonne über Weltmarktpreis als erträglich bezeichnet; diese Spanne würde ungefähr der Höhe des deutschen Zolls zusätzlich der Frachtkosten von Oberhausen nach Antwerpen entsprechen. Für Stabeisen stände dann der Preis bei 117 RM (87 RM fob Antwerpen plus 30 RM), gegenüber einem gegenwärtig geltenden Preis von 137 RM. Die Preissenkung müßte also 20 RM oder 14,6 % betragen. Vor dem Krieg waren die Oberhausener Preise

und die Weltmarktpreise (fob Antwerpen) ungefähr gleich hoch, obwohl auch damals eine große Differenz zwischen den Löhnen im Ruhrgebiet und im Ausland bestand und obwohl auch damals im Ruhrgebiet überwiegend Schwedenerze eingesetzt wurden.

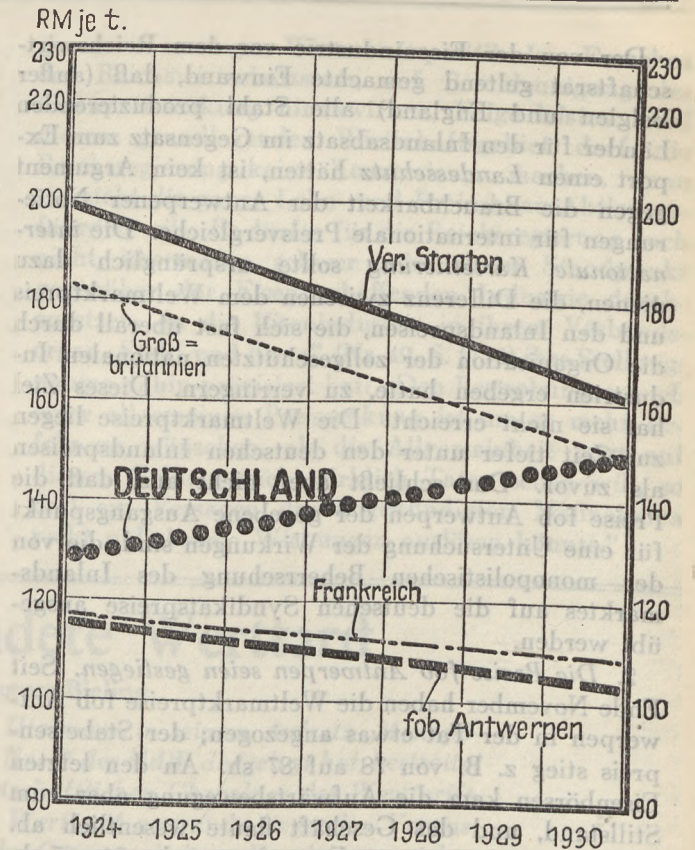
Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie sich die deutschen Eisenpreise seit Jahren von den Preisen der übrigen Eisenindustrien der Welt entfernt haben, betrachte man die Zeichnungen auf S. 2287. Allerdings können diese Preiscurven ihrer absoluten Höhe nach insofern nicht miteinander verglichen werden, als für Großbritannien der Preis für original britisches Siemens-Martin-Material in kleinsten Mengen franko Verbraucher eingesetzt ist, während sich die übrigen Preise auf Großabschlüsse ab Werk in Thomasgüte beziehen. Unter Berücksichtigung der Qualitäts-, Mengen- und Konditionendifferenzen liegen also die dem dargestellten deutschen Preis entsprechenden Notierungen für original englisches Stabeisen weit unter den deutschen Preisen. Worauf es hier vor allem ankommt, ist die Divergenz des Trends der Stabeisenpreise während der letzten sechs Jahre. Setzt man den Januar 1924 gleich 100, so erhält man das folgende Bild:





Danach hat nur die deutsche Preiskurve eine aufsteigende Tendenz. Selbst der französische Trend senkt sich, was in Anbetracht der Inflationspreise am Anfang der Berichtsperiode äußerst bemerkenswert ist, und in den Ländern mit den höchsten Löhnen, Großbritannien und Vereinigte Staaten, ist die Verbilligung der Eisenpreise am größten.

Diese Tatsachen, die der deutschen Eisenindustrie selbstverständlich bekannt sind, stellen letzten Endes den Grund für die teilweise in ungewöhnlich scharfer Form öffentlich vorgetragene Beschwerden der Eisen verarbeitenden Industrie dar. Auch im Reichswirtschaftsrat war, wie aus dem vorliegenden Bericht hervorgeht, die Preispolitik der Eisenindustrie schweren Angriffen ausgesetzt. Unter dem Eindruck dieser Verhandlungen waren die maßgebenden Vertreter zunächst auch bereit, die Konsequenzen zu ziehen, die der Reichswirtschaftsrat von ihnen forderte: Dr. Ernst Poensgen hat auf der Tagung des Langnam-Vereins am 4. November dieses Jahres erklärt, daß die Eisenindustrie die Preis- und Lohnsenkung von Oeynhausen nur als einen Anfang betrachtet habe. Der nächste Schritt, der hier gemacht werden soll, müsse ein radikaler sein. Bei den ersten Verhandlungen über diesen Schritt scheint man von einer Preissenkung für Stabeisen auf der Basis von 15 bis 20 RM je Tonne gesprochen zu haben. Inzwischen ist es merkwürdig still geworden. Nach Veröffentlichung des Preissenkungsbeschlusses erfolgte zunächst gar nichts. Erst eine Woche später äußerte sich Ernst Poensgen in einem Interview über verschiedene Fragen der Eisenwirtschaft (vgl. Nr. 48, S. 2201), und zwar in recht vorsichtiger Form. Immerhin läßt sich dieses Interview noch mit seiner Ankün-



digung eines radikalen Schritts in Einklang bringen. Bei der Rede, die Peter Klöckner auf der Generalversammlung der Klöcknerwerke AG am 6. Dezember gehalten hat, ist dieser Zusammenhang aber nicht mehr gegeben. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß höchstens eine *nicht radikale* Preissenkung in Frage kommen könne. Außerdem sind in den letzten Tagen weitere Informationen über die Ansicht der Schwerindustrie zur Preisfrage an die Öffentlichkeit gelangt, die erkennen lassen, daß man von dem früheren Entschluß zu einem radikalen Schritt wieder abgerückt ist. Die für Donnerstag vorgesehenen Mitgliederversammlungen der deutschen Rohstahlgemeinschaft und der ihr angeschlossenen Eisenverbände sind auf Januar vertagt worden. Man begründet diese Politik mit folgenden Argumenten:

1. *Der Weltmarktpreis sei zu Preisvergleichen ungeeignet.* Die Eisenindustrie lehnt die Exportpreise fob Antwerpen als Vergleichsbasis mit den Inlandspreisen ab, weil die Weltmarktkonkurrenz nur durch 15 % der Weltstahlerzeugung hervorgerufen werde, während die übrigen 85 % Eigenbedarf der Stahl produzierenden Länder darstellen und einen Landes(sprich Zoll-)schutz genießen. In diese Rechnung sind sowohl die Vereinigten Staaten wie England einbezogen. Auf dem Weltmarkt fob Antwerpen wird aber weder englisches noch amerikanisches Eisen gehandelt. Im Gegenteil, nach beiden Ländern wird zu den Preisen fob Antwerpen vom Kontinent aus exportiert. Die *kontinentalen* Eisenproduzenten, die also allein zu diesem Preis verkaufen, setzen zur Zeit etwa 40 bis 50 % ihrer Erzeugung zu den Preisen fob Antwerpen ab. Diese Methode der Preisermittlung ist also in jeder Hinsicht einwandfrei.

Der von der Eisenindustrie vor dem Reichswirtschaftsrat geltend gemachte Einwand, daß (außer Belgien und England) alle Stahl produzierenden Länder für den Inlandsabsatz im Gegensatz zum Export einen *Landesschutz* hätten, ist kein Argument gegen die Brauchbarkeit der Antwerpener Notierungen für internationale Preisvergleiche. Die *internationale Kartellierung* sollte ursprünglich dazu dienen, die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und den Inlandspreisen, die sich fast überall durch die Organisation der zollgeschützten nationalen Industrien ergeben hatte, zu verringern. Dieses Ziel hat sie nicht erreicht: Die Weltmarktpreise liegen zur Zeit tiefer unter den deutschen Inlandspreisen als zuvor. Das schließt aber nicht aus, daß die Preise fob Antwerpen der gegebene Ausgangspunkt für eine Untersuchung der Wirkungen sind, die von der monopolistischen Beherrschung des Inlandmarktes auf die deutschen Syndikatspreise ausgeübt werden.

2. *Die Preise fob Antwerpen seien gestiegen.* Seit Ende November haben die Weltmarktpreise fob Antwerpen in der Tat etwas angezogen; der Stabeisenpreis stieg z. B. von 78 auf 87 sh. An den letzten Eisenbörsen kam die Aufwärtsbewegung aber zum Stillstand, und das Geschäft flaute wesentlich ab. Stabeisen notierte am 10. Dezember wieder 84—85 sh. Bei den geringen Umsätzen, die zu den niedrigsten Notierungen von 78 sh zustande kamen, konnte der Preis leicht durch einige geschickte Interventionskäufe um ein paar Schilling hinaufgedrückt werden. Um so besser kann eine solche Maßnahme gelingen, wenn die intervenierende Stelle mit ihren Konkurrenten, die dann ebenfalls nur noch mit höheren Angeboten herauskommen, einigermaßen Hand in Hand arbeitet. Dann werden nämlich Handel und Verbraucher nervös und nehmen Eindeckungen vor. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die merkwürdig plötzliche Preishausse durch eine Intervention zustande kam. Wie groß das Interesse der deutschen Eisenindustrie an einer solchen Preisbewegung sein könnte, geht daraus hervor, daß sie gerade mit dem Hinweis auf die Preissteigerung fob Antwerpen zu beweisen sucht, man müsse jetzt mit einer Inlandspreisermäßigung warten, bis die Weltmarktpreise *weiter* gestiegen seien. In Wirklichkeit ist jedoch eine Preisermäßigung im Inland gerade bei steigenden Weltmarktpreisen leicht durchzuführen; denn bei einer Erhöhung der Exporterlöse kann die Eisenindustrie um so besser die Inlandspreise senken.

Daß sich in den nächsten Wochen die bereits jetzt zum Stillstand gekommene Aufwärtsbewegung der Weltmarktpreise fortsetzen wird, ist sehr unwahrscheinlich. Vor den um die Jahreswende vorzunehmenden Inventuren wird selbst in normalen Jahren wenig gekauft, und in den ersten Wochen des neuen Jahres herrscht saisonmäßig ebenfalls Ruhe auf dem Eisenmarkt. Bis zum Einsetzen des Frühjahrgeschäfts, dessen Umfang niemand voraussehen kann, ist also schwerlich mit höheren Preisen als den

gegenwärtigen — etwa 87 sh für Stabeisen — zu rechnen. Man kann also sehr wohl der Berechnung des zu fordernden Inlandspreises einen Satz von 87 sh zugrunde legen, wie wir es oben getan haben.

3. *Nur hohe Inlandspreise ermöglichen einen Export.* Bei früheren Gelegenheiten wurde die Notwendigkeit hoher Inlandspreise stets mit der Finanzierung des sogenannten Verlustexports begründet. Auch Peter Klöckner stellte sich auf diesen Standpunkt. Dr. Poensgen erklärte jedoch in seinem Interview: „Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage würde jede Einschränkung des Exports zu einer weiteren Steigerung der fixen Kosten führen, da ein entsprechender Ausgleich im Inlande nicht gefunden werden kann. Da bei einem Rückgang der Erzeugung die fixen Kosten bekanntlich überproportional ansteigen, müßte die angeregte Drosselung des Exportes zu einer überaus starken Steigerung der Selbstkosten führen.“ Aus diesen leider nicht sehr klar gefaßten Sätzen darf man entnehmen, daß die exportierten Mengen zu den gegenwärtigen Preisen nicht nur die gesamten variablen Kosten hereinbringen, sondern außerdem einen gewissen Teil der fixen Kosten mittragen. Diese Feststellung ist sehr wichtig. Nach ihr ist also der Export der deutschen Eisenerzeugung nur unter dem Gesichtspunkt der *durchschnittlichen Gesamtselbstkosten* verlustbringend. Dagegen decken die gegenwärtigen Exportpreise nicht nur die speziellen Kosten, die sie erzeugen, sondern darüber hinaus auch einen Teil der fixen Kosten. Solange sich die Exporterlöse in diesem Rahmen halten, ist ihnen der „relativ gewinnbringende“ Charakter nicht abzuspreehen (vgl. „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, Nr. 75 v. 29. 5. 1930). Die Inlandspreise brauchen also wegen der angeblichen „Verluste“ im Exportgeschäft nicht erhöht zu werden.

4. *Eine Preissenkung werde auf den Inlandsmarkt keinerlei Einfluß haben.* Klöckner hat behauptet, daß eine Preissenkung über die „natürlichen“ — durch Senkung der Löhne, Gehälter, Steuern und Soziallasten gegebenen — Grenzen hinaus keine Belebung des Inlandmarktes zur Folge haben werde. Bei anderer Gelegenheit hat die Eisenindustrie aber den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Vor dem Reichswirtschaftsrat führten z. B. die Vertreter der Eisenindustrie die Ausfuhrsteigerung der Verarbeitung als zahlenmäßigen Ausdruck für die günstige Rückwirkung der AVI-Preise auf den Absatz der Verarbeitung — und damit auf ihren eigenen Absatz — an. Die AVI-Preise haben sich aber entsprechend den Preisen fob Antwerpen trendmäßig stark gesenkt. Bei einer entsprechenden Gestaltung der Inlandspreise ist also nach dieser richtigen Argumentation auch für den Inlandsabsatz eine starke Belebung zu erwarten.

Im übrigen hängt es vom *Umfang* der Preissenkung ab, ob der Markt angeregt wird oder nicht. Die Ermäßigung um 4 RM nach dem Oeynhausener Spruch war viel zu klein, als daß die danach eingetretene weitere Marktabschwächung ein Beweis

für die Erfolglosigkeit der Preissenkung sein könnte. Man verbillige Stabeisen um 20 RM. Man erkläre, daß man nicht wisse, wie lange man diesen niedrigen Preis beibehalten werde. Eine solche mit einer Haussekspekulation verbundene Preisermäßigung würde bestimmt die Nachfrage aus ihrer bisher geübten Zurückhaltung herauslocken, falls sie nur groß genug ist, um den Eindruck zu erwecken, daß nach ihr nur noch Erhöhungen und keine weiteren Senkungen folgen werden.

Die große Beachtung, die der eingangs erwähnte Beschluß des Reichswirtschaftsrats in der gesamten Öffentlichkeit gefunden hat, ergibt sich aus der Eindeutigkeit, mit der sich der Reichswirtschaftsrat für eine beschleunigte und starke Eisenpreissenkung ausgesprochen hat. Die Reichsregierung als die Auftraggeberin dieses Beschlusses muß im Interesse ihrer

gesamten sonstigen Wirtschaftspolitik dem Ersuchen des Reichswirtschaftsrats, auf Beschleunigung der Eisenpreissenkung hinzuwirken, Folge leisten. Auf diesem grundlegenden Wirtschaftsgebiet darf die Reichsregierung keine Konzessionen machen, wenn sie nicht die ganze Lohn- und Preisabbau-Aktion gefährden will. Es dürfte für die Reichsregierung auch nicht übermäßig schwer sein, ihren Standpunkt gegenüber der Eisen schaffenden Industrie durchzusetzen, da die Eisenindustrie in ihrem Verbandsorgan „Stahl und Eisen“ (Nr. 49, S. 1730) ihre Stellungnahme dahin präzisiert hat: „Den Bestrebungen nach einer allgemeinen Preissenkung ist um so mehr Erfolg zu wünschen, als die Allgemeinheit jetzt auf diesem Gebiete auch wirklich Taten sehen will, so daß ein Versagen der angekündigten Maßnahmen recht unliebsame Wirkungen auslösen könnte.“

Der unbegründete Werttarif

Von Dr. August Bieling

In Fortführung der Gedanken, die Dr. Utermann in seinem Aufsatz „Monopolistische oder freie Verkehrspolitik?“ in Nr. 47 des MdW dargelegt hat, bestreitet der Verfasser nicht nur den gemeinwirtschaftlichen Charakter des Werttarifs, sondern auch die Richtigkeit der dem Werttarif zugrunde liegenden Voraussetzung: daß sich die Versandfähigkeit der Güter nach deren Handelswert richte. Aus den Zweifeln an dieser Voraussetzung ergeben sich Zweifel am wirtschaftlichen Erfolg für das den Werttarif anwendende Beförderungsunternehmen.

Dr. Wilhelm Utermann hat in seinem Aufsatz „Monopolistische oder freie Verkehrspolitik?“ (vgl. MdW Nr. 47, S. 2154) die Behauptung, daß dem Werttarifsystem das Prädikat „gemeinwirtschaftlich“ zukomme, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Seine Darlegungen sind, bei dem gegenwärtigen Stande der Diskussion über Verkehrsfragen, m. E. geradezu entscheidend. Es ist hohe Zeit, einem irreführenden Gebrauch des Wortes „Gemeinwirtschaft“ vorzubeugen. Nachdem die Unhaltbarkeit der Behauptung von der „Gemeinwirtschaftlichkeit“ des Werttarifs so überzeugend dargetan wurde, ist es die Absicht dieser Zeilen, zu einer kritischen Nachprüfung der Begründung des Werttarifgedankens anzuregen.

Utermann erklärt den Werttarif als den typischen Fall monopolistischer Preisstellung, die gleiche Leistungen an verschiedene Käuferschichten zu verschiedenen Preisen verkauft. Der Monopolist nutzt hierbei in der Tat die verschieden hohe Zahlungswilligkeit der Versendergruppen aus (Utermann im MdW S. 2156); es bleibt aber die Frage, ob die Abstufung der Beförderungspreise nach dem Handelswert der Transportgüter auch den erwarteten Erfolg für den Monopolisten verbürgt. Die Voraussetzung, mit der der Werttarif steht und fällt, ist ja das schier unausrottbare *Dogma von der Belastung der Güter nach ihrer „Tragfähigkeit“*: ein Gut soll um so mehr Fracht tragen können, je wertvoller es ist. Die Zahlungswilligkeit des Verfrachters soll sich also verhalten wie die Preise (die Begriffe Wert und Preis werden im folgenden identifiziert) der

aufgelieferten Güter. Demgemäß hätte bei gleichen Frachtkosten das Gut die größere Versandfähigkeit, das im Verhältnis zum spezifischen Gewicht den höheren Wert hat. Diese Annahme, die ihre Überzeugungskraft zum Teil Vorstellungen aus der Steuergesetzgebung verdanken mag, trifft grundsätzlich nicht zu.

Die allgemeinste Aussage, die sich über die *Transportfähigkeit* eines Gutes machen läßt, geht dahin, daß diese einzig und allein von dem Unterschied abhängt, der zwischen dem Preis am Versandort und dem am Verbrauchsort erzielbaren Preis besteht. Das geben die Vertreter jener Auffassung allerdings auch mitunter zu (so z. B. Blum: „Verkehr und Betrieb der Eisenbahnen“, S. 102) und sprechen etwa vom Wert der Ortsveränderung; nur unterstellen sie als selbstverständlich, daß dieser Wert der Ortsveränderung mit dem Wert der Transportobjekte selbst steige und falle. Für diese allgemeine Behauptung fehlt jeder Beweis; wohl aber läßt sich beweisen, daß der Sachverhalt allgemein *nicht* so sein kann. Es ist das Verdienst *Oskar Engländers* (Schmollers Jahrbuch, Jahrg. 1924, S. 274), hierauf nachdrücklich hingewiesen zu haben.

Es ist nicht einzusehen, warum bei hochwertigen Gütern die Spanne größer sein soll als bei geringwertigen. Nehmen wir der Deutlichkeit halber im folgenden an, daß die Frachtkosten für gleiche Gütermengen verschiedenen Preises gleich groß sind. Kostet das Gut A am Erzeugungsort 100 und kann es am Verbrauchsort den Preis 110 erzielen, so kann an Frachtkosten bis zu 10 aufgewendet werden;

kostet das Gut B 80 und erzielt es am Verbrauchsort 85, so bleibt für Fracht bis zu 5, also weniger als bei A. Es kann sich aber ebensogut umgekehrt verhalten, daß nämlich das Gut B z. B. 92 erzielt, mithin mehr Fracht aufwenden kann als das höherwertige Gut A. Welcher Fall die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat, ist eine andere Frage, die sich allgemein nicht entscheiden läßt, jedenfalls nicht unter Berufung auf den Wert des Gutes an sich. Davon, daß die Versandfähigkeit gar verschieden wäre nach der Abstufung des Wertes der Güter, daß man etwa die wirtschaftlich tragbare Fracht in einem gleichbleibenden Prozentsatz vom Wert des Gutes ausdrücken könnte, kann erst recht keine Rede sein. Man könnte höchstens die arithmetische Tatsache erwähnen, daß wachsende Größen auch wachsende Unterschiede aufweisen. Dies gilt jedoch nur, wenn der Subtrahend gleichbleibt; das hieße: wenn verschiedenwertige Güter gleiche Produktionskosten hätten, dann wäre ihre Versandfähigkeit bei höherem Wert größer als bei geringerem. Die Voraussetzung trifft natürlich nur ausnahmsweise zu.

Man kann die Frage eben nicht losgelöst vom *Marktzusammenhang* betrachten. Wenn ein Gut am Verbrauchsort teurer ist als ein anderes, so kann das bei gegebener Nachfrage entweder auf höheren Produktionskosten am Erzeugungsort oder auf höheren Frachtkosten beruhen. Handelt es sich um ein Gut, dessen Preis ein *Konkurrenzpreis* ist, so kann man ja nicht einmal für ein und dasselbe Gut eine so einheitliche Aussage machen, wie man es tut, wenn man über die Beziehung zwischen Wert und Versandfähigkeit dieses Gutes schlechthin etwas behauptet. Setzen wir den allgemeinen Fall, daß der Preis des Gutes nach den höchsten Produktionskosten des Unternehmens, das zur Deckung des Bedarfs noch herangezogen werden muß, tendiert; nur wenn alle Produzenten die gleiche Fracht aufzuwenden haben, also gleich weit vom Markt-(Verbrauchs)ort ihren Standort haben, sind die Produktionskostenunterschiede der einzelnen Unternehmer gegenüber dem einheitlichen Preis am Verbrauchsort zu 100 % auf eigentliche Erzeugungsvorteile am Herstellungsort zurückzuführen. Ist ihr Standort dagegen verschieden weit vom Verbrauchsort entfernt, so beruhen die erwähnten Produktionskostenunterschiede auch auf einer Verschiedenheit der Frachtkosten, die jeder Betrieb aufwendet. Verschieden entfernte Erzeuger liefern also an einen Ort zu einem einheitlichen Preis; sie können dies wegen verschieden hoher Erzeugungskosten. Von einer Versandfähigkeit dieser Güterart an sich zu sprechen ist wenig sinnvoll. Das müßte man jedoch, wenn man sie einheitlich nach ihrer „Tragfähigkeit“ belasten wollte.

Beim Vergleich *verschiedener* Güterarten verschiedenen Preises haben wir uns für jede Güterart den entsprechenden Sachverhalt zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, wie wenig die Behauptung

von der mit dem Werte unterschiedlichen Versandfähigkeit der Wirklichkeit gerecht wird. Denn auch ein Vergleich der Grenzproduktionskosten verschiedenartiger Güter würde nicht weiterführen, da z. B. kein Grund zu der Annahme berechtigt, daß ein höherwertiges Gut proportional höhere Grenzproduktionskosten hätte. Der Fall der nicht ohne weiteres unter Aufwand der Reproduktionskosten „vermehrbar“ Güter soll hier außer Betracht bleiben.

Betrachtet man noch den Fall eines Gutes, das einen *Monopolpreis* erzielt, so wird deutlich, daß jene Behauptung beim Vergleich etwa eines geringwertigen monopolisierten Gutes mit einem höherwertigen Gut, dessen Preis im Konkurrenzkampf gebildet wird, abermals versagt. Warum sollen auch z. B. Solinger Stahlwaren versandfähiger sein als ein Markenartikel wie Seifenpulver?

Betrachtet man die *Nachfrageseite* und nimmt die Angebotsmengen als gegeben an, so ist namentlich der wichtige Unterschied im Verlauf der Nachfragekurven der verschiedenwertigen Güter zu beachten, den die größere oder geringere Elastizität der Nachfrage am Verbrauchsort verursacht. Ist die Elastizität gering wie bei Getreide, so treten die bekannten starken Reaktionen in der Preisbewegung auf. Getreide, das man als geringwertiges Gut für schonungsbedürftig zu halten pflegt, dürfte unter diesem Gesichtspunkt mehr Fracht tragen können als ein höherwertiges mit elastischer Nachfrage. Gewiß sind für Getreide niedrigere Frachtsätze erwünscht, aber nicht, weil es diese nicht tragen könnte, sondern weil ein Interesse an niedrigen Getreidepreisen am Verbrauchsort besteht.

Der Klarheit halber sei noch bemerkt, daß selbstverständlich der Anteil der Frachtkosten am erzielbaren Preis bei minderwertigen Gütern in der Regel höher ist als bei hochwertigen. Daraus aber eine größere Versandfähigkeit der höherwertigen Güter zu folgern, ist unzulässig.

Wenn sich die Versandfähigkeit eines Gutes nicht nach dem Wert richtet, sondern höchstens richten kann, so ergibt sich, daß für die Anpassung der Frachtsätze an die Zahlungswilligkeit der Verfrachter, die ja auf dem mehrfach erwähnten Preisunterschied beruht, der Werttarif kaum das *taugliche Mittel* darstellen dürfte. Nun ist ja der deutsche Eisenbahngütertarif kein reiner Werttarif; auch abgesehen von den darin enthaltenen Rücksichten auf die Beförderungskosten, auch abgesehen von der Individualisierung durch die zahlreichen Ausnahmetarife, durchbricht vor allem die Verwaltungspraxis der Tarifierung das Wertprinzip. Wird doch keine Tarifffrage ohne eingehende Prüfung der konkreten Wettbewerbsverhältnisse entschieden. Wenn darum der Gütertarif der Reichsbahn volkswirtschaftlich erwünschte Wirkungen erzielt und im ganzen die erforderlichen Frachteinnahmen erbringt, so geschieht dies — möchte man wohl sagen — nicht *wegen*, sondern *trotz* der Werttarifierung!

Die Schulden der öffentlichen Verwaltung

Von Dr. Paul Jostock

Der Kreditbedarf der öffentlichen Wirtschaft nahm in den Jahren nach der Inflation stärker zu als in der Vorkriegszeit und erforderte ungefähr zwei Fünftel der inländischen Kapitalbildung. Ein erheblicher Teil der Schulden harret noch der Konsolidierung. Infolge der Verteuerung des Kredits ist die gesamte Zinslast nominal bereits höher als im letzten Vorkriegsjahr. Da das geliehene Geld außerdem weit mehr als früher für eigentliche Verwaltungszwecke ausgegeben wurde, muß der Schuldendienst zu einem großen Teil aus Steuergeldern bestritten werden, stellt also insoweit eine dauernde Belastung des ordentlichen Haushalts dar. Diese Situation ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich und muß der weiteren Verschuldung vorerst Grenzen setzen.

Wie sehr auch immer das Schrittmaß der Vermehrung unserer öffentlichen Schulden seit 1924 von der durch Krieg und Inflation geschaffenen Finanzlage mitbestimmt war und deshalb an Schnelligkeit alle frühere Zeit übertraf, so findet die heutige Neuverschuldung als Gesamtvorgang doch in den Jahrzehnten vor dem Krieg bereits ein gewisses Vorbild. Zwar hat sich in den Ursachen des Kreditbedarfs wie auch in dem Anteil der verschiedenen Gebietskörperschaften manches geändert. Geblieben ist jedoch die ständige Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft und damit der Wille oder Zwang zu immer weiterer Verschuldung. Hinzukommt heute, wie auf anderen Gebieten, die Gewohnheit, die Kreditgebarung der Vorkriegszeit einfach als vorbildlich anzusehen, obgleich sie das keineswegs immer gewesen ist.

Rückblick auf die Vorkriegszeit

Bekanntlich hat das öffentliche Schuldenwesen schon seit Beginn des Frühkapitalismus unter den Triebkräften der modernen Wirtschaftsentwicklung eine wichtige Rolle gespielt. Die Beträge, um die es sich dabei handelte, sind aber in aller früheren Zeit relativ gering gewesen im Vergleich zu den Riesensummen, die Staat und Kommune gegen Ende des 19. Jahrhunderts ihrem Schuldenkonto zuführten. Diese starke Ausdehnung hängt natürlich mit dem steigenden Wohlstand und der Ausbreitung der Geldwirtschaft zusammen, hat aber innerhalb dieses hochkapitalistischen Rahmens noch zwei besondere Ursachen: einmal den stets wachsenden Hinzutreten neuer Nationalstaaten, zweitens das Befriedigen großer Kollektivbedürfnisse, deren Befriedigung große Mittel verschlang. Das hervorstechendste Beispiel des Rüstungskredits bildet die ehemalige russische Staatsschuld. Aber auch im Wachstum der deutschen Reichsschuld spiegelt sich der militärische Aufwand des Kaiserreichs deutlich wider. Bis zum Jahre 1877 war das Reich vollkommen schuldenfrei, dann begann das Kreditnehmen mittels Schuldverschreibungen. Die geschuldete Summe stieg von Jahr zu Jahr, so daß 1889 die erste und 1895 schon die zweite Milliarde erreicht wurde und sich die Gesamtschuld beim Kriegsausbruch auf rund 5 Milliarden Mark belief (davon 4,7 Milliarden fundiert). Immerhin betrug auch in der Zeit von 1900—1914 der Anteil der Reichsschuld an der öffentlichen Gesamtverschuldung

kaum ein Sechstel. Bei weitem größer war der Kreditbedarf von Bundesstaaten und Gemeinden, dem keine militärischen Ausgaben, sondern solche wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art zugrundelagen. Die ständige Volksvermehrung und die damit gebotene Intensivierung von Wirtschaft und Verkehr sowie die Wanderbewegung vom Land zur Stadt weiteten den Aufgabenbereich der Staats- und Kommunalverwaltung in zweifacher Hinsicht aus: Zunächst quantitativ oder in gerader Proportion zur Vermehrung der Menschen (Beispiel: Vermehrung der Schulen und dgl.), dann aber auch qualitativ, indem mit der Volksverdichtung die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung und also auch die kollektive Bindung zunahm, so daß das Zusammenleben einer viel stärkeren öffentlichen Regelung bedurfte. Die Folge war eine entsprechende Ausdehnung des Finanzbedarfs, die sich zu einem nicht geringen Teil in gesteigerten Kreditansprüchen auswirkte. Von entscheidender Bedeutung war übrigens das Zusammenreffen dieser Entwicklung mit dem Übergang zu großen technischen Neuerungen. Am sichtbarsten trat dies in Erscheinung auf dem Gebiete des Verkehrswesens, wo vor allem den Bundesstaaten, aber auch den Stadtgemeinden große Unkosten erwachsen, die normalerweise auf dem Kreditweg zu decken waren. So erklärt sich die im Vergleich zu Reich und Gemeinden außerordentlich hohe Verschuldung der Bundesstaaten in der Hauptsache aus den Eisenbahnschulden, die mit der Verstaatlichung der Bahnen auf den Staat übergingen oder von ihm später neu aufgenommen wurden. Nach den Feststellungen der vom Reichsschatzamt herausgegebenen Denkschrift zur Finanzreform von 1908 bestanden die damaligen Schulden der Bundesstaaten annähernd zur Hälfte aus Eisenbahnschulden. Baden hatte *nur* Eisenbahnschulden, Anhalt überhaupt keine Staatsschuld. Bei den Gemeinden ergab sich namentlich durch das Wachstum der größeren Städte ein steigender Kreditbedarf. Hier standen die sogenannten Versorgungsbetriebe (Wasser, Gas, Elektrizität) im Vordergrund. Sie hatten bis 1912 fast doppelt soviel Kapital beansprucht wie die kommunalen Verkehrsanstalten. Natürlich waren auch eine Reihe anderer Aufgaben vorhanden, die mit Hilfe des Kreditmarkts gelöst wurden. Bemerkenswert erscheint, daß von den Anleihen der Städte mit über 50 000 Einwohnern damals

nur etwa die Hälfte für städtische Werke aller Art, die andere Hälfte für „sonstige städtische Zwecke“ Verwendung gefunden hatte.

Über die Gesamtentwicklung der Vorkriegsverschuldung liegen keine statistischen Nachweisungen vor. Sie läßt sich aber durch folgende Zahlen veranschaulichen¹⁾.

Körperschaften	1881	1891	1901	1908	1914
(Mill. RM)					
Reich	267,8	1 317,8	2 395,7	4 003,5	4 917,9
Bundesstaaten	5 244,3	9 230,0	10 796,7	13 301,6	16 840,4
Gemeinden ²⁾	771,8	1 400,5	3 097,7	5 295,7	7 775,0
Zusammen	6 283,9	11 948,3	16 290,1	22 600,8	29 533,3
(Prozent)					
Reich	4,3	11,0	14,7	17,7	16,7
Bundesstaaten	83,4	77,3	66,3	58,9	57,0
Gemeinden ²⁾	12,3	11,7	19,0	23,4	26,3
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Diese Tabelle wie auch die meisten anderen Zahlenunterlagen sind entnommen der kürzlich erschienenen Untersuchung des Statistischen Reichsamts: „Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich“, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 15, Berlin 1930.

²⁾ Nur Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern.

Aus dieser Tabelle ist vor allem zweierlei zu ersehen: erstens die ungeheure Steigerung der Schulden im letzten Menschenalter vor dem Krieg, zweitens die Verschiebung in dem Anteilverhältnis von Reich und Gemeinden einerseits und Bundesstaaten andererseits. Die Dynamik der Finanzen, die heute in so ausgeprägter Weise bei Reich und Gemeinden liegt, wirft hier bereits ihre Schatten voraus. Nachdem in der Folgezeit die Länder auf weitere Aufgabengebiete zugunsten des Reichs verzichten mußten und die Gemeinden infolge der anhaltenden Ausdehnung der Städte einen immer größeren Kreditbedarf entfalteten, mußte der Anteil der Länder bescheiden in den Hintergrund treten, sobald der alte Schuldenstock plötzlich von der Inflation hinweggeschwemmt wurde.

Der Kreditbedarf seit 1924

Wann und in welchem Tempo nach dem Inkrafttreten der Reichsmark-Währung die Kreditaufnahme seitens der öffentlichen Verwaltung wieder einsetzte, läßt sich nur für die *Reichsschuld* genauer angeben. Die Schulden der Länder und Gemeinden wurden erstmals für den Stichtag des 31. März 1928 durch eine umfassende Erhebung festgestellt. Gleiche Erhebungen fanden für den 31. März 1929 und 1930 statt, während über die Veränderungen des Schuldenstandes in der Zwischenzeit laufende Erhebungen Aufschluß gaben.

Vom Beginn des Jahres 1924 an bis zur Aufnahme der Dawes-Anleihe schwankte die Reichsschuld ständig um 2 Milliarden RM. Diese Summe setzte sich in der Hauptsache aus dem Darlehn der Rentenbank, einem größeren Kredit der Reichsbank, einem Posten kurzfristiger Reichswchsel und Schatzanweisungen verschiedener Art zusammen. Im Oktober 1924 kamen die rund 950 Mill. RM der Dawes-Anleihe hinzu, deren Erlös sich allerdings nur auf etwas über 800 Mill. RM belief. Von da an ging die Gesamtsumme der Reichsschuld in ständigem Sinken bis zum Juli 1925 um 250 Mill. zurück. Dann kam die durch die Aufwertungsgesetzgebung geschaffene Ablöschungsschuld hinzu und ließ die Reichsschuld

plötzlich von 2,6 auf 7,4 Milliarden RM anschwellen. Die sinkende Tendenz setzte sich zwar zunächst fort, doch blieb sie verhältnismäßig schwach und ihr Erfolg wurde durch neue Kreditoperationen (Anleihe von 1927, Postdarlehen) immer wieder teilweise aufgehoben, so daß der Gesamtbetrag der Reichsschuld von Mitte 1925 bis gegen Ende 1928 stets zwischen rund 7 und 7,3 Milliarden RM schwankte, d. h. relativ stabil blieb. Die seit Anfang Dezember 1928 eingetretene Steigerung auf 11 Milliarden (Herbst 1930) ist zu etwa 1 Milliarde auf die Schuldbuchforderungen aus dem Kriegsschädenschlußgesetz und zu einer weiteren Milliarde auf die im Young-Plan vorgesehene Mobilisierung der Reparationsschuld zurückzuführen. Der Rest stellt neuen Kreditbedarf dar. Von der Gesamtsumme der heutigen Reichsschuld hat demnach nur ein Teil die in- und ausländischen Kreditmärkte der Nachstabilisierungszeit belastet. Man kann diesen Teil auf annähernd 4,5 Milliarden RM schätzen.

Die Entwicklung der Schulden von *Ländern* und *Gemeinden* läßt sich erst für die Zeit nach dem 31. März 1928 einigermaßen verfolgen. In welchem Umfang sie vorher schon an den Kreditmarkt herantreten, ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen:

Die öffentliche Verschuldung am 31. März 1928

Art der Schulden	Millionen RM)				
	Reich	Länder	Hansestädte	Gemeinden	Insgesamt
Altverschuldung	4 547,8	28,5	97,2	1 048,6	5 722,1
Festwert- und Valutaschulden	1 012,0	32,3	39,7	89,6	1 173,6
Neuverschuldung	1 570,9	1 236,8	258,6	4 636,5	7 702,8
davon					
a) Auslandsschulden	883,9	511,9	219,1	541,5	2 156,4
b) Inlandsschulden	687,0	724,9	39,5	4 095,0	5 546,4
davon					
langfristig	500,0	286,8	6,1	2 570,4	3 363,3
mittel- und kurzfristig	187,0	438,1	33,4	1 524,6	2 183,1
Gesamtverschuldung ¹⁾	7 130,7	1 297,6	395,5	5 774,7	14 598,5
„ in %	48,8	8,9	2,7	39,6	100,0

¹⁾ Außer dieser Summe, die nur die Schulden der öffentlichen Verwaltung gegenüber dem Kreditmarkt enthält, bestand eine gegenseitige Verschuldung der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander von rund 1 Milliarde RM.

Besonders auffallend tritt bei dieser vergleichswisen Gegenüberstellung hervor, ein wie geringer Teil der Schulden heute auf die Länder entfällt. Belief sich ihr Anteil, trotz ständigen Sinkens, noch 1913 auf etwa die Hälfte, so 1928 nur auf etwas mehr als ein Zehntel. Dagegen war der Anteil der Gemeinden in dieser Zeitspanne von einem Viertel auf zwei Fünftel angewachsen. Im weiteren Verlauf hat er sich noch mehr gesteigert, so daß heute fast die Hälfte der öffentlichen Verschuldung zu Lasten der Gemeinden geht. Die erhöhten Ansprüche, welche das Reich seit 1928 an den Kreditmarkt stellte, wurden von denen der Gemeinden noch bei weitem übertroffen. Natürlich geht dies in erster Linie auf den Finanzbedarf der Großstädte zurück. Keineswegs trifft zu, daß sämtliche Gemeinden daran beteiligt sind. (Bis 1928 waren sogar fast zwei Drittel aller Kommunen völlig schuldenfrei, allerdings ausnahmslos ländliche Gemeinden bzw. Landkreise). Bei Ländern und Gemeinden entfällt ein viel größerer Teil auf die Neuverschuldung als beim Reich. Die Gesamtsumme der von ihnen tatsächlich aus den Kreditmärkten geschöpften Mittel dürfte Ende März 1930

mindestens 10,5 Milliarden RM betragen haben. Demnach hat die öffentliche Verwaltung in Deutschland seit der Stabilisierung im ganzen ein Kapital von ungefähr 15 Milliarden RM für sich beansprucht. Es darf zwar nicht übersehen werden, daß in dieser Summe über 2,5 Milliarden RM Auslandskredite enthalten sind, doch fehlen andererseits die Kredite, welche Reichsbahn, Reichspost und die in selbständige Gesellschaftsform überführten Betriebe der öffentlichen Hand aufgenommen haben. Über letztere liegt eine Statistik noch nicht vor, doch kann angenommen werden, daß die obenerwähnten Auslandskredite zum mindesten mehr als zur Hälfte durch die Inlandskredite der selbständigen öffentlichen Betriebe kompensiert werden. Der Kapitalbedarf der öffentlichen Verwaltung, der mittels Schuldenaufnahme auf dem Inlandsmarkt befriedigt wurde, betrug demnach ungefähr zwei Fünftel der gesamten inländischen Kapitalbildung. Man sieht hieran deutlich, daß sich die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der privaten Marktwirtschaft nicht nur in Gestalt von Abgabenerhöhung und Angliederung von Erwerbsbetrieben auswirkt, sondern sich auch auf den Kreditmarkt fortpflanzt. Dabei hat sich das Tempo der Verschuldung nicht nur gegenüber der Vorkriegszeit, sondern auch im Laufe der letzten fünf Jahre noch sehr wesentlich gesteigert. Während der durchschnittliche jährliche Kapitalbedarf der öffentlichen Verwaltung (sogar einschließlich Staatsbahn und Post) zwischen 1880 und 1900 rund $\frac{1}{2}$ Milliarde und von 1900 bis 1914 ungefähr 1 Milliarde betrug, mußten ihr von 1924 bis März 1928 durchschnittlich 1,6 Milliarden RM und in den beiden folgenden Jahren durchschnittlich 2,7 Milliarden RM überlassen werden (ohne die selbständigen Betriebe).

Nach den für das Frühjahr 1930 vorliegenden Zahlen schien sich die Schuldenvermehrung zu verlangsamen, doch haben die seitdem erheblich nachlassende Ergiebigkeit der übrigen öffentlichen Einnahmequellen und der gesteigerte Fürsorgebedarf dieser Tendenz zweifellos entgegengewirkt, so daß sich noch nicht übersehen läßt, ob der Kapitalbedarf der öffentlichen Wirtschaft ebenso, wie er in den vergangenen Jahren mit dem der Privatwirtschaft anstieg, nun auch parallel zu ihm sich abschwächt und dadurch seinerseits dazu beiträgt, die Voraussetzungen eines neuen Konjunkturanstiegs zu schaffen.

Herkunft und Form der Neuverschuldung

Da auf dem deutschen Kapitalmarkt andauernd ein unzureichendes Angebot vorlag und infolgedessen höhere Zinsen gefordert wurden als im *Ausland*, wandte sich ein Teil der Nachfrage dorthin. Soweit das Reich direkt hieran beteiligt war, kommen außer der Kreuger-Anleihe nur die politisch bedingten Dawes- und Young-Anleihen in Betracht. Dagegen sind die Auslandsschulden der Länder und Gemeinden rein finanzwirtschaftliche Kreditoperationen. Nur ein geringer Teil hiervon ist kurzfristig ge-

liehen. Die weitaus vorherrschende Form ist die langfristige Inhaberschuldverschreibung. Unter den Herkunftsländern stehen die Vereinigten Staaten im Vordergrund. Nach dem Stande von 1928 hatten sie über drei Fünftel der Gesamtsumme aufgebracht. An zweiter Stelle folgt England mit annähernd einem Fünftel, der Rest entfällt auf Holland, die Schweiz und einige andere Länder, die geringe Tranchen der Dawes-Anleihe übernommen haben. Rechnet man zu den ausländischen Schuldverschreibungen von Reich, Ländern und Gemeinden auch die der Kirchen, der öffentlichen Unternehmungen und Zweckverbände hinzu, so übersteigt diese öffentliche Schuld die Summe der privaten Auslandsschuldverschreibungen. Bemerkenswert erscheint ferner, daß der Anteil der öffentlichen Wirtschaft an der Auslandsverschuldung seit Ende 1925 ziemlich unverändert geblieben ist. Seit 1928 haben die Auslandsemissionen stark nachgelassen, doch kamen bis Ende 1929 noch weitere 450 Mill. RM für die öffentliche Verwaltung herein.

Die auf dem *Inlandsmarkt* aufgenommenen Schulden sind, wie bereits aus der oben angeführten Tabelle ersichtlich, zu einem sehr erheblichen Teil mittel- und kurzfristiger Art. *Langfristig* waren am 31. März 1928 nur rund 60 % der inländischen Neuverschuldung. Nur ein Drittel davon entfiel auf Schuldverschreibungen, dagegen über die Hälfte auf Tilgungsdarlehen und der Rest auf Hypotheken. Mittels der Schuldverschreibungen haben sich Reich, Länder und Großstädte vornehmlich Gelder von Sparkassen und Versicherungsanstalten, aber auch aus dem Ausland beschaffen können. Die Tilgungsdarlehen sind fast ausschließlich von Gemeinden aufgenommen und bestehen im einzelnen aus Anteilen an Sammelanleihen, Anleihen bei den eigenen Sparkassen, aus Kommunaldarlehen der Bodenkreditinstitute und aus Darlehen von Versicherungen. An den Hypothekenschulden sind die kleinen (Land-) Gemeinden mit mehr als 100 Mill. beteiligt, anscheinend ein Ersatz für fehlende sonstige Kreditquellen.

Der hohe Anteil *kurzfristiger* Schulden dokumentiert sehr deutlich das Mißverhältnis zwischen Finanzierungsbedarf und Kapitalbildung. Die Gesamtsumme der mittel- und kurzfristigen Schulden bestand am 31. März 1928 nur zu 550 Mill. aus Schatzanweisungen, Wechseln und Schatzwechselln — sie überragen weitaus bei den Ländern —, dagegen zu mehr als 300 Millionen aus Kontokorrentschulden (fast nur Gemeinden) und zu mehr als 1300 Millionen aus sonstigen (in der Hauptsache Bank-)Schulden. Letztere stellten bei den Gemeinden über zwei Drittel der kurzfristigen Schulden dar. Unter den Geldgebern stehen Girozentralen und Landesbanken weit im Vordergrund, es folgen Kreditbanken, sonstige Gläubiger (öffentliche Betriebe) und in weiterem Abstand erst Sparkassen, Hypothekenbanken und Versicherungsanstalten. Im ganzen überwiegt also der „Anstaltskredit“. Als eigentlicher „Marktkredit“ ist nur ein Siebentel der Kurzkredite anzusehen (Schatzanweisungen). Vom März 1928 bis Ende 1929 hat sich die kurzfristige Verschuldung um 3,7 Milliarden RM

vermehrt. Annähernd die Hälfte hiervon entfällt auf das Reich, mehr als ein Drittel auf die Gemeinden. Im ersten Vierteljahr 1930 ist sie beim Reich weiter stark gewachsen, bei den Gemeinden hingegen nur noch schwach. Man glaubte hierin bereits einen Erfolg der im letzten Herbst beschlossenen Umschuldungsaktion sehen zu können. Die weitere Verschlechterung der Finanzlage in Verbindung mit der Diskontbaisse hat aber auch die Gemeinden wieder stärker auf den Geldmarkt gedrängt, so daß ihre kurzfristige Verschuldung gegenwärtig mehr als 3 Milliarden RM betragen dürfte. (Es werden sogar Schätzungen von 3,5—4 Milliarden genannt.) Allerdings ist nicht diese ganze Summe als „schwebende“ Schuld im engeren Sinne anzusehen. Vielmehr wird der Betrag der umschuldbedürftigen Kommunkredite vielleicht nur etwa zwei Drittel davon ausmachen. Nimmt man die Reichs- und Länderschuld hinzu, so dürfte die Summe der zu konsolidierenden öffentlichen Kredite Deutschlands annähernd auf 5 Milliarden RM anzugeben sein, also fast der Kapitalbildung eines ganzen Jahres gleichkommen.

Die Verwendung der Kredite

Ein Bild von der Verwendung läßt sich gegenwärtig erst nach dem Stand der Neuverschuldung vom 31. März 1928 zeichnen, doch kommt ihm im wesentlichen repräsentative Bedeutung zu. Von den 6,6 Milliarden, deren Verwendung festgestellt wurde, hat zunächst das Reich über 1 Milliarde für *Kriegslasten* ausgegeben (darunter die Dawes-Anleihe und Teile der Anleihe von 1927). An den übrigen Verwendungszwecken ist das Reich nur wenig beteiligt, hier stehen die Gemeinden im Vordergrund. Deutlich prägt sich das aus bei den *Versorgungsbetrieben*. Für Wasserwerke wurden von den Gemeinden Kredite in Höhe von 110 und für Gaswerke von 115 Mill. RM aufgenommen. Die Elektrizitätsversorgung verschlang 540 Mill. RM, doch sind hieran auch die Länder mit 220 Mill. beteiligt. Weit höher als bei den Versorgungsbetrieben war der Kreditbedarf des *Verkehrswesens*. Auch hier weisen die Gemeinden mit dreiviertel Milliarden den höchsten Betrag auf. Immerhin haben auch Reich und Länder annähernd eine halbe Milliarde dafür aufgebracht. Von der Gesamtsumme flossen 390 Mill. RM den Verkehrsunternehmen und 834 Mill. dem Straßenbau (Land und Wasser) zu. Diese Summen erscheinen verhältnismäßig bedeutend, wenn man berücksichtigt, daß daneben auch aus den ordentlichen Einnahmen jährlich große Beträge für die Verkehrswege aufgewandt werden und außerdem die verselbständigten öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe am 31. März 1928 bereits 1,5 Milliarden Schuldverschreibungen ausgegeben hatten.

Größer als beim Verkehrswesen ist der Kapitalaufwand der Verwaltung auf dem Gebiet der *Wirtschaftsförderung*. Zur Unterstützung des Wohnbaus fanden über 1100 Mill. Verwendung, zur Förderung der Landwirtschaft 270 Mill. RM. Diese wurden überwiegend von den Ländern, jene zu mehr als zwei

Drittel von den Gemeinden aufgebracht. Letzteres gilt auch von den 78 Mill., die zur Förderung anderer Wirtschaftszweige dienten. Schließlich sind fast 1,5 Milliarden Kredite (wieder überwiegend von seiten der Gemeinden) sonstigen Verwaltungszweigen zugeflossen, davon 424 Mill. der Vermögensverwaltung (Grundstückskäufe), 304 Mill. dem Wohlfahrtswesen, 152 Mill. dem Bildungswesen, 300 Mill. verschiedenen Unternehmungen und Anstalten (Krankenhäuser, Feuerwehr, Kanalisation usw.). Nur 580 Mill. von der gesamten Neuverschuldung sind als Kassenreserve und Betriebsmittel verwandt worden. Kurz- und langfristige Gelder verteilen sich anscheinend regellos auf die einzelnen Gebiete. Relativ gering ist der Anteil der Kurzkredite bei den Versorgungsbetrieben, größer beim Verkehrswesen. Die auf „Wirtschaftsförderung“ und „sonstige Verwaltungszweige“ entfallenden Kredite sind zu mehr als einem Drittel mittel- und kurzfristiger Art. Hervorzuheben bleibt schließlich, daß ein Teil der Schuldertlöse nicht vom Schuldner selbst verausgabt, sondern als Darlehen weitergegeben wurde, vor allem von Reich und Ländern an die Gemeinden, aber auch von der öffentlichen an die private Wirtschaft, namentlich für Wohnungsbau und Landwirtschaft, so daß insoweit also nur Kreditvermittlung vorliegt.

Die Zinslast

Hinsichtlich der Kreditkosten ergeben sich merkwürdige Unterschiede, einmal nach der Schuldform und dann auch nach der Art des Schuldners. Aus der besonderen Situation der Nachkriegszeit entspringt ein weiterer Unterschied, nämlich daß Auslandskredit durchweg billiger ist als Inlandskredit.

Für die *endgültige* Zinsbelastung ist allerdings nicht nur der Nominalzinssatz maßgebend. In vielen Fällen kommt die Differenz eines niedrigeren Ausgabekurses oder ein Aufgeld bei der Rückzahlung hinzu, bei der Dollartranche der Dawes-Anleihe sogar beides zugleich. Sieht man hiervon einmal ab, um nur die laufende jährliche Zinslast zu erfassen, so stellt sich im gewogenen Durchschnitt die mittel- und kurzfristige Schuld (1928) auf 7,869 % oder mehr als 1 % teurer als die langfristige. Bei der Neuverschuldung auf dem Inlandsmarkt erweitert sich die Spanne sogar auf 1½ %. Für die Gesamtsumme der inländischen Neuverschuldung errechnet sich ein Durchschnittssatz von 7,252 %, für die ausländische 6,686 %. Bei der Kommunal-schuld ist auch diese Spanne größer. Besonders deutlich sind auch die Zinsunterschiede nach den Schuldner, d. h. nach der Größe der Gebietskörperschaften, abgestuft. Das liegt allerdings zum Teil schon darin begründet, daß bestimmte Schuldformen der einen Verwaltung mehr als der anderen zugänglich sind. So stellt sich die Schuld von Reich und Ländern bereits deshalb billiger, weil ihnen die Begebung von Inhaberpapieren oder langfristigen Schatzanweisungen in ganz anderem Maße offen steht als den Gemeinden. Allerdings lag die Anleiheverzinsung für die kleineren Länder um 1 bis 2 % höher als

für die großen. Diese Abstufung zeigt sich auch unter den Gemeinden, so daß z. B. der durchschnittliche Zinssatz der kommunalen Schuldverschreibungen für die größten Städte nur 6,862 % und für die kleinen über 8 % beträgt. Selbst von den großen bis zu den kleinen Großstädten ergibt sich für den Gesamtdurchschnitt eine Zinsdifferenz von 6,19 auf 6,41 %. Dasselbe zeigt sich bei den drei Hansestädten, die im übrigen die niedrigsten Zinssätze haben, weil sie ihren Kreditbedarf zu einem viel höheren Teil im Ausland deckten.

Da der Nominalzinsfuß bei der Neuverschuldung im allgemeinen fast doppelt so hoch ist wie der Vorkriegssatz, stellt sich die Gesamtbelastung relativ höher. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Zinslast der 21 bis 22 Milliarden RM, auf die heute die öffentliche Verschuldung angewachsen ist, nominal bereits höher liegt als die von den 32,6 Milliarden M im Jahre 1914 war. Nach dem Stande vom 31. März 1928 errechneten sich folgende jährliche Zinszah-

Reich	315 Mill. RM
Länder	100 „ „
Hansestädte	24 „ „
Gemeinden (rund)	400 „ „
	859 Mill. RM

Die inzwischen eingetretene Steigerung der öffentlichen Schulden dürfte die Zinslast um ungefähr 400 Mill. RM vermehrt haben, so daß gegenwärtig mindestens mit einer jährlichen Gesamtsumme von 1,2 Milliarden RM zu rechnen ist. Dieser Betrag stellt eine weit schärfere Belastung des öffentlichen Haushalts dar als die Zinslast der Vorkriegszeit, weil die Schulden zu einem größeren Teil im Rahmen der eigentlichen *Verwaltungsarbeit* ausgegeben wurden, also für Zwecke, die nicht selbst den

Zinsendienst übernehmen. (Die Verschuldung der inzwischen verselbständigten Betriebe läuft nebenher und erhöht die Gesamtsumme um mehrere Milliarden RM.) Es müssen demnach zur Erfüllung der Zinsverpflichtungen in ansehnlichem Maße Steuergelder herangezogen werden. Die Gemeinden beispielsweise hatten 1928 bereits einen Betrag von etwa 2 Milliarden RM aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu verzinsen. Von dieser Seite werden dem Weiterwachsen der öffentlichen Schulden wenigstens zeitweise Grenzen gesetzt werden. Für die volkswirtschaftliche Beurteilung der öffentlichen Verschuldung kommt es nicht so sehr auf das Verhältnis von Schuldsomme und Vermögen als vielmehr auf die Frage an, in welchem Umfang die *Steuerkraft* für Zinszahlungen beansprucht wird. Sobald es dahin gekommen ist, daß der Zinsendienst immer stärker auf die *ordentlichen* Einnahmen zurückgreift, wird die Lage bedenklich, denn es geht dann für unvorhergesehenen Kreditbedarf jeder Spielraum verloren. Außerdem entsteht, sobald ein Konjunkturabstieg das allgemeine Preisniveau senkt, in der gleichbleibenden hohen Zinssumme eine zusätzliche Belastung gerade in dem Zeitpunkt, in dem sich die ordentlichen Einnahmen fühlbar vermindern. Es wird deshalb in der gegenwärtigen Depression sehr ernsthaft zu prüfen sein, ob die heutige Schuldsomme nicht schon eine relative Überschuldung bedeutet und daher ihre Vermehrung sehr verlangsamt werden muß. Bedenkt man, daß sich die frühere Schuldsomme von 32,6 Milliarden M allenfalls im Laufe eines halben Jahrhunderts ansammelte, die heutige dagegen beinahe das Ergebnis eines halben Jahrzehnts darstellt, so wird klar, daß es in diesem Tempo nicht weitergehen kann.

Deutschlands Margarine-Versorgung

Von Dr. Karl Altmann

Die starke Machterweiterung der großen Konzerne in der Ölmühlenindustrie, die vor drei Jahren zum Zusammenschluß des Jurgens-Konzerns mit dem van den Bergh-Konzern geführt hat, und das Vordringen der beiden Gruppen in die Margarine-Industrie sind kürzlich von dem Enquête-Ausschuß eingehend untersucht worden. In dem folgenden Aufsatz werden an Hand dieses Enquête-Berichts die wichtigsten Produktions-, Einkaufs- und Absatzprobleme dieser beiden Industriezweige dargestellt.

Der Aufschwung der chemischen Industrie seit dem Beginn dieses Jahrhunderts bedeutet einen Triumph der anorganischen Produktion über die organische Erzeugung. Es ist deshalb von um so größerem Interesse, daß in der Industrie der tierischen und pflanzlichen Öle und in der Margarine-Industrie die organische Erzeugung ihren Platz behauptet und sogar erweitert hat. Die sehr bedeutenden Fortschritte, die in diesen beiden Industriezweigen erzielt worden sind — im Jahre 1929 betrug die deutsche Ölproduktion 158 % des Standes vom Jahre 1915 —, waren mit einer *räumlichen Verlagerung* der Rohstoff-erzeugung bei diesem wichtigen Zweig der deutschen Fettversorgung verbunden, und zwar in Gebiete, die

mit einer niedrigeren Bodenrente und mit niedrigeren Löhnen arbeiten als die deutsche und selbst als die europäische Landwirtschaft, die vorher nahezu den gesamten deutschen Fettbedarf befriedigte.

Nach den umfassenden Berichten des Enquête-Ausschusses¹⁾ über die Ölmühlen- und die Margarine-industrie kann die Gewinnung der pflanzlichen Öle in der *Ölmühlenindustrie* nur eine verhältnismäßig geringe Wertschöpfung bedeuten. Ihre Rohstoffe sind bereits ziemlich nahe der Genußreife und werden mit relativ geringen Kosten konsumfähig gelungen:

¹⁾ „Die Deutsche Ölmühlenindustrie“, „Die Deutsche Margarineindustrie mit einer Untersuchung über das Problem der Ölzölle.“ Verhandlungen und Berichte des I. Unterausschusses, 5. Arbeitsgruppe, 7. u. 8. Band, E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1930.

macht. In der deutschen Ölmühlenindustrie haben im Jahre 1928 die Gesamterlöse rund 975 Mill. RM betragen. Die Veredlungsspanne der Ölmühlenindustrie einschließlich der Härtungsanlagen und der Raffination in den Margarinefabriken betrug hiervon rund 146 Mill. RM, also nur etwa 15%. In der Margarineindustrie belief sich der Anteil der Roh- und Hilfsstoffe an den Gesamtkosten auf etwa 65—70%; schätzt man ihren Gesamterzeugungswert auf 600 Mill. RM, so würde ihr Veredlungswert auf insgesamt 200 Mill. RM zu bemessen sein. Für beide Industriezweige zusammen ergibt sich also ein Veredlungswert von rund 350 Mill. RM. Schon an diesen Zahlen, denen ein Bruttowert der Produktion von rund 1,6 Milliarden RM gegenübersteht, zeigt sich der geringe Anteil, den die gesamte in Deutschland zu leistende Arbeit an dem Brutto-Erzeugungswert hat. Scheidet man die in der deutschen Wertschöpfung enthaltenen Aufwendungen für Kapital, öffentliche Leistung, Verteilungsorganisation und die sonstigen Aufwendungen außer der Lohn- und Gehaltssumme aus, so verbleibt ein geringer Betrag, der unter dem Gesichtspunkt des Lohns als Arbeitseinkommen der Beschäftigten und als Kostenfaktor uninteressant ist. Beide Industriezweige sind Gebiete vorwiegend ungelernter Arbeit, wie allgemein in der chemischen Industrie nur ungelernete Arbeiter in den eigentlichen Produktionsbetrieben den Kern der Belegschaft bilden. (Hieraus darf man übrigens nicht etwa schließen, daß die Produktion geringe Erfahrungen erfordere; für den Erzeugungsvorgang sind vielmehr außerordentliche Erfahrungen notwendig.)

Die Berichte des Enquête-Ausschusses behandeln die beiden Industrien unter Anhäufung eines außerordentlich interessanten und aufschlußreichen Zahlenmaterials in ihren deutschen Erzeugungs- und Absatzbedingungen und in ihrer Stellung innerhalb der Welterzeugung mit großer Eindringlichkeit. Es ist hier nicht möglich, alle in den Berichten vorgetragenen Tatsachen und Zusammenhänge zu erörtern, es muß genügen, den Eindruck wiederzugeben, den man bei der Durchsicht der Berichte für die beiden Industriezweige gewinnt. Bei der Ölmühlenindustrie treten besonders die eigentümlichen kaufmännischen Ansprüche hervor. Dieser Industriezweig, dessen eigene Werterzeugung nur 15% seines Endproduktes ausmacht, verlangt weit mehr Handelstätigkeit als industrielle Betätigung im engeren Sinn. Der Zeitraum zwischen dem Kauf des Rohstoffs und seiner Verarbeitung in der Ölmühle währt verhältnismäßig lange, mindestens acht bis neun Wochen. Andererseits sind die Preisschwankungen der Rohstoffe und Fertigerzeugnisse stark; sie belaufen sich binnen kurzer Zeit leicht auf 10% und mehr. Bindungen des Angebots kommen hier, wo eine große Zahl von Anbietern einer weit geringeren Zahl von Abnehmern gegenübersteht, schwerlich in Frage, es seien denn vorübergehende Zusammenschlüsse zu zeitweiliger Manipulation eines Marktes. Dem mit diesen Preisschwankungen verbundenen Risiko versuchen die Ölmühlen zu entgehen. Neben möglichst gleichzeitigem Rohstoffeinkauf und Fertigproduktverkauf (per

Termin) gelingt ihnen eine Verminderung der Risiken dadurch, daß die technische Ausbildung der Ölmühlenindustrie es gestattet, unter geringfügiger Umstellung der Anlagen *verschiedene Rohstoffe zu vermahlen*¹⁾:

Schema der Austauschbarkeit der Öle und Fette in der Verwendung für die

a) *Seifenindustrie:*

Kokosfett mit Palmöl und Palmkernfett (außer Feinseifen).

Kokosfett mit Talg (für Feinseifen bis zu einem gewissen Grade).

Sojaöl mit Leinöl (bei der Schmierseifenherstellung). Raffinationsfettsäuren aller Arten von Ölen und Fetten miteinander.

Fast alle Fettarten für Kernseifen.

b) *Margarineindustrie:*

Kokosfett mit Palmkernfett.

Kokos- und Palmkernfett²⁾ mit gehärtetem Tran.

Erdnußöl mit Sesamöl und Rüböl.

Erdnußhartfett mit keinem pflanzlichen Fett; bis zu einem gewissen Grade mit Neutrallard und vielleicht auch Oleomargarin, also den hochwertigen Tierfetten.

Sojahartfett mit Harttran.

Baumwollsaatöl mit Sojaöl.

c) *In der Verwendung als Speiseöl:*

Erdnußöl mit Sojaöl.

Sojaöl mit Rüböl und anderen „kleinen“ Ölen.

Erdnußöl mit Rüböl, ferner mit Olivenöl.

Durch diese gegenseitige Vertretbarkeit der Rohstoffe können die Werke den Preisschwankungen auf dem einen Rohstoffgebiet durch den Übergang zur Vermahlung eines anderen Rohstoffs entgehen. Diese technische Möglichkeit war aber erst in dem Augenblick verwertbar, in dem es die Industrie durch Ausbildung ihrer Produktionsverfahren verstand, die Produkte in weitem Umfange für die Abnehmer vertretbar zu machen. Die Härte und sonstigen Eigenschaften der Öle sind verschieden, ihre Verwertbarkeit daher unterschiedlich. Es ist nun der Industrie gelungen, durch die Raffination und Härtung der Öle den Austausch auch bei den Verarbeitern zu ermöglichen, die dadurch dem jeweiligen Ausweichen der Industrie vor den Schwankungen des Rohstoffmarktes folgen können. Eine der wichtigsten Folgen dieser Entwicklung ist die, daß die Margarineindustrie bei gleichmäßiger Qualität ihrer Produkte auch die Preise auf gleicher Höhe zu halten vermag, was früher wegen der geringen Austauschbarkeit der Rohstoffe nicht möglich war.

Es ist eine Frage von besonderem Interesse, inwieweit die Industrie dank ihrer starken Konzentration den Preisschwankungen ihrer Rohstoffe gegenüber einen *inneren Ausgleich* vornehmen kann; die Vereinigung großer Lagerbestände in einer Hand, die Beherrschung weit ausgedehnter, in ihren Konsumgewohnheiten, ihrer Nachfrage und ihren Preisbedingungen ungleicher Märkte bietet hierfür wahrscheinlich nicht unbedeutliche Vorteile. Die Sachverständigen haben sich trotzdem über den Erfolg

¹⁾ Vgl. „Die Deutsche Ölmühlenindustrie“, S. 251.

²⁾ Vgl. „Die Deutsche Ölmühlenindustrie“, S. 252: „Im Laufe der Entwicklung haben Kokos- und Palmkernfett erhebliche Mengen Premierjars verdrängt, ohne daß eine Qualitätsverschlechterung der Margarine beim Übergang von tierischen zu pflanzlichen Fetten zu konstatieren gewesen wäre. Andererseits ist Erdnußhartfett gegenüber dem Kokosfett vorgezogen, ohne daß von einer direkten Austauschbarkeit gesprochen werden kann.“

zumeist zweifelnd geäußert; der Zusammenschluß der zahlreichen Betriebe aus den Unternehmungen van den Bergh, Jurgens und der Lever-Gruppe zur Margarine-Unie Rotterdam und Margarine-Union Ltd. London muß nach ihrer Ansicht die Folge haben, daß sich der Markt sofort befestigt, wenn dieser große einheitliche Käufer als Nachfrager auftritt. Aus der Untersuchung erwächst der Eindruck, daß in der Tat die Existenz eines derartig großen Gebildes — mit weit über 1 Milliarde RM Aktienkapital — die Abgeber der Rohstoffe darin bestärkt, diesem Käufer, dessen Rohstoffbedarf bekannt ist, mit großer Festigkeit entgegenzutreten, ein Zustand, der nur dadurch beseitigt werden könnte, daß das Unternehmen Einfluß auf die Plantagen ausübte. Dieses Untersuchungsergebnis ist von besonderem Interesse, weil es gewisse Rückschlüsse auf die Wirksamkeit eines einheitlichen Rohstoffeinkaufs bei anderen, ähnlich gearteten Gebieten — etwa dem der Tabakversorgung — zuläßt.

Ähnlich wie in der Ölmühlenindustrie ist auch in der Margarineindustrie ein großer Teil der Fragen verhältnismäßig bedeutungslos, die sonst für die Lage und Entwicklung eines Industriezweiges außerordentliche Bedeutung besitzen — z. B. die Möglichkeiten der Betriebs- und Unternehmungsrationalisierung. Die reine Wertschöpfung der Produktion (ohne Verteilung) in dieser Industrie dürfte nicht über 16 % hinausgehen. Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb dieser Grenzen bleiben deshalb für das Gesamtprodukt verhältnismäßig bedeutungslos. Allgemein von Interesse wäre es, einen Überblick über den Anteil des Margarinekonsums an dem deutschen Fettverbrauch zu gewinnen, weil hieraus gewisse Rückschlüsse auf die Beziehungen zwischen Einkommen und Konsumgewohnheiten gezogen werden können. Nach dem Untersuchungsergebnis ist dieser Zusammenhang nicht so einfach und weniger der Beurteilung zugänglich als etwa vor dem Jahre 1914. Auch in der Margarineerzeugung sind, in enger Verbindung mit den technischen Fortschritten der Ölmühlenindustrie, technische Fortschritte erzielt worden, die es ermöglichen, das Produkt den Konkurrenzprodukten Butter und Schmalz weit stärker anzunähern. Damit ist der schlüssige Zusammenhang zwischen Margarinekonsum und Einkommen der Bevölkerung getrübt. An seine Stelle treten die Verschiebungen innerhalb des Margarinekonsums: der Übergang zu hochwertigen oder zu geringwertigen Sorten. Die absolute Entwicklung des Gesamtkonsums in Deutschland und einigen vergleichbaren Ländern geht aus der nachstehenden Übersicht hervor; allerdings sind bei diesen Zahlen die sehr verschiedenen Lebensbedingungen und Konsumgewohnheiten der Gebiete zu berücksichtigen.

Margarineverbrauch je Kopf der Bevölkerung*)

(kg je Jahr)	1913	1924	1925	1926	1927	1928
Deutschland	5.0	6.4	6.7	7.2	7.2	7.6
Großbritann. u. Irland	2.8	5.6	6.1	6.8	6.6	6.9
Niederlande	4.8	6.9	7.4	7.4	8.1	8.4
Norwegen	10.7	16.1	17.0	17.3	17.2	17.7
Schweden	4.4	5.2	6.6	7.0	7.0	7.3
Dänemark	15.8	20.7	10.6	20.7	21.0	22.4

*) „Die Deutsche Margarineindustrie“, S. 127.

Margarine- und Butterverbrauch je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1926*)

(kg je Jahr)	Margarine- und Kunstspeisefett	Butter
Deutschland	7.2	6.7
England	7.8	6.5
Holland	7.7	5.6
Schweden	7.0	5.8
Dänemark	20.7	5.6
Vereinigte Staaten	6.0	10.0

*) „Die Deutsche Margarineindustrie“, S. 128. Vorläufige Zahlen.

Immerhin ist zu berücksichtigen, daß zwischen dem Verbrauch der verschiedenen Fettsorten und den Einkommen der Verbraucher starke Zusammenhänge bestehen. So zeigt die Analyse der Haushaltsrechnungen für Deutschland, daß bei steigendem Einkommen eine Steigerung des Butterverbrauchs eintritt, während der Margarineverbrauch gleichzeitig nur wenig absinkt:

Vergrößerung des Fettverbrauchs bei steigendem Einkommen*)

Einkommensstufe je Vollperson** (RM)	Durchschnittliche Gesamttausgaben (RM)	in kg						Zusammen
		Butter	Margarine	Schmalz u. sonst. ausgelassene Fette	Rohe Fette	Pflanzliche Öle u. Fette		
Ausgaben je Vollperson im Durchschnitt einer Arbeiterhaushaltung								
bis 800	714.51	2.7	11.8	3.7	0.9	1.7	20.8	
800—1000	906.20	4.3	10.8	3.7	1.1	1.9	21.8	
1000—1200	1097.54	5.3	9.7	3.6	0.9	2.2	21.7	
1200—1500	1328.64	7.4	9.7	3.3	0.9	2.1	23.4	
über 1500	1766.86	10.1	7.1	3.2	0.9	2.6	23.9	
Ausgaben je Vollperson im Durchschnitt einer Angestelltenhaushaltung								
bis 1000	900.26	5.4	8.3	6.2	0.9	2.3	19.5	
1000—1200	1116.06	8.1	8.6	3.3	1.1	1.8	22.9	
1200—1500	1349.03	8.9	8.2	2.8	0.9	1.9	22.7	
1500—1800	1645.92	11.5	7.5	2.4	1.1	1.7	24.2	
1800—2200	2001.71	14.1	6.0	2.6	0.7	1.8	25.2	
über 2200	2866.48	14.6	5.2	2.2	0.6	2.3	24.9	

*) „Die Deutsche Margarineindustrie“, S. 133.

***) Erwachsene männliche Personen = 1 Vollperson, weibliche = 0,9, Kinder unter 10 Jahren = 0,5, Kinder von 10—14 Jahren = 0,75 Vollpersonen. Eine Familie mit einem Erwachsenen, einem halbwehischen und zwei kleinen Kindern würde also 4,65 Vollpersonen zählen.

Einen gewissen Hinweis auf die Gliederung des Margarinekonsums bieten die Angaben der Großverkaufsgesellschaften der deutschen Konsumvereine, bei denen im Jahr 1928 der Anteil des Margarineabsatzes am Fettabsatz 50,8 % betragen hat (Butter 19,8 %). Hiervon seien 59,4 % auf Margarine in einer Preislage über 68 Rpf, 40,6 % auf Margarine unter 68 Rpf entfallen. Bei dem Absatz der Jurgens-Gruppe und bei 54 freien Fabriken ergab sich folgende Verteilung:

Der Margarineabsatz nach Wertklassen*)

Einzelhandelspreis	Jurgens-Gruppe		54 freie Fabriken	
	1927	1928	1927	1928
1 RM und mehr	28,7	22,6	25,1	23,4
0,70 bis 1 RM			51,8	53,2
unter 0,70 RM			23,1	23,4

*) „Die Deutsche Margarineindustrie“, S. 164.

Von besonderem Interesse ist die Absatzorganisation der Margarineindustrie. Ungeachtet der Hemmungen, die einer Ausdehnung des Margarineabsatzes aus den Geschmacksnachwirkungen der Kriegs- und Inflationszeit entgegenstanden, hat sie den Absatz an Margarine außerordentlich steigern können. Außerdem bietet sie in gewissem Umfange einen Anhalt dafür, wie eine geeignete Absatzorganisation in Deutschland für Lebensmittel auch auf anderen Gebieten gestaltet werden könnte. Die Konzerne der Margarineindustrie, die sowohl in Deutschland wie

in England einen großen Teil ihrer Erzeugnisse absetzen, bedienen sich in den beiden Gebieten sehr verschiedener Absatzorganisationen. Während sie in England ihre Produkte in einem ausgedehnten *Filialsystem* vertreiben, ohne sie an den Handel abzugeben, besteht in Deutschland ein ausgedehntes *Vertreternetz*, das beim selbständigen Handel wirbt. Bei der außerordentlichen Konzentration der Produktion ist dieser Vorgang in der starken Unterschiedlichkeit der englischen und deutschen Verhältnisse von hohem Interesse.

Dank des Zusammenschlusses der Unternehmungen aus den van den Bergh und Jürgens-Konzernen und der Lever-Gruppe können die verbündeten Gesellschaften in England in zahlreichen Ladengeschäften ein Warensortiment bieten, das die Wettbewerbsfähigkeit dieser Geschäfte gegenüber anderen ähnlich gearteten gewährleistet. Neben den Margarineprodukten und Speisölen werden Seifen, andere Waschmittel, Schokolade und andere Produkte angeboten. In Deutschland dagegen umfassen die Margarinekonzerne trotz ihrer Beziehungen zu der tschechoslowakischen Schicht-Gruppe, die starke Schokolade-Interessen hat, ein nicht so umfangreiches Produktionsprogramm; sie sind deshalb auch nicht in der Lage, Ladengeschäfte zu eröffnen, deren Sortiment dem entspricht, was von den deutschen Käufern üblicherweise bei einem derartigen Ladengeschäft beansprucht wird. Ein partieller Übergang zu eigenen Ladengeschäften ist dabei wegen der starken Organisation des deutschen Einzelhandels von den Konzernen nicht durchzuführen: Er würde eine so scharfe Ablehnung der Konzernmarken durch die Einzelhandelsgeschäfte bringen, daß die nicht den Konzernen angeschlossenen Margarinefabriken zu nahezu ausschließlicher Belieferung des Einzelhandels gelangten, soweit er von Fabriken und nicht von Großhändlern bezieht. Der gegenwärtige Aufbau der Verteilungsorganisation für Margarine geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Verteilung des Absatzes*)

(Prozent)	Konzern		53 freie Margarinefabriken	
	1927	1928	1927	1928
Direkt an den Einzelhandel u. die Edeka-Vereine	42,3	39,6	60,8	57,6
an Konsumentengemeinschaften ..	9,7	8,7	5,6	6,3
an Warenhäuser	0,5	0,3	0,3	0,5
direkt an Bäcker und andere Weilverarbeiter	13,0	15,0	15,3	15,6
direkt an Konsumenten (Hausierhandel)	3,5	7,4	4,2	8,1
an den Zwischenhandel (Großhandel)	31,0	31,0	15,8	13,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

*) „Die Deutsche Margarineindustrie“, S. 184.

Verschärft wird diese Sachlage durch die starke Bindung der deutschen Käufer an die von ihm seit langem bezogenen *Marken*. Die bisherigen Zusammenschlüsse in der Margarineindustrie haben zwar bei der Produktion und im zentralen Verteilungsapparat Zusammenlegungen und Vereinfachungen ermöglicht; die zahlreichen Marken mußten aber nach wie vor nebeneinander geführt werden, da die Abnehmer auf den Kauf der von ihnen bisher bezogenen Marken bestehen. Die große Zahl der

Marken wird dadurch stark erweitert, daß der Großhandel, der bei den Konzernen rund ein Drittel des gesamten Margarineumsatzes vertreibt, zum großen Teil eigene Marken auf den Markt bringt. Eine Vereinfachung der Absatzorganisation durch eine Vereinfachung der Marken, die wahrscheinlich eine wichtige Voraussetzung für die Rentabilität eigener Ladengeschäfte wäre, würde nach den bisher auf dem deutschen Markt gemachten Erfahrungen keine Vermehrung, sondern eine Verminderung des Umsatzes zur Folge haben.

In diesem Zusammenhang sind die Feststellungen des Ausschusses von großem Interesse, daß die im Preis stark differenzierten Marken in der *Qualität* weit geringere Unterschiede aufweisen. Aus den Einzelheiten der Untersuchung ergibt sich, daß es sich bei dieser Preisdifferenzierung vor allem um einen psychologischen Faktor handelt, der allerdings für die Rentabilität der Margarine-Unternehmungen von grundlegender Bedeutung ist. Der Glaube weiter Käuferschichten, daß das billigere Produkt notwendig das schlechtere sein müsse — vermutlich verbunden mit Standesrücksichten und ähnlichen nicht meßbaren Einwirkungen —, bewirkt, daß im Endpreis Margarinesorten mit einer Preisspanne von 100 % verkauft werden können, die sich in den Herstellungskosten nur um wenige Prozent unterscheiden. Vergleicht man die Rohstoffpreise mit den Preisen der niedrigst bemessenen Margarinemarken, so ergibt sich, daß beim Absatz dieser Marken kaum mehr als die Rohstoffkosten zuzüglich Lohn und Gehalt der Produktion, vielleicht auch eines Teiles der Verkaufsorganisation, gedeckt werden können. Die hohen Belastungen aus Kapitaldienst, das Risiko des Verderbs und der Insolvenz des Kunden und zahlreiche andere Kostenteile werden nicht gedeckt. Sie müssen vielmehr aus dem Erlös der hoch bezahlten Marken bestritten werden. Dieselben Vorgänge wiederholen sich in der Verteilungsorganisation, vor allem beim Einzelhandel. Dank dieser unterschiedlichen Kalkulation kaufen die ärmeren Schichten zu oder unter Produktionskosten, während vermögendere Schichten einen Teil der Kosten, die aus der Belieferung der ärmeren Bevölkerung entstehen, mit tragen.

Der Bericht des Enquête-Ausschusses legt zu einer großen Anzahl von Fragen *ausführliche Angaben* vor; bedauerlicherweise berücksichtigt er aber dabei nicht immer die größere oder geringere Bedeutung der einzelnen Fragen. So bringt er eingehende Angaben über die *Finanzierung* durch Rembourskredite, obwohl in dieser Hinsicht keine nennenswerten Unterschiede gegenüber zahlreichen anderen Industriezweigen, die ihre Rohstoffe unter ähnlichen Bedingungen beziehen müssen, vorliegen. Auch zu dem *Standort* der beiden Industriezweige — die Ölmühlindustrie ist rohstoff-orientiert und deshalb vorwiegend an den Küsten oder in der Nähe der Rheinwasserstraße gelegen, die Margarineindustrie ist hingegen absatz-orientiert und sucht deshalb die eng besiedelten Großstädte und Industriegebiete auf — werden Ausführungen gemacht, für deren Einzelheiten auf den Bericht verwiesen werden kann.

Blossen

Die Aussichten des Wohnungsbaus

Die Aussichten für den Wohnungsbau, der infolge der ursprünglich vorgesehenen plötzlichen Entziehung der Hälfte aller Hauszinssteuermittel stark gefährdet schien, haben sich etwas gebessert. Im Grundsatz ist zwar die Kürzung des für den Wohnungsbau bestimmten Teils der Hauszinssteuer um die Hälfte in der Notverordnung vom 1. Dezember aufrecht erhalten worden. Im Zusammenhang mit der in den beiden letzten Heften besprochenen Individualisierung der Realsteuersenkung hat dieser Grundsatz aber eine wichtige Modifikation erfahren. Für Länder mit besonders großem Wohnungsbedarf kann nach der Verordnung der Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister zugelassen, daß ein geringerer Betrag als die Hälfte des Wohnungsbau-Anteils der Hauszinssteuer zur Deckung des Ausfalles verwendet wird, der durch die Senkung der Realsteuern entsteht; jedoch muß mindestens ein Drittel zur Ermäßigung der Realsteuern abgezweigt werden. In diesem Fall können die Landesregierungen die Senkung der Realsteuern auf jene Gemeinden beschränken, deren Steuersätze über den Landesdurchschnitt vom 31. Dezember 1930 hinausgehen. Von den hier aufgezeigten Möglichkeiten werden wohl viele Länder, darunter sicherlich Preußen, Gebrauch machen. Bei einer allgemeinen Verminderung des Wohnungsbau-Anteils der Hauszinssteuer um nur ein Drittel würden statt rund 800 Mill. RM für den Wohnungsbau im nächsten Jahr 550 Mill. RM verwendet werden können (gleiches Aufkommen an Hauszinssteuer vorausgesetzt). Eine Förderung des Wohnungsbaus kann man sich ferner von der bis 1938 geltenden Steuerbefreiung für alle Wohngebäude versprechen, die in der Zeit vom 1. April 1931 bis zum 31. März 1934 bezugsfähig werden. Auch die Verwendung der Hauszinssteuermittel wird durch die Notverordnung neu geregelt. Das System der Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen, das bisher in den meisten Ländern — wenn auch in veredelter, d. h. abgeschwächter Form — angewandt wurde und zu zahlreichen Fehlleitungen führte, wird aufgegeben. Die Hauszinssteuermittel sollen von den Ländern auf Grund eines einheitlichen Planes unabhängig vom örtlichen Aufkommen verteilt werden. Wo die Gesamtverwaltung der Wohnungsbaumittel durch das Land offensichtlich besonderen Schwierigkeiten begegnet — das gilt für Preußen —, soll vom 1. April 1931 an mindestens die Hälfte der für den Wohnungsbau bestimmten Steuermittel dem betreffenden Lande zufließen (in Preußen betrug der staatliche Ausgleichsfonds bisher nur drei Zehntel der gesamten Mittel). Im übrigen läßt die Notverordnung auf diesem Gebiet noch vieles offen. Die Grundsätze über die Verwendung der Wohnungsbaumittel, die der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit den Ländern aufstellen soll, werden wohl erst gegen Ende des Jahres feststehen. Dabei wird insbesondere auch die Entscheidung darüber fallen, ob und in welchem Maße von dem bisher befolgten Prinzip, die Hauszinssteuermittel in Form von Hypotheken auszuleihen, abgegangen werden soll. Die Reichsregierung tritt

für eine verstärkte Hergabe der Mittel in Form von Zinszuschüssen für zweite Hypotheken ein. Während bisher noch nicht zehn Prozent der für den Wohnungsbau verwendeten Hauszinssteuer in dieser Form vergeben wurden, soll der Anteil der Zinszuschüsse auf ein Drittel oder sogar auf die Hälfte aller Mittel erhöht werden. Gegen die Hauszinssteuerhypotheken, die die Stelle der zweiten Hypotheken einnehmen und zu etwa 1 bis 3 Prozent verzinst werden, sind viele berechtigte Einwendungen erhoben worden. Beachtenswert ist insbesondere, daß bei normaler Lage des Wohnungsmarkts ein Teil der Hauszinssteuerhypotheken zweifellos als verloren zu gelten haben wird. Demgegenüber weisen die Zinszuschüsse freilich nur den Vorteil auf, daß sie von vornherein à fonds perdu gegeben werden. Bei den Zinszuschüssen besteht außerdem die Gefahr, daß die Gesamtaufwendungen nicht zu übersehen sind. Der Umfang, in dem Hypotheken ausgeliehen werden sollen, kann in jedem Jahr neu festgesetzt werden. Die Gewährung von Zuschüssen schließt eine Verpflichtung für mehrere Jahre in sich, denn sonst erfüllen die Zuschüsse nicht ihren Zweck, zum Bauen anzuregen. Nach welchen Merkmalen soll sich ferner der Ablauf der Zinszuschüsse bestimmen? Es besteht die Absicht, sie zunächst für fünf Jahre fest zuzusagen und die weitere Gewährung von der Lage des Kapitalmarkts abhängig zu machen. Auf die Gefährlichkeit einer solchen Vertragsklausel braucht kaum hingewiesen zu werden. Wir glauben, daß im ganzen die Nachteile der Zinszuschüsse mindestens so groß sind wie die der Hauszinssteuerhypotheken. Eine prinzipielle Änderung ist deshalb nicht zu empfehlen.

Neues Mietrecht

Die Änderungen des Mietrechts, die in der Notverordnung vom 1. Dezember enthalten sind, sehen einen allmählichen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft entsprechend dem Regierungsprogramm vom Oktober vor. Dieser Abbau erfolgt auf sehr lange Sicht und stellt deshalb eine Rechnung mit vielen Unbekannten dar. Das Wohnungsmangelgesetz soll am 1. April 1934 außer Kraft treten, das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz am 1. April 1936, falls bis zu diesem Zeitpunkt die Mietvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches „unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden“. Damit ist dem von vielen Kreisen gewünschten „sozialen“ Mietrecht eine Tür geöffnet. Dem Reichstag liegt auch bereits ein Antrag Dr. Breitscheid und Genossen vor, der für das neue Mietrecht Richtlinien verlangt, die in vieler Hinsicht freilich noch zwangswirtschaftliche Gedankengänge verraten („angemessene“ Miete, Sondermietgericht, Erhaltung der Wohnungsämter für Zwecke der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege u. a.). Uns scheint, daß eine Reform des Mietrechts vor allem unter dem Gesichtspunkt erfolgen sollte, die recht guten Bestimmungen des BGB zum zwingenden Recht zu erheben. Diese Bestimmungen sind durch die allgemein üblichen Formularverträge der Hausbesitzer-Organisationen zum großen Teil ausgehöhlt worden; das tatsächliche Miet-

recht nach diesen Verträgen weicht von dem Recht des BGB zugunsten der Vermieter erheblich ab. Hier sollte in erster Linie eine Revision einsetzen. Gegenüber dieser Zukunftsfrage, wie das Mietrecht endgültig zu gestalten sei, stellen die Änderungen des gegenwärtigen Rechts in der neuen Notverordnung nur geringe Probleme. In den Grundzügen handelt es sich um folgendes: Werden Wohnungen frei, die nicht mehr dem Wohnungsmangelgesetz unterliegen (in Preußen gegenwärtig sämtliche Wohnungen in Orten mit weniger als 15 000 Einwohnern, ferner Wohnungen mit hoher Jahresfriedensmiete), so können über sie freie Mietverträge geschlossen werden. Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz gelten insoweit nicht mehr; lediglich die Bestimmungen über Kündigungsschutz und Mietwucher werden auch für diese Wohnungen aufrechterhalten. Die Berufung auf die gesetzliche Miete nach § 1 des Reichsmietengesetzes wird weiter erschwert — eine erfreuliche Änderung, denn die Vertragsmoral hatte sehr darunter gelitten, daß sich der Mieter jederzeit, entgegen etwa neu abgeschlossenen Verträgen, auf die gesetzliche Miete berufen konnte. Ferner wird dem Vermieter die Erlangung einer Wohnung im eigenen Hause erleichtert. Auf Pfortnerwohnungen findet der Mieterschutz in seinen wichtigsten Teilen keine Anwendung mehr (in Preußen ist diese Neuerung schon seit einiger Zeit durchgeführt). Der Schutz gegen Kündigung, der in der Verpflichtung des Vermieters zur Stellung eines Ersatzraums liegt, wird etwas gelockert. Alle diese Änderungen treten am 1. April 1931 in Kraft. Sie bewegen sich im ganzen in einer vernünftigen Richtung des Abbaus zwangswirtschaftlicher Bestimmungen und leiden nur unter dem Mangel, der das ganze — meistens improvisierte — Mietrecht der Nachkriegszeit kennzeichnet: die unklare Fassung, die der Rechtsprechung große Bewegungsfreiheit gibt, aber auch viele Interpretationsschwierigkeiten bereitet.

Belastungsprobe des Steuerapparats

Man schreibt uns: „Für die Tatsache, daß die Einkünfte mancher Steuern im letzten Jahre trotz höherer Steuersätze nicht gestiegen sind, können zwei Erklärungen angeführt werden. Entweder wird hierin eine Auswirkung des Konjunkturrückgangs gesehen (sinkender Spiritusverbrauch, sinkender Bierverbrauch, sinkende Umsätze, sinkende Gewinne der Körperschaften usw.) oder ein Versagen des Steuersystems als Folge einer „Überdrehung der Steuerschraube“. Wenn die letzte immer wieder vorgebrachte Erklärung richtig sein sollte, so müßten eigentlich auch die Steuerrückstände eine wachsende Tendenz aufweisen. Die folgende Übersicht zeigt, daß die Rückstände ihrem absoluten Betrage nach nur ganz unwesentlich gestiegen sind, daß sie im Verhältnis zum Steuersoll sogar eine rückläufige Tendenz haben. Diese klaren Zahlen sprechen dafür, daß

der Steuerapparat die gewaltige Belastungsprobe, der er im letzten Jahre ausgesetzt war, bestanden hat. Zugleich zeigt der relative Anteil der Steuerstundungen an den Steuerrückständen, daß die Finanzämter in stetig zunehmendem Maße auf wirtschaftliche Schwierigkeiten der Steuerschuldner Rücksicht nehmen. Die Hauptsteuerrückstände finden sich bei der Einkommensteuer; hier beliefen sie sich im Jahre 1930 auf 218 Mill. RM — im Jahre 1929 auf 222 Mill. RM — (ohne Steuerabzug vom Arbeitslohn und Kapitalertrag). Bei der Körperschaftsteuer betrug der Anteil der Rückstände am Steuersoll 1930 rund 20 % (1929 16,6 %). Bei der Erbschaftsteuer, bei der allerdings die Steuerstundungen in vielen Fällen nach der Absicht des Gesetzgebers zur Regel gehören, betragen die Rückstände 1930 90,5 % (1929 74,4 %). Auch bei der Gesellschaftsteuer ergeben sich Rückstände von über 50 % des Steuersolls. Diese Verhältnisse bei einzelnen Steuern können aber das günstige Gesamtbild nicht beeinträchtigen. Bei der Tabaksteuer und bei den Zöllen ist eine merkliche Verminderung der Rückstände (um rund 19 Mill. RM oder 22 % gegenüber 1929) durchgesetzt. Von einem ‚Versagen des Steuerapparates‘ kann hiernach keine Rede sein.“

Internationale Zuckerrestriktion

Die *kubanische* Zuckerindustrie, die schon früher einmal versucht hatte, durch Produktionseinschränkung den internationalen Zuckerpreis zu regulieren — der Versuch ist damals gescheitert —, hat jetzt zusammen mit der kubanischen Regierung unter der Führung der großen amerikanischen Raffinerien und unter Mitwirkung der amerikanischen Banken einen neuen Plan für eine internationale Zuckerrestriktion aufgestellt. Sie hat ferner provisorisch eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die für den Fall, daß eine internationale Konvention nicht zustande kommt, wieder aufgehoben werden sollen. Die außerordentliche Schwäche, die der Weltzuckermarkt in den letzten Jahren aufwies, hat die Preisbildung auf diesem Markt ungewöhnlich labil werden lassen. Das Bekanntwerden der kubanischen Pläne hat zunächst in Amerika eine fast 50 %ige Preissteigerung bewirkt. Inzwischen ist der Preis jedoch wieder um über 15 % zurückgegangen, obwohl zwischen den beiden größten Rohrzuckerländern der Welt, Kuba und Java, inzwischen in Amsterdam eine Verständigung auch über die Produktionseinschränkung *Javas* erzielt wurde. Die wichtigsten Produzenten auf Java, die großen niederländischen Kolonialgesellschaften, wollen sich offenbar am Zucker von ihren großen Verlusten bei anderen kolonialen Rohstoffen, vor allem beim Kautschuk, erholen. Das Restriktionsschema zeigt in Kuba und Java ähnliche Züge. In beiden Fällen handelt es sich darum, auf einem umkämpften und besonders wichtigen Markt dem Preis einen Rückhalt zu geben. Für Kuba stellen die Vereinigten Staaten den weitaus wichtigsten Markt dar; hier genießt der kubanische Zucker einen Präferenzzoll, der allerdings in den letzten Jahren durch die Konkurrenz im amerikanischen Zollgebiet gelegener großer Rohrzuckerproduzenten (Hawaii und Philippinen) entwertet worden ist. Für Java liegt das Absatzzentrum in Europa. Wie sich Kuba eine feste Grenze für seine nordamerikanischen Verkäufe gesetzt hat, so Java für seinen Absatz in Europa. Dar-

Am 1. Oktober	Rückstände an Steuern, Zöllen, Abgaben			Haus- haltssoll	Anteil der	
	Zahl in 1000	Höhe in Mill. RM	hiervon gestundet		Rückst. am Haus- haltssoll	Stundung aus der Rückst.
1927	2026	612	311	7 750	7,9	50,8
1928	1928	621	337	8 862	7,0	54,3
1929	2025	656	370	9 246	7,1	56,4
1930	1980	685	420	10 148	6,8	61,5

über hinaus haben sich aber beide Rohrzuckerländer auch in ihren peripheren Absatzgebieten — für Kuba Europa, für Java vor allem der ferne Osten, dessen Zuckerverbrauch bei den sinkenden Preisen der letzten Jahre eine starke Steigerung erfahren hat — Beschränkungen auferlegt unter der Voraussetzung, daß die europäischen Rübenzuckerländer ihr bisheriges Dumping erheblich einschränken. Das Kräfteverhältnis der beteiligten Partner zeigt sich vielleicht am deutlichsten darin, daß Java die verhältnismäßig geringste Restriktion auf sich nimmt; dagegen soll sich nach dem kubanisch-javanischen Plan Europa die relativ größten Beschränkungen auferlegen. Es ist deshalb nicht unrichtig, wenn man diese jetzt in Brüssel zur Diskussion stehende Verteilung der Lasten der Zuckervalorisierung als das Ergebnis einer Koalition der Rohrzuckerländer gegen den europäischen Rübenzucker bezeichnet, der im letzten Jahrzehnt völlig ins Hintertreffen geraten ist und nur durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wettbewerbsfähig gehalten wird. Während in groben Umrissen die Rohrzuckerpläne bekannt sind, ist bisher völlig unbekannt geblieben, welche Vorschläge die Rübenzuckerländer Europas in Amsterdam vorzubringen gedenken, obwohl ihre Berliner Vorbesprechungen bereits vor etwa zwei Wochen zu einem Abschluß kamen. Leider besteht kaum eine Hoffnung, daß sich die europäischen Zuckerindustrien den einzig vernünftigen Vorschlag: Abbau ihrer inländischen Verbraucherpreise und Zollabbau, zu eigen machen werden. Ihre Lage ist freilich bedrohlich genug; denn die große europäische Rübenenernte dieses Jahres kann zu einer mitteleuropäischen Zuckerzeugung führen, die in der Geschichte der Rübenzuckerindustrie einen Rekord darstellen wird. Von ganz besonderer Bedeutung ist aber die Tatsache, daß über einen der größten Zuckerproduzenten und seine — völlig frei zu fassenden — Entschlüsse gar keine Klarheit besteht: *Rußland*. Noch nicht einmal die Zuckerzeugung Rußlands ist bisher einwandfrei festgestellt. Die Russen wollen dazu ihre Zuckerindustrie auf eine völlig neue Basis stellen: sie beabsichtigen, zur Anwendung des Oxfordverfahrens überzugehen, bei dem getrocknete Rüben auf Zucker verarbeitet werden und daher der Saisoncharakter der Zuckerindustrie — bis auf die durch die Ernte auf einen kurzen Zeitraum beschränkte Trocknung — verlorengeht. Die Nebenwirkung ist dabei, daß die eigentlichen Anlagekosten je Einheit des Fertigprodukts eine beträchtliche Senkung erfahren können. Angesichts dieser Lage in Europa muß man den Erfolgen einer vielleicht zustande kommenden vertraglichen Einigung zwischen den nichtrussischen Rohr- und Rübenzuckerländern skeptisch gegenüberstehen.

Können die Brotpreise gesenkt werden?

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 48 veröffentlichten Glosse schreibt uns Herr Landrat *Herman*

Kranold-Steinhaus: „Auf Grund unserer Erfahrungen im Kreise Sprottau möchte ich die Meinung aussprechen, daß jedenfalls in vielen Fällen die Brotpreise gesenkt werden können. Auf Antrag der Landwirtschaft hat der Kreis Ausschuß Sprottau beschlossen, in bestimmten Fällen die Kreissteuern statt in Geld in Form von Roggen anzunehmen. Das Verfahren ist dabei folgendes: Der Roggen wird auf Rech-

nung des Kreises an eine von ihm bezeichnete Mühle geliefert. Diese übernimmt die Lagerungskosten und die Versicherung und mahlt den Roggen zu 60 %igem Mehl aus. Hierfür erhält die Mühle keine Barentschädigung, sondern sie behält 5 Pfund Abfall und 8 Pfund Mehl je Zentner Roggen. 35 Pfund Kleie hat sie an den Einlieferer zurückzuliefern, und der Gegenwart der Kleie wird von dem auf die Steuerschuld angerechneten Roggenpreis abgesetzt. Dem Kreis Ausschuß verbleiben also vom Zentner Roggen 52 Pfund 60 %igen Roggenmehls. Dieses geht weiter an die Bäcker, und diese haben für jede 3 1/2 Pfund Mehl, die ihnen geliefert werden, den Einreichern von Brotscheinen entweder 4 Pfund Brot oder 3 1/2 Pfund Mehl zu verabfolgen; dabei verbleibt den Bäckern je 1/2 Pfund Mehl auf 3 1/2 Pfund. Einreicher der Brotscheine sind die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung aller Art: denn der Kreis hat verfügt, daß, von gewissen Ausnahmen abgesehen, 15 % der vom Bezirksfürsorgeverband gegebenen Unterstützungen in Form von Brotscheinen gegeben werden. Hierbei wird ein Schein (für ein Vierpfundbrot oder für 3 1/2 Pfund Mehl) mit 50 Rpf auf die Unterstützung angerechnet. Bei einem Roggenpreis von 7,80 RM und einem Kleiepreis von 5 RM je 50 kg stellt sich das Vierpfundbrot für den Bezirksfürsorgeverband auf 43 Rpf. Die Spanne bis zu 50 Rpf ist vorgesehen, weil für den Rest des Winters das Risiko einer gewissen Roggenpreis-Steigerung einkalkuliert wird. Hier in Niederschlesien beträgt der Preis für das vierpfündige Brot aus 60 %igem Roggenmehl im allgemeinen 60 Rpf. Im Kreise Sprottau ging er auf das Bekanntwerden dieser Regelung für die vom Bezirksfürsorgeverband Unterstützten auch für das sonstige Publikum auf 55 Rpf zurück. Wir haben also diesen Preis für die von uns Unterstützten weiter um 5 Rpf gedrückt und haben in dem jetzt angerechneten Preis immer noch eine Reserve von 14 %, obwohl, wie die vorstehenden Darlegungen zeigen, eine erhebliche Gewinnspanne für die Müller und für die Bäcker einkalkuliert ist und auch realisiert wird. Auf Grund dieser Erfahrungen möchte ich zu der Meinung kommen, daß jedenfalls in der hiesigen Gegend ein Preis von 45 Rpf für das vierpfündige Roggenbrot allgemein möglich sein müßte, wenn Bäcker und Müller sich auf angemessene Gewinne beschränken, d. h. es müßte eine Senkung des in der hiesigen Gegend üblichen Preises von 60 Rpf um 25 % erreichbar sein. Dementsprechend müßte natürlich auch der Preis für Weizenbrot herabgesetzt werden können, da diesem, sobald es in Stücken von mehr als 200 g abgegeben wird, nunmehr 30 % des sechziger Roggenmehls beigemischt werden müssen und 10 % Kartoffelstärkemehl beigemischt werden können. In der Glosse in Nr. 48 war eine 20 %ige Senkung des Brotpreises als möglich bezeichnet: dieser Ansicht kann ich mich auf Grund unserer Erfahrungen nur anschließen. Übrigens hängt die Richtigkeit dieser Kalkulation natürlich von der Höhe des Roggenpreises ab: wird dieser wesentlich in die Höhe getrieben, so ist auch eine entsprechende Verteuerung des Brotes notwendig. Roggen notierte in Breslau für 1000 Kilo frachtfrei Breslau am 2. Dezember 162 RM, das entspricht einem Mühlenpreis in den Erzeugergebieten von etwa 156—158 RM, d. h. je Zentner 7,80—7,90 RM. Auch bei diesem Preis dürfte der Brotpreis von 45 Pfennig je 4-Pfund-Brot noch haltbar sein.“

Greifbare und „Papier“ware auf dem Roggenmarkt

Herr *Hans Hirschstein* schreibt uns: „Die Abwicklung des Dezember auf dem Berliner Roggenmarkt hat der breiteren Öffentlichkeit eine Tatsache von grundsätzlicher Bedeutung zum Bewußtsein gebracht: seit Monaten sind die Notierungen für den nächsten Termin auf dem Roggenmarkt höher, in der letzten Zeit ganz erheblich höher, als diejenigen für tatsächliche Ware. Wer die großen Warenzeitmärkte kennt, wird wissen, daß es sich dabei um eine Erscheinung handelt, die als geradezu einzigartig bezeichnet werden muß, und für die es nur eine Erklärung gibt — Fehler im Aufbau des in Frage kommenden Markts. Das Verhältnis der Zeitpreise zu denjenigen für greifbare Ware ist ziemlich selten zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht worden, aber in allen Fällen, in denen das geschehen ist, zuletzt noch in dem Buch von Smith ‚Organized Produce Markets‘, wird es als ganz selbstverständlich hingestellt, daß greifbare Ware gegenüber dem gleichzeitigen, oft sogar gegenüber dem nächsten Lieferungsmonat ein Aufgeld bedingt. Die Erklärung dafür liegt ziemlich nahe, denn, von allem anderen abgesehen, kann man sich im Lieferungsgeschäft die Ware aussuchen, die man haben will, kann schlimmstenfalls nach Muster kaufen, während man im Zeitgeschäft im allgemeinen jede überhaupt andienbare Beschaffenheit übernehmen muß, auch wenn sie für den Betrieb unverwendbar ist, was beim Roggen in Berlin zur Zeit nicht der Fall ist (daher stammt die oft gehörte Bezeichnung ‚Papierware‘ für die Andienungsläger). Die übliche Andienungsware pflegt sich aus leicht ersichtlichen Gründen auch stets an der untersten Grenze der betreffenden Lieferklasse zu bewegen. (Die Tatsache der Aufschläge für spätere Monate gegenüber der Notiz für greifbare Ware bedeutet etwas ganz anderes: sie ist die selbstverständliche Folge davon, daß Zinsen, Lagerkosten, Schwund und sonstige Gefahren eingerechnet werden müssen.) In der völlig einzigartigen Entwicklung der deutschen Getreidemärkte der letzten Zeit im allgemeinen, des Berliner Markts im besonderen, spricht sich denn auch vor allem eine Anomalie der Schlußschein- und Lieferungsbestimmungen aus: die Ansprüche an die Lieferbarkeit im Zeitmarkt sind weit aus höher als an die Lieferbarkeit im allgemeinen. Diese wird geregelt durch den Einheitsschlußschein, nach dem im allgemeinen ‚Ware mittlerer Art und Güte‘, also ‚mittlere Qualität in dem in Betracht kommenden Erzeugungsgebiet und Erntejahr‘ zu liefern und Ware mit einem Minderwert bis zu 5 % zu übernehmen ist. Das heißt beim Roggen, daß im laufenden Jahr in Berlin ein Hektolitergewicht von 70 bis 71 kg als vereinbart gilt, und Roggen mit Minderwerten bis nahezu 10 RM abgenommen werden muß. Der Schlußschein des handelsrechtlichen Lieferungs geschäfts in Berlin aber schreibt ein Mindestgewicht von 712 g je Liter und eine Höchstvergütung von 4 RM je Tonne vor, also eine Vergütung von gut 2 % bei einem Grenz-Hektolitergewicht, das unter den heutigen Umständen an sich schon ein Aufgeld bedingen würde. Das ist ein Zustand, der jeder Logik des Zeitgeschäfts widerspricht und der dieses sicherlich längst zum Erliegen gebracht hätte, wenn nicht der deutsche Roggenmarkt, wie der deutsche Getreidemarkt überhaupt, zu einem Politikum ganz besonderer Art

geworden wäre. Darin und in Sondergründen (Lagerüberfüllung, dadurch überhohe Andienungskosten usw.) mag ein Teil der geschilderten Preisanomalie seine weitere Begründung finden, der weitaus größere aber ist eine Folge der Handelsbräuche. Man kann annehmen, daß dieses Beispiel in späteren Erörterungen über die Theorie des Warenzeitgeschäftes eine sehr erhebliche Rolle spielen wird.“

Strompreis-Senkungen

Im Zuge der Preisabbau-Aktion der Regierung hat sich das Reichswirtschaftsministerium auch an die großen Elektrizitäts-Unternehmungen mit der Bitte um Senkung der Strompreise gewandt. Große Herren pflegen in solchen Fällen höflich zu sein und einem Ministerium keine Absage zu erteilen. So haben denn auch diese Unternehmungen zugesagt, das Ihre im Dienst des Preisabbaus zu tun, und sie haben inzwischen alle die Form gefunden, in der sich Strompreissenkungen durchführen lassen, die wenig kosten. Die Preag und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk stellen dabei in den Mittelpunkt ihres Preisabbaus den Verbrauch an Haushalts- und Kochstrom, der im ganzen sehr geringe Bedeutung hat. Gleichzeitig führt das RWE für bestimmte kleine Abnehmergruppen weitere Erleichterungen ein. Ähnlich geht das Badenwerk vor. Die Bewag in Berlin senkt den Strompreis für die Kleingewerbetreibenden und paßt sich damit der jetzt beliebten „Mittelstandspolitik“ an. In Hamburg soll anscheinend der dort besonders übersetzte Strompreis für Kleinabnehmer allgemein gesenkt werden. So weit gehen von den übrigen Elektrizitätslieferanten nur sehr wenige Unternehmen. Insofern es sich um kommunale Werke handelt, ist die Ermäßigung der Elektrizitätssteuer nicht möglich, ohne zum Ausgleich andere Steuern zu erhöhen. Im ganzen ist das Resultat des Preisabbaus auf diesem wie auf anderen Gebieten zwar gerade ausreichend, um eine Fülle von Notizen über Preisabbau in der Tagespresse veröffentlichen zu lassen, aber materiell nicht sehr bedeutend. Bei dem geringen Verständnis der öffentlichen Meinung für wirtschaftliche Maßnahmen und ihre Tragweite lag bisher auch hier das Schwergewicht der Aktion auf dem Gebiet der Propaganda.

Das Ende der VEW

Die Krise der *Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen GmbH (VEW)* stammt nicht von heute und gestern. Sie trat schon im Sommer dieses Jahres deutlich zutage, als im Zusammenhang mit der Finanzhilfe eines deutsch-amerikanischen Bankenkonsortiums die Umwandlung des vorher rein kommunalen in ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen erfolgte. Wir haben damals die geschäftlichen Manipulationen der Verwaltung scharf kritisiert (Nr. 26, S. 1227 und Nr. 27, S. 1275), obwohl noch nichts von den Spekulationsgeschäften der Herren Dr. Fischer und Dr. Krone, die jetzt ihre Abberufung zur Folge hatten, bekannt war. Wir schrieben damals: „Aber es scheint, daß die Verantwortung für verfehlte geschäftliche Maßnahmen nicht nur in der Privatwirtschaft theoretischer Natur ist.“ Leider ist man diesem deutlichen Hinweis nicht gefolgt; aus der Mißwirtschaft der leitenden Direktoren wurden keine Konsequenzen gezogen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß

für dieses Versäumnis der Aufsichtsratsvorsitzende, dem in der Regelung der Personalfragen bei den VEW ungewöhnlich große Vollmachten übertragen sind, von den opponierenden Minderheitsgesellschaftern haftbar gemacht werden könnte. Aber noch theoretischer als die Verantwortung von Vorstandsmitgliedern pflegt ja die Aufsichtsratshaftung zu sein. Welches Ausmaß die Spekulationsverluste angenommen haben, die aus den Engagements der beiden Generaldirektoren herrühren, ist offiziell noch nicht bekannt geworden; sie werden auf 3,5 Mill. RM geschätzt. Vielleicht nicht unmittelbar, aber doch wohl mittelbar werden sie die Gesellschaft treffen, denn die beiden Herren sind schwerlich für solche Beträge gut. In erster Linie handelt es sich um Kali-Engagements. Das Resultat ist der Zwang zur Anlehnung an das *Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk*, das stark genug sein dürfte, um aus seinen inneren Reserven die Schäden bei den VEW wieder auszugleichen. Die Aktien der VEW sollen im Verhältnis von 3:2 gegen RWE-Aktien getauscht und ein Interessen- und Betriebsgemeinschaftsvertrag zwischen den beiden Unternehmungen abgeschlossen werden, der die wirtschaftliche Selbständigkeit der VEW aufhebt. Das RWE beabsichtigt in diesem Zusammenhang zunächst die schwersten Mängel der bisherigen Leitung des Unternehmens zu liquidieren. Von den mit großen Kosten ausgebauten Zechen dürfte nur eine, die Zeche „Alter Hase“, in Betrieb gehalten, „Caroline“ und „Gottesegen“ dagegen stillgelegt werden. Von den Kraftwerken will man zwei mit einer Leistung von zusammen rund 65 000 kW ebenfalls stilllegen. Die Gasfernversorgung des Unternehmens, die bereits vor einiger Zeit formell selbständig gemacht wurde, dürfte an die Gruppe Ruhrgas AG-Thyssen abgestoßen werden. Insgesamt werden die Abschreibungserfordernisse, die sich bei den VEW zu Lasten des RWE ergeben, unabhängig von den Verlusten aus den Privatgeschäften der Generaldirektoren, auf etwa 35 Mill. RM geschätzt. Wenn gleichwohl das RWE ein relativ günstiges Angebot unterbreitet hat, so zeigt dies, daß es die Ausdehnung seiner „Elektroprovinz“ mit dem entsprechenden Prestigezuwachs hoch veranschlagt und bereit ist, hierfür einen mehr als angemessenen Preis zu bezahlen. Soweit seine kommunalen und staatlichen Aktionäre in Frage kommen, ist es fraglich, ob für sie das Geschäft mit den VEW den gleichen Reiz hat wie für die dominierende Gruppe der Privatwirtschaft, die vielleicht geneigt ist, im Kampf gegen die öffentlichen Elektrizitätsgesellschaften auch materielle Opfer zu Lasten des Unternehmens zu bringen. Es liegt deshalb im Bereich der Möglichkeit, daß die erforderlichen Kapitaltransaktionen beim RWE auf Widerstand stoßen.

Lokomotivgemeinschaft zwischen AEG und Borsig

Während die Konzentrationsbewegung im Lokomotivbau außerhalb der Reichshauptstadt in den letzten Jahren starke Fortschritte gemacht hat, stehen sich in Berlin bisher immer noch vier Fabriken als Konkurrenten gegenüber: *Schwartzkopff*, *Borsig*, *AEG* und *Orenstein & Koppel*. Aus dem Reich ist deswegen vielfach Kritik geübt worden; man hat mit Recht betont, daß sich die auswärtigen Fabriken der krisenhaften Zuspitzung im Lokomotivbau besser an-

gepaßt haben als die Berliner Firmen; darunter mußte die Gesamtindustrie leiden, da die Auftragsverhandlungen mit der Reichsbahn erschwert wurden. Neuerdings scheint jedoch auch in Berlin die Konzentrationsbewegung Fortschritte zu machen, und zwar offenbar durch die *Initiative der Reichsbahn*. Die Reichsbahn hielt sich früher bewußt von Einmischungen in die industriellen Vorgänge fern; seit einiger Zeit übt sie aber durch Verminderung der Zahl der Lieferfirmen auf einen Teil der Industrie einen starken Druck aus. Von den vier Berliner Firmen waren bei dem letzten Vergebungsprogramm im wesentlichen nur Schwartzkopff und Borsig berücksichtigt worden, während Orenstein & Koppel nur einen kleinen Auftrag erhielten und die AEG lediglich bei der Bestellung von Elektrolokomotiven berücksichtigt wurde. Die Reichsbahn ließ auch erkennen, daß sie mit mehreren Lokomotivfabriken feste Lieferungsverträge abschließen werde; dabei sollten offenbar die AEG und Orenstein überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Orenstein scheint sich mit einem Ersatz durch erhöhte Waggonaufträge abzufinden; die AEG hat sich jedoch zunächst gegen eine Ausschaltung aus dem Reichsbahngeschäft energisch zur Wehr gesetzt, vor allem mit der Begründung, daß ihre Lokomotivfabrik eine große Bedeutung für den Lokomotivexport habe, und daß die Reichsbahn diesen Export nicht durch demonstrative Streichung aus der Liste der Reichsbahnlieferanten schädigen dürfe. Neuerdings hat es die AEG jedoch vorgezogen, dieser Streichung nicht durch einen Kampf zu entgehen, sondern durch *Zusammenschluß* mit einer jener Firmen, deren Eigenschaft als Reichsbahnlieferant unzweifelhaft ist, nämlich mit der *A. Borsig GmbH*. Diese Firma, eine der ältesten deutschen Lokomotivbauanstalten, hat bisher trotz aller Krisenerscheinungen mit ungeheurer Zähigkeit an dem Weiterbetrieb der Lokomotivfabrikation festgehalten. Im Laufe der Zeit sind aber durch den schlechten Geschäftsgang in den schlesischen Montanunternehmungen und den Berliner Verarbeitungswerkstätten erhebliche Schuldenlasten entstanden. Borsig mußte deshalb um eine Minderung seiner Schulden bemüht sein und sogar *Teilliquidationen* in Kauf nehmen. Als Partner kam in dieser Lage keinesfalls ein Unternehmen in Frage, das Angliederungen nur mit Aktien abgelten konnte; man brauchte vielmehr einen Partner, der zu *Barleistungen* imstande war. Auf diese Weise trafen sich die AEG und Borsig; denn die AEG mit ihrer Finanzunterstützung durch die General Electric Co. ist eines der wenigen Unternehmen, das die schlechte Wirtschaftslage zur vorteilhaften Abrundung des inländischen Machtbereiches ausnutzen kann. (In diesem Fall werden die Kapitalien allerdings in einem Industriezweig investiert, der zunächst unrentabel ist.) Es soll eine *neue Betriebsgesellschaft* in Form einer GmbH gegründet werden, in die Borsig und die AEG ihre Lokomotivfabriken einbringen. Da die Borsigsche Lokomotivbauanstalt weit größer ist als die der AEG, würde Borsig in dieser Gemeinschaftsfirma die Vormacht haben; durch eine *Barzahlung der AEG* an Borsig, angeblich in der Höhe von etwa 7 Mill. RM, will sich aber die AEG die *Majorität* sichern. Das so entstehende Gemeinschaftsunternehmen wird mit einer Reichsbahnquote von etwa 15 % der *drittgrößte deutsche Lokomotivherzeuger* sein. Größer sind nur

Henschel und Krupp, während Schwartzkopff von der dritten an die vierte Stelle rückt. Gleichzeitig wird übrigens das Schicksal der *Lokomotivfabrik Lothringen-Hanomag AG* als ungeklärt bezeichnet. Es sollen sowohl von Henschel wie von der AEG Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Hanomag im Gange gewesen sein; beide Partner sind anscheinend vor der großen Schuldenlast zurückgeschreckt.

Weitere Konzentration in der Zellstoffindustrie Kartellierung und Krise geben der Zusammenschlußbewegung in der Zellstoffindustrie verstärkten Antrieb. An der Transaktion, die in der vergangenen Woche bekannt wurde, ist die *AG für Zellstoff- und Papierfabrikation* in Aschaffenburg beteiligt, die seit einiger Zeit schon bei allen Diskussionen über Fusionen in dieser Branche eine Rolle spielt. Aschaffenburg steht an dritter Stelle unter den Papier- und Zellstoffkonzernen — hinter Waldhof und Feldmühle — und sogar an zweiter Stelle unter den Zellstoffherzeugern. Es hat in den letzten Jahren seine Anlagen modernisiert und noch rechtzeitig eine Kapitalbeschaffung vornehmen können, so daß die Schuldenlast nicht allzu stark anwuchs; die Ertragsentwicklung war nicht ungünstig. In der inneren Verfassung des Unternehmens lag also kein Grund zu den Diskussionen über Fusionsmöglichkeiten, wohl aber in der Lage der Mehrheitsbesitzer. Aschaffenburg wird durch die Familie *Albert* in Wiesbaden-Biebrich kontrolliert, teils direkt, teils über die ebenfalls von ihr beherrschte *Chemische Werke vorm. Albert AG*. Diese Mehrheitsgruppe ist wegen ungünstigen Geschäftsganges bei ihrem eben genannten Hauptunternehmen wie auch aus einigen anderen Gründen seit einiger Zeit finanziell beengt, und es ist kein Geheimnis, daß diese Beengung bei Aschaffenburg schon mehrfach eine Rolle gespielt hat, so vor allem bei dem gegen den Willen der Bankverbindung zustande gekommenen Beschluß, für 1929 wieder eine Dividende von 12 % auszuschütten, trotz der Verschlechterung des Geschäftsgangs im neuen Jahr. Aus dieser Situation heraus entstanden die Fusionsprojekte, von denen nun eines verwirklicht wird, und zwar in einer eigenartigen Form, bei der Aschaffenburg der aufnehmende Teil ist und die Großaktionäre trotzdem einen Teil ihres Besitzes zu Geld machen können. Das hängt damit zusammen, daß der Fusionspartner bisher noch die Form der Privatfirma hat; es ist die Firma *Hoesch & Co.* in Pirna, die viert- oder fünftgrößte unter den deutschen Zellstoff-Fabriken, etwa ebenso groß wie der Zellstoffverein und neben ihm und den drei Konzernen der einzige Großproduzent. Die Vereinigung soll sich in der Weise vollziehen, daß die Inhaber von Hoesch ihren Betrieb gegen Aktien dem Aschaffener Unternehmen überlassen, daß aber diese Aktien nicht sämtlich durch Kapitalerhöhung beschafft, sondern zum größeren Teil von den bisherigen Großaktionären zur Verfügung gestellt werden. Die Gesellschaft muß sie ihnen natürlich abkaufen, d. h. flüssige Mittel auf dem Kreditweg beschaffen. Im Fall Feldmühle hat eine Großbank — die Berliner Handels-Gesellschaft — einem Zellstoffkonzern die Mittel zur Ausdehnung beschafft: ob die Bankverbindung von Aschaffenburg, die *DD-Bank*, das gleiche tut, ist aus mannigfachen Gründen zweifelhaft; vielmehr scheint die Verbindung von

Hoesch, die *Dresdner Bank*, das Geschäft machen zu wollen. Sie hat bemerkenswerter Weise auch das *Communiqué* über die Verbindung ausgegeben, obwohl sie bei Aschaffenburg bisher nicht im Aufsichtsrat vertreten ist, und noch ehe dieser offiziell Stellung genommen hat. Ein Stück Bankpolitik hat also offiziell beim Zustandekommen dieser Vereinigung mitgespielt. Es wäre aber falsch, im Wettbewerb der Banken den entscheidenden Beweggrund zu sehen. Er ist vielmehr in der eingangs schon angedeuteten Lage der Zellstoffindustrie zu suchen. Die Konzerne wollen sich im gegenseitigen Wettbewerb nicht in den Hintergrund drängen lassen, und weiter die Kartellierung greift, um so mehr wird der Einfluß des einzelnen von der Höhe seiner Quote abhängig. Aschaffenburg und Hoesch sind, miteinander verbunden, ein starke Macht. Die Kapazität von Aschaffenburg einschließlich seiner Tochtergesellschaften soll angeblich 260 000 t ausmachen; im letzten Prospekt von Ende 1929 war sie allerdings nur mit 213 000 t angegeben. Dazu kommt nun die Fabrik in Pirna mit 90 000 t, so daß in jedem Fall der Vorsprung gegenüber Feldmühle in der Zellstoffherzeugung beträchtlich wächst und eine Annäherung an Waldhof erfolgt. Der Zellstoffverein steht jetzt allein zwischen den Großkonzernen und den kleineren Firmen, die fast alle den überwiegenden Teil ihrer Zellstoffherzeugung selbst verarbeiten. Wird die Konzentration unter diesen Umständen noch weiter gehen?

Günstiger Abschluß von Blohm & Voss

Daß es auch in der deutschen Schiffbauindustrie trotz der herrschenden Krise möglich ist, mit Gewinn zu arbeiten und sogar Dividende zu verteilen, zeigt der jetzt veröffentlichte Abschluß der größten deutschen Schiffswerft, der *Blohm & Voss Kommanditgesellschaft* auf Aktien. Freilich nimmt diese Werft eine Sonderstellung innerhalb der deutschen Werften ein, da ihre technischen Leistungen selbst in den kritischsten Zeiten ihr noch Aufträge sichern. Blohm & Voss hatte in dem am 30. Juni abschließenden Geschäftsjahr den Riesendampfer des Norddeutschen Lloyd „Europa“ fertigzustellen, hatte die umfangreichen Umbauarbeiten auf dem Schnelldampfer „Columbus“ des Norddeutschen Lloyd und auf den vier Schiffen der *Albert Ballin-Klasse* der Hamburg-Amerika Linie auszuführen, also die größten Objekte, die überhaupt von deutschen Schiffahrtsgesellschaften zu vergeben waren. Daneben liefen noch Aufträge für eine spanische Reederei und auf drei Frachtdampfer von Lloyd und Hapag sowie auf die beiden Neubauten der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Damit war das Arbeitsprogramm der Werft aber noch nicht erschöpft. Sie hatte die Turbinenanlage für den Kreuzer „Köln“ der Reichsmarine, Schiffsrümpfe für zwei Motortankschiffe der schwedischen Götaverken und eine Yacht für die amerikanische *Savarona Ship Corporation* zu bauen. Es überrascht deshalb nicht, daß Blohm & Voss während eines beträchtlichen Teils des Geschäftsjahrs eine Arbeiterschaft beschäftigen konnte, die ungefähr ebenso groß war wie die der Vorkriegszeit. Im Durchschnitt des Jahres betrug die Arbeiterzahl 10 381 Mann. Der Betriebsüberschuß konnte sich gegenüber dem Vorjahr um über 1 Million von 2,80 auf 3,84 Mill. RM erhöhen, wobei die allgemeinen Unkosten, deren Höhe bedauerlicherweise

nicht bekanntgegeben ist, bereits abgesetzt sind. Freilich muß man berücksichtigen, daß der Betriebsüberschuß im vorigen Jahr durch den Brandschaden auf der „Europa“ nicht unerheblich beeinträchtigt gewesen sein dürfte. Wenn der *Reingewinn* nur in ungefähr der gleichen Höhe wie im Vorjahr mit 0,576 (0,569) Mill. RM ausgewiesen wird, so hängt das mit den gesteigerten Ausgaben für Sozialversicherung infolge der vergrößerten Belegschaft (2,18 gegen 1,71 Mill. RM) und mit erhöhten Abschreibungen (1,12 gegen 1,0 Mill. RM) zusammen. Wie im Vorjahr werden aus dem Reinerlös 5 % *Dividende* auf die Stammaktien und 2½ % *Dividende* auf die Vorzugsanteile ausgeschüttet. Die Expansionspolitik, die Blohm & Voss in dem abgelaufenen Rechnungsjahr durch Übernahme von drei Schwimmdocks aus der stillgelegten Vulcanwerft betrieben hat, spiegelt sich in dem Ansteigen der Anlagen von 14,53 auf 16,59 Mill. RM wider. Allein die Schwimmdocks werden mit 7,09 gegen 4,81 Mill. RM bewertet. Diese Politik hat sich trotz der allgemeinen Schiffsbaukrise als richtig erwiesen, denn durch die vergrößerten Dockgelegenheiten (insgesamt 8 Docks) ist die Möglichkeit einer stärkeren Beschäftigung in dem besonders lukrativen Reparaturgeschäft möglich. Dieser Geschäftszweig wird aber gerade bei der Zurückhaltung der Reedereien in der Bestellung von Neubauten eine besonders große Bedeutung erlangen. Da ein großer Teil der in Arbeit befindlichen Schiffe am Ende des Geschäftsjahrs fertiggestellt und abgeliefert worden ist, mußte sich der entsprechende Bilanzposten beträchtlich verringern. Er ist von 60,53 auf 41,64 Mill. RM zurückgegangen. Auf der anderen Seite haben sich die Debitoren einschließlich Bankguthaben und Kassenbestand aus demselben Grunde von 21,60 auf 37,56 Mill. RM erhöht. Die Anzahlungen und Kreditoren, die in dem reformbedürftigen Bilanzschema von Blohm & Voss zusammen ausgewiesen werden, haben sich trotz der rückläufigen Beschäftigung am Schluß des Berichtsjahres kaum verändert (77,65 Mill. RM gegen 78,33 Mill. RM). Daraus ist zu folgern, daß die Kreditoren nicht unbeträchtlich angewachsen sein müssen. Die Rücklagen, die im Vorjahr infolge des „Europa“-Brandes in Höhe von 0,4 Mill. RM angegriffen werden mußten, werden diesmal unverändert mit 2,45 Mill. RM (darunter 0,8 Mill. RM Rücklagen für laufende Aufträge) ausgewiesen. Die Verwaltung glaubt, die Aussichten pessimistisch schildern zu müssen; sie weist insbesondere darauf hin, daß sich ihre Arbeiterzahl gegen Ende des Geschäftsjahres nur noch auf 7676 Mann beläuft und eine weitere beträchtliche Verminderung unvermeidlich sein werde. Der Bericht vermeidet eine Stellungnahme zu den *Subventionsplänen*. Leider hat es den Anschein, als ob dies aus taktischen Gründen unterblieben ist, denn auch die Hamburger Werft, die früher zogisch gegen jede Subventionspolitik zu Felde zog, hat ihre Ansicht geändert.

Deutscher Schiffahrtsdienst zwischen ausländischen Häfen

Vor dem Krieg führte eine ganze Anzahl deutscher Reedereien regelmäßige Fahrten zwischen ausländischen Häfen durch. Bekannt waren insbesondere der Atlas-Dienst zwischen New York und dem Mittelmeer und der Dienst New York—Südafrika. Ein großer Teil der Küstenschiffahrt in Süd-

amerika wie am Persischen Golf und in den ostasiatischen Gewässern befand sich in deutschen Händen. Beim Wiederaufbau der deutschen Handelschiffahrt nach dem Krieg hat man diese Dienste zunächst vernachlässigen müssen, denn es galt, alle Kraft für die Wiedererrichtung der Linien, die von oder nach den deutschen Häfen führten, einzusetzen. Die sogenannten Interkolonialdienste konnten in der alten Form überhaupt nicht wieder aufgebaut werden, da der in der Kriegszeit erheblich gesteigerte Schiffsahrtsprotektionismus die Küstenschiffahrt der heimischen Flagge vorbehielt. Nachdem aber der Wiederaufbau der deutschen Liniendienste vollendet ist, nachdem sich insbesondere herausgestellt hat, daß der vorhandene Schiffsraum sogar im Rahmen dieser Dienste nicht voll beschäftigt werden kann, mußte natürlich das Interesse an den ehemals bedienten ausländischen Routen wieder wach werden. Still und ohne Aufsehen haben die Großschiffahrtsgesellschaften ihre Interkolonialdienste wieder aufgenommen, allerdings nicht unter deutscher Flagge. Vielmehr werden sie von einheimischen Gesellschaften unter Beteiligung der deutschen Reedereien durchgeführt. Als erste Großreederei gibt die *Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“* nunmehr die Wiedereröffnung des früher von ihr durchgeführten regelmäßigen Dienstes von New York und Philadelphia nach süd- und ostafrikanischen Häfen bekannt. Zunächst finden nur monatliche Abfahrten statt, die allerdings je nach Bedarf vermehrt werden sollen. Die besonders gut geleitete Hansa-Linie entwickelt überhaupt in der letzten Zeit eine gesteigerte Aktivität. So hat sie erst vor kurzem einen Gemeinschaftsdienst mit der Holland—Britisch-Indien-Linie für den Dienst mit Britisch-Indien und mit der Holland—Australien-Linie für den Verkehr nach Australien beschlossen. (Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesen Abreden nicht nur um Fahrplankartelle, sondern auch um sehr weitgehende finanzielle Bindungen handelt.) Dem Beispiel der Hansa-Linie dürften bald andere deutsche Reedereien folgen. Wir denken dabei besonders an die Hapag—Lloyd-Union, die infolge der durchgeführten Rationalisierung über einen nicht unbeträchtlichen freigesetzten Schiffsraum verfügt, der auf derartigen Linien gewinnbringend beschäftigt werden könnte. Voraussetzung ist allerdings, daß die internationalen Schiffsahrtskartelle keinen Widerspruch erheben, denn die Gefahr von Ratenkämpfen wird bei der gegenwärtigen Frachtenlage keine verantwortungsbewußte Reedereileitung auf sich nehmen können.

Lohnsenkung auch in den Vereinigten Staaten

Man schreibt uns: „Die Depression hat in den Vereinigten Staaten ebenso wie in Deutschland die Frage nach dem Verhältnis zwischen Lohnhöhe und Warenpreisen mit besonderer Schärfe aufgeworfen. Der Unterschied gegenüber Deutschland besteht aber hauptsächlich darin, daß das offizielle Amerika einen entgegengesetzten Standpunkt einnimmt wie das deutsche Unternehmertum. Es steht noch in Erinnerung, wie vor einem Jahr Präsident Hoover in seiner Stützungsaktion die Wirtschaftsführer ersuchte, sich dafür einzusetzen, daß ein Abbau der Löhne nach Möglichkeit vermieden wird, damit die Produktion von der Seite der breiten Konsumentenschichten eine

Anregung oder zumindest eine sichere Stütze erhält. Bekanntlich haben sich damals die Wirtschaftsführer bereit erklärt, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen, und tatsächlich ergeben die offiziellen Statistiken diesbezüglich ein recht günstiges Bild. Sieht man die Berichte der American Federation of Labor über die Löhne der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch, so wird man nicht nur ganz vereinzelt von Lohnreduktionen lesen, in vielen Wirtschaftszweigen wird man sogar eine Lohnerhöhung vorfinden, die allerdings oft durch die Verkürzung der Arbeitszeit mehr oder minder ausgeglichen worden ist. In den offiziellen Veröffentlichungen des Bureau of Labor Statistics geben (für die Zeit vom 15. Oktober 1929 bis zum 15. August 1930) 551 von den untersuchten 13 500 Betrieben eine — meistens 5—10%ige — Lohnsenkung für nur 86 000 von den untersuchten 3 Millionen Arbeitnehmern an: man sieht, eine recht bescheidene Zahl, die für den Erfolg des ‚Lohnwaffenstillstands‘ zeugen könnte. Vergleicht man mit diesem Erfolg die unveränderte Schärfe der Depression, so könnte man leicht zu dem voreiligen Schluß kommen, daß eine Hochhaltung der Löhne nicht die günstige Wirkung gebracht hat, die man sich davon versprochen hat. Tatsächlich liegen aber die Dinge etwas anders. Man braucht nur die „pay-rolls“-Statistiken anzusehen, um zu erkennen, daß die Lohnsumme der amerikanischen Arbeiterschaft seit dem Umschwung der Konjunktur stark zurückgegangen ist. In erster Linie ist das auf die Steigerung der Arbeitslosigkeit zurückzuführen; die Zahl der Arbeitslosen beträgt selbst nach vorsichtiger Schätzung mehr als 5 Millionen. Dabei werden aber

auch die Löhne der beschäftigten Arbeiter abgebaut, wenn auch in einer Form, die in den amtlichen Statistiken nicht wiedergegeben wird. So ist es z. B. nach den neuesten Untersuchungen des „Nation“ ein weit verbreiteter Brauch, Arbeiter aus höheren Lohnkategorien zu entlassen und sie dann wieder in den niedrigeren Lohnkategorien einzustellen. In der Statistik erscheinen dann die Löhne in den einzelnen Lohnkategorien unverändert, nur daß eine Abwanderung von Arbeitern von den höheren in niedrigere Kategorien stattgefunden hat. Dasselbe Ergebnis wird erzielt, indem man vielfach männliche Arbeitskraft durch weibliche ersetzt. Auch werden allgemein ‚individuelle Kontrakte‘ neben den offiziell bekanntgegebenen abgeschlossen, die in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit von den Arbeitnehmern nur selten zurückgewiesen werden können. Dabei ist noch hervorzuheben, daß die amtliche Statistik weder die Arbeiter im Bergbau (Kupfer!) noch die landwirtschaftlichen Arbeiter berücksichtigt, obwohl beide Arbeitszweige von der Lohnreduktion am stärksten mitgenommen worden sind (13 % bei den Farmarbeitern). Man bekommt also vom amerikanischen Arbeitsmarkt auf Grund der amtlichen Statistik ein viel zu einseitiges Bild. Es kommt ja auch vom Standpunkt der Konjunkturpolitik nicht so sehr auf die einzelnen Löhne, sondern — wie bereits erwähnt — auf die Lohnsumme an, deren Rückgang verglichen mit dem Vorjahr bereits für Mai d. J. auf 15 % geschätzt werden konnte, dem damals nur ein 3 %iger Rückgang der Lebenshaltungskosten gegenüberstand. Auch seit Mai dürfte kaum eine Wendung zum Besseren eingetreten sein.“

Entspannung in der Lage der Reichsfinanzen?

Der Ausweis über die Entwicklung der Reichsfinanzen im Oktober zeigt ein relativ günstiges Bild (vgl. „Statistik“, Seite 2323). Die Mehreinnahme des ordentlichen Haushalts belief sich in diesem Monat auf 105,6 Mill. RM, dazu kommen die außerordentliche Tilgung: 50 Mill. RM, und eine Umbuchung auf den außerordentlichen Haushalt in Höhe von 27,4 Mill. RM. Der Einnahmeüberschuß stellte sich also auf rund 183 Mill. RM und damit um über 100 Mill. RM höher als im gleichen Monat des Vorjahrs. Läßt man die Erfordernisse der außerordentlichen Tilgung nach der Lex Schacht außer Betracht, so ergaben die ersten sieben Monate des laufenden Rechnungsjahrs im ordentlichen Haushalt einen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben, während im Vorjahr noch ein Einnahmeüberschuß von über 150 Mill. RM verzeichnet werden konnte. Diesem Vergleich gegenüber darf man jedoch die Verbesserung nicht übersehen, die sich infolge des günstigen Oktober-Abschlusses erwarten läßt. Gelingt es, in den folgenden Monaten entsprechende Ergebnisse zu erreichen, so dürfte man mit Recht erstmals von einer Entspannung in der Lage der Reichsfinanzen sprechen. Dabei kommt dem laufenden Jahr der Umstand zugute, daß ins nächste Etatsjahr erheblich höhere Restausgaben übernommen werden dürften als in das laufende Jahr (nur 73,2 Mill. RM), während die Liquidität des Reichs durch Kreuger-Anleihe und Überbrückungskredit in diesem Jahr eine größere Stärkung erfahren hat als durch die steuerfreie Anleihe und den Ultimo-Überbrückungskredit im vergangenen. Demgegenüber fällt freilich negativ ins Gewicht, daß im Oktober die Placierung von Reichsschatzwechseln infolge der bekannten Geldmarktversteifung auf Schwierigkeiten stieß; auch jetzt ist der Absatz wohl nicht leicht. Der Umlauf an Reichsschatzwechseln ist im Oktober um fast 65 Mill. RM zurückgegangen. Da gleichzeitig die letzten 50 Mill. RM des Schacht-Kredits zurück-

gezahlt werden mußten und schließlich der Kassenbestand der Reichshauptkasse und der Außenkassen um rund 95 Mill. RM verstärkt wurde, mußten für etwa 65 Mill. RM neue Mittel durch Inanspruchnahme eines neuen kurzfristigen Darlehens von 50 Mill. RM und durch verstärkte Inanspruchnahme des Betriebskredits der Reichsbank beschafft werden. Die kritische Situation, die unmittelbar vor dem Eingang des Überbrückungskredits für die Kas-senliquidität des Reichs gegeben war, geht aus diesen Zahlen mit großer Deutlichkeit hervor.

Eisenpreis - Senkung in der Tschechoslowakei

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Tschechoslowakei klagt die Eisen verarbeitende Industrie über die Preispolitik der Eisenerzeuger. Die tschechischen Eisenhütten besitzen eigene Gruben in Schweden, sie können also das meiste Erz zum Selbstkostenpreis plus Fracht kalkulieren; außerdem haben sie wesentlich niedrigere Löhne zu zahlen als die deutsche Industrie. Trotzdem ist die Begründung der hohen tschechischen Eisenpreise in wesentlichen Punkten dieselbe wie in Deutschland. An Hand eines großen Zahlenmaterials suchten Vertreter der maßgebenden Konzerne das tschechische Handelsministerium Anfang November davon zu überzeugen, daß eine Preissenkung im Inland den nur mit Mühe aufrecht-zuerhaltenden Export erschweren würde, worunter die Beschäftigung der Werke leiden müßte. Zur Zeit steigender Weltmarktpreise seien die tschechischen Inlandspreise nicht erhöht worden: eine Produktionskostensenkung sei inzwischen nicht eingetreten, auch die Rationalisierung habe sich nicht in dem erwarteten Umfang auf die Selbstkosten ausgewirkt. Der bisherige Preisunterschied gegenüber dem Weltmarkt rühre von den Mehrkosten für den Erzmöller in Höhe von 340 Kč (etwa 41 RM) je Tonne her. Verbraucher und Regierung haben aber für diese Argumentation ebensowenig Verständnis gezeigt wie die

gleichen Stellen in Deutschland. Der Verband der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken verhandelt bereits über die Errichtung eines Einfuhrsyndikats; der Verband der Bauunternehmer hat beschlossen, Eisen im Ausland zu kaufen, und die Schuhfirma Bafa soll einen Auftrag von 400 Waggon Baueisen statt in der Tschechoslowakei in Belgien vergeben haben. Obwohl innerhalb des Eisenpakts ein Gebietsschutz für die Tschechen vereinbart worden ist, bestand doch, wie schon die erste Fühlungnahme der tschechischen Unterhändler mit belgischen Firmen ergab, die Möglichkeit, mit Außenseitern abzuschließen. Die tschechoslowakische Regierung hat unter dem Druck der öffentlichen Meinung eine Preissenkung um mindestens 15 % verlangt und eine zeitweilige Ermäßigung der belgischen Eisenzölle angedroht. Die von der Verkaufsstelle der Vereinigung tschechischer Eisenwerke am 26. November vorgenommene Preissenkung beträgt jedoch nur 100 Kč je Tonne, d. h. nur rund 7 %. Man darf gespannt sein darauf, ob die Regierung ihre Forderung einer Preissenkung um 15 % durchsetzen wird oder nicht.

Erhöhung des schweizerischen Aluminiumzolls

Durch Verordnung des Bundesrats wurden mit Wirkung vom 18. November die schweizerischen Aluminiumzölle (einschließlich der Legierungen) folgendermaßen erhöht:

Rohaluminium	von 5 auf 65 Fr	} je 100 kg
Walzaluminium 25 .. 85 ..	
Ronden 40 .. 100 ..	
Technische Aluminiumwaren 50 .. 100 ..	

Eine derart prohibitive Zollerhöhung — der neue Rohaluminiumzoll beträgt 30,6 % des gegenwärtigen Kartellpreises — ist besonders erstaunlich, da die Schweiz ein Zentrum der europäischen Aluminiumerzeugung darstellt: Der schweizerische Verbrauch von Aluminium betrug im Jahre 1929 8000 t, die Erzeugung hingegen 20 700 t. Von Schweizer Seite wird die Zollerhöhung mit dem plötzlichen Anwachsen der Aluminiemeinfuhr aus Kanada begründet:

(1000 t)	Rohaluminium		Aluminiumwaren	
	Einfuhr aus Kanada	Ausfuhr in d. Vereinigten Staaten	Einfuhr aus d. Vereinigten Staaten und Kanada	Ausfuhr in d. Vereinigten Staaten und nach Kanada
1927	—	1725,4	2,9	114,1
1928	173,7*	3123,9	2,2	80,1
1929	136,9**	1826,0	4,1	60,4
1930 (Jan.-Okt.)	1300,8	1200,5	3,1	40,6

* 40 000 t aus den Vereinigten Staaten. — ** 36 500 t aus den Vereinigten Staaten.

Dabei fällt auf, daß sich die Amerikaner für den Export nach Europa gerade ein Land wie die Schweiz aussuchen, wo in Anbetracht der großen Eigenproduktion von vornherein ein starker Widerstand zu erwarten war. Erklärlich wird diese Politik aber dadurch, daß die Aluminium Company of America mit ihren Aluminiumlieferungen nicht den schweizerischen Produzenten Konkurrenz auf dem Rohaluminiummarkt macht, sondern das eingeführte Aluminium in einer eigenen Fabrik (die nach der „Metallbörse“ in Rorschach liegt) weiterverarbeitet. Die Amerikaner wollen sich also bei ihrem Aluminiumabsatz den Verarbeitungsgewinn nicht entgehen lassen (vgl. MdW, 3. Jahrg. 1929, Nr. 31, S. 1210); sie können also weniger den Rohaluminium-Produzenten als den Fertigwaren-Erzeugern gefährlich werden. Der amerikanische Aluminiumexport geht nicht etwa an sonst von Europa aus belieferte Verbraucher, sondern an verarbeitende Werke, die damit das Aluminium wesentlich unter dem europäischen Kartellpreis beziehen und gleichzeitig gegenüber Amerika den Vorteil der niedrigeren Löhne haben. Die Behauptung des Schweizer Bundesrats, daß die Amerikaner Fertigfabrikate im Wege des Dumpings sogar unter dem europäischen Preis des Rohaluminiums auf den Markt werfen, wird hingegen durch unsere Tabelle nicht bestätigt: die Schweizer Aluminiemeinfuhr aus Kanada und aus den Vereinigten Staaten ist bis heute recht unbedeutend. Der Bundesrat hat auch den Zoll der einzigen Fertigwaren-Position, die eine nennenswerte Einfuhr aufweist, nicht

erhöht. Bei allen anderen Waren aus Aluminium, deren Zölle erhöht wurden, wird keine oder eine ganz geringe Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nachgewiesen. Bei der Zollerhöhung für Aluminiumhalb- und Fertigfabrikate handelt es sich also offensichtlich um eine „Zollrüstung für alle Fälle“, die lediglich von der Angst diktiert wurde. Die Vereinigten Staaten haben anscheinend gegen diese Zollerhöhungen keinen Protest erhoben, obwohl sich die Maßnahme in erster Linie gegen Amerika richtet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Interessenten hinter den Kulissen über eine Beschränkung der gegenseitigen Konkurrenz geeinigt haben.

Personalia

Wegen Erreichung der Altersgrenze scheidet der Direktor und Vizepräsident des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung, Geheimer Regierungsrat Dr. Georg Brillat, Ende Dezember d. J. aus dem Reichsdienst aus.

Das stellvertretende Mitglied des Direktoriums der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Oberfinanzrat Willy Schwarzkopf, ist am 5. Dezember verstorben.

Am 7. Dezember ist der bekannte rheinische Bauernführer und Vorkämpfer des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Dr. h. c. Clemens Reichsfreiherr von Loë, im Alter von 65 Jahren gestorben.

In der Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft Berliner Privatbankiers wurde der langjährige Vorsitzende, Geheimer Kommerzienrat Hermann Frenkel, der eine Wiederwahl nicht annehmen wollte, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der Interessengemeinschaft gewählt. Den Posten des Vorsitzenden übernimmt Bankier Julius Schwarz (Schwarz, Goldschmidt & Co.). Als stellvertretende Vorsitzende wurden Dr. Siegmund Wassermann (A. E. Wassermann) und Paul Hamel (Sponholz & Co.) gewählt. Die Leitung der Interessengemeinschaft wurde ergänzt durch die Herren: Max Landesmann (Jacquier & Securius), Dr. Kasimir Bett (Bett, Simon & Co.), Hugo Neuberg (Comes & Co.) und Georg Wolfsohn (Georg Wolfsohn & Co.).

Ende dieses Jahres wird Direktor Otto Beseler aus dem Direktorium der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft ausscheiden, um mit Beginn des nächsten Jahres in den Ausschuß der DD-Bank für die thüringischen Niederlassungen einzutreten.

Den Vorstand der Sächsischen Bodencreditanstalt, Dresden, bilden künftig Direktor Armin Loos und Staatsminister a. D. Dr. Fritz Kayser, beide in Dresden, sowie Direktor Wilhelm Just und Dr. Alfred König in Leipzig. Als Vertreter des Instituts wird Direktor Loos als ordentliches Vorstandsmitglied in die Verwaltung der Central-Bodenkredit AG in Berlin eintreten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Württembergischen Cattunmanufaktur, Geheimer Kommerzienrat Gustav Wurster, starb am 6. Dezember.

Bei der Ufa ist Direktor Wilhelm Meydam zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt worden. Direktor Kurt F. Hubert schied auf seinen Wunsch Ende November aus.

Im Alter von 79 Jahren verstarb am 5. Dezember der erste Direktor der Halleschen Maschinenfabrik und Eisen gießerei AG, C. W. Rödiger, Vizepräsident der Handelskammer zu Halle.

Aus dem Vorstand der Triumph-Werke Nürnberg AG ist Direktor Fritz Albrecht ausgeschieden; neubestellt wurde als Vorstandsmitglied Direktor Karl Köster.

Der Direktor der Berlin-Neuroder Kunstanstalten AG, Adolf Gross, wurde am 25. November 60 Jahre alt.

Die Technische Hochschule in Breslau hat den preußischen Wohlfahrtsminister Dr. med. h. c. H. Hirtliefer in Anerkennung seiner Dienste um das Bau- und Siedlungswesen zum Dr. ing. ehrenhalber ernannt.

Von der Technischen Hochschule zu Aachen wurden Direktor Fritz Rosdeck (Mannesmannröhren-Werke) und Direktor Adolf Klinkenberg (Vereinigte Stahlwerke AG) zu Ehrendoktoren ernannt.

Dem Mitglied der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Reichsbahndirektor Geh. Baurat *Ernst Ackermann*, wurde in diesen Tagen von der Technischen Hochschule in Karlsruhe die Würde eines Dr. ing. ehrenhalber verliehen.

Professor Dr. phil. Dr. jur. *Alfred Manes*, Honorarprofessor der Handelshochschule zu Berlin, ist auch zum

Honorarprofessor der Universität Berlin ernannt worden, an der er seit längerer Zeit die Versicherungs-Wissenschaft vertritt.

Dr. ing. Dr. phil. *Waldemar Koch* habilitierte sich an der Abteilung für allgemeine Wissenschaften der Technischen Hochschule zu Berlin für das Gebiet der Betriebswirtschaftslehre, insbesondere für Industriebetriebslehre.

Literatur

Der Wiederaufbau Deutschlands¹⁾

Von Dr. Otto Nathan, z. Zt. Washington, D. C.

Die Wanderbewegung, die kurz nach der Stabilisierung von Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika einsetzte und zu einer zweiten Entdeckung dieses Landes führte, hat bald einem Gegenstrom Platz gemacht: Die für alle Beobachter erstaunlich rasche Erholung, welche die deutsche Wirtschaft seit 1924 erlebt hat, der Wiederaufbau, der in verhältnismäßig kurzer Zeit Deutschland in die Reihe der ersten Wirtschaftsmächte der Welt zurückführte, hat eine ganze Anzahl Besucher aus allen Ländern, besonders aber aus den Vereinigten Staaten von Amerika, angelockt. Sie wollten sich an Ort und Stelle mit den deutschen Verhältnissen vertraut machen und ein eigenes Urteil über die deutsche Entwicklung gewinnen. Wer mit ausländischen Kreisen Fühlung hat und über deutsche Verhältnisse Auskunft und Aufklärung zu geben vermag, weiß, von wie vielen lernbegierigen Ausländern Deutschland in den letzten Jahren aufgesucht wurde und wie interessiert sie sich über unsere wirtschaftliche Entwicklung zu unterrichten suchten.

Zweifellos waren diese Besucher von verschiedenen Beweggründen geleitet und verfolgten verschiedene Ziele. Eine Gruppe unter ihnen sah Deutschland nur unter geschäftlichen Gesichtspunkten und wollte wissen, wie man bereits bestehende oder neu aufzunehmende Geschäftsbeziehungen zu Deutschland zu beurteilen habe, ob der Wiederaufbau Deutschlands Bestand verspreche, ob Deutschland wieder „gut“ und vertrauenswürdig sei. Ihr Urteil, das allerdings häufig in ihren Heimatländern nicht ohne Einfluß geblieben ist, wird nicht immer genügend fundiert und nicht immer objektiv genug gewesen sein. Ein anderer Teil war rein wissenschaftlich an dem deutschen Experiment, an dem „deutschen Wirtschaftswunder“ interessiert und studierte, gestützt auf die Lehren der ökonomischen Theorie, ohne Rücksicht auf die politischen Komponenten des Untersuchungsobjektes und ohne Rücksicht auf die mutmaßliche oder wahrscheinliche weitere Entwicklung den Verlauf der letzten Jahre. Eine dritte Gruppe schließlich betrachtete die Aufgabe unter einem wesentlich weltwirtschaftlichen Aspekt: sie sah in Deutschland ein hervorragendes Glied der Weltwirtschaft und war sich klar, daß sein Wohlergehen nicht nur wichtig, sondern sogar notwendig ist für eine Gesundung und Entspannung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse; sie war sich weiter klar darüber, daß die *Reparationsfrage* noch für lange Zeit als eins der wichtigsten Probleme der internationalen Beziehungen zu betrachten ist. So entstand für sie die Fragestellung: Ist die deutsche Entwicklung seit 1924 gesund und kräftig genug, um eine weitere Aufwärtsbewegung zu gewährleisten, wird dieses Deutschland die Reparationsregelung, mit der es sich aus politischen Gründen abfinden mußte, wirtschaftlich ertragen und ausführen können?

Zu dieser dritten Gruppe von Besuchern gehört der Verfasser eines vor kurzem in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Buches, der Professor der Nationalökonomie an der New Yorker Columbia-Universität *James W. Angell*. Angells Buch hat für die amerikanische Öffentlichkeit besondere Bedeutung, weil der Verfasser Schüler einer der angesehensten angelsächsischen nationalökonomischen

Lehrstätten ist, weil er als Lehrer an einer der wichtigsten Universitäten der Vereinigten Staaten wirkt, und weil vor allem das unabhängige, um eine friedfertige und vernünftige Außenpolitik sehr bemühte Council on Foreign Relations seine Studienfahrt nach Deutschland gefördert und ermöglicht hat. Es ist also auch für uns nicht ohne Bedeutung, zu welchen Schlüssen Angell kommt.

Angell hat sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die er sich im Jahre 1928/29 in Deutschland aufhielt, mit einer erstaunlichen Geschicklichkeit in die deutschen Verhältnisse eingelebt und hat es verstanden, ein nicht nur lebendiges, sondern auch für den Uneingeweihten verständliches und aufschlußreiches Bild von der Gesamtentwicklung Deutschlands von 1914 bis Anfang 1929 zu geben. Angell kommt es hierbei weniger auf Einzelheiten des Verlaufs an, die das Gesamtbild vielleicht nur verwirren könnten; ihm ist es auch weniger darum zu tun, immer die Frage nach dem „Warum“ zu stellen und den historischen Ablauf bis in seine letzte mutmaßliche Begründung zu untersuchen. Er will dem Ausländer die großen Linien der deutschen Entwicklung aufzeigen und ihm andeuten, wohin seiner Ansicht nach diese Linien in der nächsten Zukunft führen. Die Darstellung der Inflationsjahre, mit der er das Buch einleitet, ist besonders gut gelungen: sie ist lebendig und anschaulich und — was für jemanden, der diese Jahre handelnd und leidend miterlebt hat, kaum möglich gewesen wäre — doch leidenschaftslos und kühl. Den breitesten Raum nimmt naturgemäß die Schilderung der Nachinflationszeit ein, die der Verfasser mit einem ausführlichen Bericht über eine eingehende Besichtigungsreise durch die wichtigsten deutschen Industriezweige (Kohle, Stahl, Elektrizität, Maschinen, Elektrotechnik, Textil, Chemie und Kali) unterbaut. Diesen Teil rechne ich mit zu den besten und gelungensten Abschnitten des Buches, die auch für den deutschen Leser besonders interessant und lehrreich sein werden, da er kaum anderswo einen Abriss über die neueste deutsche Industriegeschichte in solch prägnanter Kürze finden wird. — Die Darstellung geht dann zu einer systematischen Abhandlung über die einzelnen Teilgebiete der deutschen Wirtschaft über — über den Geld- und Kapitalmarkt und die Kapitaleinfuhr, über wichtige industrie- und agrarpolitische Fragen, über den Arbeitsmarkt, den Außenhandel und die Zahlungsbilanz — und gipfelt schließlich in einer Untersuchung über die Leistungs- und Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Obwohl Angell die großen Schwierigkeiten, die Deutschland in den kommenden Jahren zu überwinden haben wird, durchaus sieht, ist seine Darstellung außerordentlich optimistisch gehalten; er kommt zu der Ansicht, daß Deutschland die Belastung des Young-Plans tragen und seine Wirtschaft sich unter ihm in vernünftigerem, wenn auch nicht in raschem Tempo ausdehnen und gedeihen könne. Angells Buch ist im Sommer 1929 abgeschlossen, zu einer Zeit, da die Wirtschaftsdepression zwar schon sichtbar war, aber noch nicht in ihrer ganzen Schwere erkannt werden konnte. Aber Angells Urteil hätte sich grundsätzlich wohl kaum erheblich geändert, wenn es ein Jahr später hätte abgegeben werden müssen. Denn es fußt im wesentlichen auf zwei Voraussetzungen: einmal auf der inneren Stärke der deutschen Wirtschaft, die sich ihm zunächst in dem „Wiederaufstieg, der ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist“, dokumentiert und die er an vielen

¹⁾ James W. Angell, *The Recovery of Germany*, Yale University Press, New York 1929, 425 S. — 19,80 RM.

Stellen seines Buches aufzuzeigen sucht. Hierin irrt aber meiner Ansicht nach der Verfasser, weil er den Zusammenbruch Ende 1923 viel zu scharf sieht. Die deutsche Wirtschaft war damals gar nicht in dem Maße zusammengebrochen, wie es in den innen- und außenpolitischen Wirren jener Monate und durch die Verschleierung und Verzerrung infolge der Geldentwertung scheinen mochte, sonst hätte sie diese rasche Wiederaufrichtung doch nicht erleben können. Die Stärke der deutschen Wirtschaft dokumentiert sich ihm ferner in der großzügigen Rationalisierung, die seit 1924 durchgeführt wurde. Obwohl Angell sieht, daß hier zu einem gewissen Teil Überinvestitionen vorliegen und daß bisher große Hindernisse die völlige ökonomische Ausnutzung dieses technischen Rationalisierungsprozesses unmöglich machten, unterschätzt er offenbar etwas die Schwierigkeiten, die der deutschen Wirtschaft angesichts ihrer besonderen industriellen Organisation aus dieser Überkapazität erwachsen können (und inzwischen auch erwachsen sind). Angells zweite Voraussetzung für sein optimistisches Gesamturteil ist sein Glaube an den Automatismus des Zahlungsbilanzausgleichs. Angell unterstreicht sehr wohl die Schwierigkeiten, die durch Übertragung der Reparationszahlungen und der Zinsen für die — von ihm verteidigten — Auslandsschulden erwachsen können, er sieht durchaus die Möglichkeit von Depressionen und von einer Senkung des allgemeinen Lebensstandards. Aber trotzdem glaubt er an die befriedigende Durchführbarkeit des Transfers (obwohl er an einer anderen Stelle — nicht ganz ohne Widerspruch — von einer weiteren Herabsetzung des Gesamtbetrages der Zahlungen und der Annuitäten spricht, zu der weitere Erfahrung führen könne). Hier hat Angell meiner Ansicht nach doch nicht stark genug auf die Unbeweisbarkeit seines Glaubens hingewiesen, nicht genügend stark — für ungeschulte Leser! — die Grenze betont, die dem Automatismus des Zahlungsbilanzausgleichs durch die Notwendigkeit gezogen ist, dauernde Depressionen zu vermeiden und eine gewisse Höhe der Lebenshaltung für die breiten Massen aufrechtzuerhalten. Für den amerikanischen Leser hätte wohl doch noch stärker zum Ausdruck kommen müssen, daß auch der Young-Plan ein Versuch ist, dessen schließlichen Verlauf niemand — auch nicht mit Hilfe der ökonomischen Theorie — voraussagen kann. Auch die Bedeutung einer internationalen Handelspolitik für die Erzielung eines Ausführüberschusses und die Ausführbarkeit der Zahlungsübertragungen sind — vielleicht mit Rücksicht auf die amerikanische Öffentlichkeit — meiner Ansicht nach nicht scharf genug hervorgehoben.

Es wäre ungerecht und kleinlich, wenn man auf verschiedene Einzelheiten hinweisen wollte, in denen sich der Verfasser geirrt hat oder in denen er ungenau oder ungenügend beraten wurde. Das Buch ist als eine Gesamtschau über das deutsche Wirtschaftsgeschehen der Nachstabilisierungsperiode zu werten; für die Unterichtung des angelsächsischen Auslandes über diesen Zeitraum ist diese großzügige Darstellung durch die Klugheit und das Bedenken des Verfassers, durch die Sicherheit, die er sich zur Beurteilung deutscher Verhältnisse erworben hat, und durch die Unerschrockenheit, mit der er an diese schwierigen Dinge herantreten ist, von großem Wert. Auf einen Irrtum ist allerdings hinzuweisen, da er an verschiedenen Stellen des Buches wiederkehrt und grundsätzlicher Art ist. Der Verfasser erwähnt wiederholt die Schwierigkeiten, die der deutschen Wirtschaftsentwicklung durch den sozialistischen Einfluß erwachsen seien und noch weiter zu erwachsen drohten. Hier sind nicht nur einige erhebliche Irrtümer über die Tatbestände unterlaufen, sondern das Wesen und der Einfluß der sozialdemokratischen Partei scheinen dem Verfasser etwas zu einseitig dargestellt worden zu sein. In einer neuen Auflage dürften diese Stellen abzuändern sein, weil sonst das über diese Dinge an sich schon nicht allzu gut unterrichtete Ausland eine unrichtige Vorstellung von unserer politischen Entwicklung bekommen könnte.

Das Angellsche Buch ist kürzlich auch in deutscher Übersetzung erschienen¹⁾. Auf Veranlassung von Professor Bonn hat das Institut für Finanzwesen an der Handels-Hochschule Berlin eine Übersetzung besorgt, die in jeder Weise, in Ton und Nuancierung, dem Originaltext gerecht wird. Man schuldet Professor Bonn aufrichtigen Dank dafür, daß er es auch einer weiteren deutschen Öffentlichkeit ermöglicht hat, sich über die Auffassungen eines einflußreichen Ausländers über die für uns wichtigsten Fragen zu unterrichten und das Material kennenzulernen, das dem Ausland für seine Urteilsbildung über deutsche Verhältnisse geboten wird. In einem glänzend geschriebenen Vorwort, in dem er mit erfreulichem Nachdruck auch auf die Schwächen des Buches hinweist, hat Professor Bonn in besonders geschickter Weise die Lehren angedeutet, die sich für den deutschen Leser und die deutsche Wirtschaftspolitik aus der Beschäftigung mit dem Angellschen Buch ergeben sollten.

Drews, B.: Verwaltungsreform und Berufsbildung der Volkswirte. München 1930, Verlag Duncker & Humblot. 20 Seiten. — Preis geh. 1 RM.

Bei der großen Bedeutung, die heute wirtschaftliche Zusammenhänge für das öffentliche Leben unseres Volkes haben, müssen die Organe, denen die Verwaltung des Gemeinwesens anvertraut ist, die Gesetze des Wirtschaftslebens kennen und bei ihren Handlungen berücksichtigen. Kann die Beamtenschaft unserer Verwaltung diesen Voraussetzungen entsprechen? Ein so ausgezeichneter Kenner der deutschen Verwaltung, wie es der Verfasser ist, verneint diese Frage. Sein Urteil kann auf größte Autorität Anspruch machen, wird es doch von einer seltenen amtlichen Erfahrung und einer großen wissenschaftlichen Einsicht getragen.

Seiner Grundanschauung entsprechend, glaubt Drews, daß das eigentliche Problem der Verwaltungsreform nicht so sehr in einem Umbau der Behördenorganisation und in einer durchgreifenden Neuordnung der Betriebe liegt als vielmehr in einer Reform der Ausbildung der höheren Verwaltungsbeamten. In diesem Zusammenhange ist für ihn bestimmend die Zurückdrängung der rein wirtschaftstheoretischen Ausbildung zugunsten einer Verbindung von Wirtschaftswissenschaft, öffentlichem und privatem Recht. Man könnte an den Ersatz von Juristen durch Volkswirte denken. Die Anforderungen, die im öffentlichen Recht bei der Diplomprüfung gestellt werden, sind aber — hierin hat Drews sicherlich recht — für die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst keinesfalls ausreichend.

Drews sieht zwei Wege, um ein durch theoretische und praktische Ausbildung gesichertes Maß volkswirtschaftlicher Erkenntnis dem künftigen höheren Verwaltungsbeamten zu sichern. Der erste besteht in einer völligen Umkehr von der gesamten Ausbildung des Verwaltungsbeamtentums. Er führt über die Prüfung als Verwaltungsreferendar, die gleichwertig im öffentlichen Recht und in der Volkswirtschaftslehre abzulegen wäre, zu einem praktischen Ausbildungsgang bei Verwaltungsbehörden und wirtschaftlichen Körperschaften und gipfelt in der Prüfung als Verwaltungsassessor.

In der sehr begreiflichen Skepsis, ob es zu einer wirklichen Verwaltungsreform in absehbarer Zeit überhaupt kommen wird, wendet sich der Verfasser gegen den Gedanken, die Verfolgung des neuen Ausbildungswesens der Verwaltungsbeamten mit der Durchführung der Verwaltungsreform zu verknüpfen.

Bei seinem zweiten Vorschlage geht Drews mehr von einer nationalökonomischen Grundeinstellung aus. Er schließt an den heutigen nationalökonomischen Studiengang an, den er durch eine stärkere Betonung des öffentlichen Rechts erweitert wissen will. Statt wie heute mit dem

¹⁾ James W. Angell, Der Wiederaufbau Deutschlands. Von Versailles bis zum Young-Plan. Veröffentlichungen des Instituts für Finanzwesen an der Handels-Hochschule Berlin II. Verlag Duncker & Humblot. München und Leipzig 1930, XVI, 323 Seiten, 12.— RM.

volkswirtschaftlichen Diplomexamen würde die theoretische Ausbildung mit dem Examen als Wirtschaftsreferendar abschließen und dann durch eine mehrjährige praktische Ausbildungszeit ähnlich der des Verwaltungsreferendars ergänzt werden. An die Stelle der Prüfung als Verwaltungsassessor tritt nach vorausgegangenem nochmaliger theoretischer „Nachreife“ das Abschlussexamen als Wirtschaftsassessor.

In vier Leitsätzen werden vom Verfasser am Schluß der Abhandlung die einzelnen Reformvorschläge zusammengestellt. Die Leitsätze haben die Zustimmung der praktischen tätigen Volkswirte gefunden. Sie stimmen in ihren Grundzügen auch mit der Entschließung überein, die von der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer auf der Züricher Tagung im September 1928 gefaßt worden sind. Möge die ausgezeichnete Schrift als eine entscheidende Förderung zu der dringend notwendigen Reform im Ausbildungswesen unserer Verwaltungsbeamten beitragen.

Berlin

Geheimrat Dr. Fritz Demuth

Lytle, Charles Walter: Wage Incentive Methodes.
New York 1930. Ronald Press. VII, 457 S. — Preis \$ 7,50.

Das Lytlesche Buch spiegelt die vielfältigen Bemühungen in der amerikanischen Industrie wider, durch geeignete Entlohnung höhere Leistungen und auch bessere „Cooperation“ zwischen Arbeitern und Betriebsleitung zu erzielen.

„Incentive Wage Methodes“ wird am besten mit „anreizbittende bzw. leistungssteigernde Entlohnungsmethoden“ übersetzt. — Um das wertvolle Buch den deutschen Betriebsleitern und Industrieführern verständlicher zu machen, seien nachfolgend einige Aufklärungen über diese Methoden gegeben (vgl. auch den Aufsatz „Von arbeits-technischer zu lohn-technischer Rationalisierung“, MdW, Jahrg. 1950, Nr. 5).

Während die deutschen, zwischen Arbeitgeber-Organisationen und Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge entweder reinen *Akkord- oder Stundenlohn* vorschreiben, versteht man unter Incentive Methodes hauptsächlich *Prämiensysteme*, die in Deutschland eben wegen der Tarifschwierigkeiten nur vereinzelt anzutreffen sind. Die *Akkord-Entlohnung* sieht nur die Bezahlung nach der fertiggestellten *Stückzahl oder Menge* vor, enthält also vielfach Schärpen für die Arbeiter. Bei *Stunden-Entlohnung* wird dem Arbeiter die Zeit seiner Anwesenheit bezahlt — unabhängig von der Leistung —, die Selbstkosten des Unternehmens können also in ungünstiger Weise belastet werden. Das *Prämiensystem* stellt einen Mittelweg dar. Trotz seiner Vorzüge kann man es verstehen, weshalb man diesen Mittelweg in Deutschland nicht in größerem Umfang beschritt. Zunächst ist die Akkord- und Stunden-Entlohnung in der Selbstkostenrechnung etwas einfacher; dann begibt man sich von diesen beiden Entlohnungs-Extremen in ein Gebiet der verschiedensten *Prämienmöglichkeiten*, die als Zusatz zum Grund- oder Zeitlohn in Betracht kommen.

In Amerika sah man die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit der Prämiensysteme schon seit langem ein. Erstens mußten infolge des höheren Lohnniveaus höhere Leistungen erzielt werden, dann wurde das reine Akkordsystem vom amerikanischen Arbeiter oft abgelehnt, da er durch *Garantie eines Mindestverdienstes* sichergestellt sein, andererseits aber durch Prämien die Gelegenheit zu Überverdiensten erlangen wollte. Die amerikanischen Betriebe haben seit Taylor viele Versuche gemacht, um unter Vermeidung der Nachteile sowohl des Akkord- wie des Stundenlohnes durch geeignete Prämien befriedigende Leistungen und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Statt mehr oder weniger gewaltsam Leistungen zu erzwingen, galt es, das *Interesse an Mehrleistungen beim einzelnen Arbeiter* zu wecken. Außerdem versuchte man, durch sogenannte *Gruppen-Entlohnung* oder -Prämierungen „Cooperation“ unter den Arbeitern wie auch mit der Leitung zu erzielen.

Neben den „Financial Incentives“ entwickelte man auch eine Reihe von „Non-Financial Incentives“, die durch Wohlfahrtseinrichtungen, Sparkonten usw. dem kostspieligen Arbeiterwechsel entgegenwirken und das Interesse am Unternehmen und somit wiederum an der Arbeit und Leistung heben sollten. Nach vielfachen Versuchen der vergangenen Jahre und nachdem sich bestimmte Prämiensysteme konsolidiert und für bestimmte Fabrikationsgebiete bewährt haben, ist das Buch von Lytle im rechten Zeitpunkt erschienen, um weiteren Kreisen einen Überblick über die hauptsächlichsten Incentive Methodes zu gewährleisten. Lytle unternahm es, die verschiedenen Systeme *wissenschaftlich* zu durchleuchten und nach Festlegung von Kurven und Tabellen die verschiedenen Systeme hinsichtlich ihrer *Incentive-Wirkung* auf die Arbeitskräfte und ihres *Einflusses auf die Selbstkosten* miteinander zu vergleichen.

Lytle hat die 25 hauptsächlichsten Systeme eingehend beschrieben. In Deutschland, wo man von einem Versagen der tariflichen Entlohnungsmethoden sprechen kann, sollten sich die Betriebsleiter in die Lytlesche Arbeit und in die Motive der Incentive-Entlohnungen zu vertiefen suchen, anstatt starr an nicht mehr zeitgemäßen Entlohnungsarten festzuhalten. Wenn Lytle auch nicht so weit ging, für bestimmte Betriebsverhältnisse ein bestimmtes System zu empfehlen, läßt sich doch an Hand seiner „mundgerechten Vorsortierung“ das Geeignete für jeden Betrieb herausfinden. Die langjährigen amerikanischen Versuche auf dem Entlohnungsgebiet sind in verhältnismäßig einfacher Weise für die deutschen Verhältnisse zu verwerten.

Es ist dabei nicht unbedingt notwendig, einen vollständigen Incentive-Plan zu übernehmen oder einen amerikanischen Lohnspezialisten, der meist Träger eines solchen Planes ist, zu konsultieren. Es dürfte im übrigen interessant sein, daß einige solcher Lohnorganisatoren einen ganzen Stab von Spezial-Ingenieuren beschäftigen und Hunderte von Betrieben in den verschiedensten Industrien durchorganisiert haben. In vielen Fällen genügt es, das Wesentliche des einzelnen Plans zu erkennen und den vorhandenen Betrieben anzupassen. Immerhin sei erwähnt, daß die *Bedaux-Gesellschaft*, die wohl die älteste Spezialistin auf dem Incentive-Lohngebiet ist und das ausgebauteste, auf fast wissenschaftlich genauen Arbeitsmessungen und Zeitstudien beruhende System propagiert, in einer Reihe europäischer Unternehmen Eingang gefunden hat. Auch in Deutschland arbeitet diese Gesellschaft seit einigen Jahren, u. a. bei den Continental-Gummiwerken, Hannover, bei den Linoleumwerken, Delmenhorst.

Nach dem Studium der Lytleschen Arbeit dürfte es sich empfehlen, die praktische Arbeit und die Erfolge in diesen Betrieben sich anzusehen oder die Aufsätze von Dr. Schwenger und Prof. Dr. Schlesinger (Werkstatt-Technik, 12/13) über das Bedaux-System bei der Continental zu lesen.

Prag Dipl.-Ing. W. Neumayer

Schramm, Rechtsanwalt Dr. Carl: Betriebsspionage und Geheimnisverrat. Mannheim 1930. Verlag J. Bensheimer. IX, 128 Seiten. — Preis 8 RM.

Das Thema ist in der gegenwärtigen Zeit besonders aktuell, und zwar nicht etwa, weil auf diesem Gebiet mehr Verbrechen als früher begangen werden, sondern wegen der verschiedenen Reformbestrebungen, die auf eine Verschärfung des Geheimniszwanges hinauslaufen. Auch der Verfasser, der im übrigen eine ausgezeichnete Darstellung des geltenden Rechts gibt, legt am Schluß seines Buches eine Reihe von Vorschlägen zur Gesetzesänderung vor, obwohl er zugeben muß, daß die beste Garantie gegen Verrat und Vertrauensbruch die Sicherstellung der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen wäre. Leider ist heutzutage eine Gesetzesänderung offenbar leichter durchzuführen.

Der Inhalt des Buches, der die geltende Praxis darstellt, zeigt, daß heute noch jedes mehr oder minder belanglose Geschäftsvorkommnis Geschäftsgeheimnis sein kann und strafrechtlichen Schutz genießt. Es ist auf-

fallend, daß in einer Zeit, die auf anderen Rechts- und Wirtschaftsgebieten eine entschiedene Tendenz zur Erweiterung der Publizität zeigt, eine Verschärfung des Schutzes für Geschäftsgeheimnisse gefordert wird.

Der Hauptwert der Schrift liegt nicht in ihren Reformvorschlügen, sondern in der systematischen und übersichtlichen Darstellung des heutigen Rechtszustandes. Das Buch wird bei all denen einer freundlichen Aufnahme gewiß sein, die sich aus juristischen, wirtschafts- oder sozialpolitischen Gründen mit diesem Fragenkomplex beschäftigen.

Berlin

Rechtsanwalt Dr. Arno Blum

Barg, Diplom-Volkswirt und Diplom-Kaufmann Dr. B. H.: Die Explosivstoff-Industrie, ihre wirtschaftlichen Bedingungen und ihre Entwicklung. Hamburg 1929. Selbstverlag Hamburg, Brandsende 4. 92 S.

Die Schrift behandelt neben den großen Wandlungen, welche die Explosivstoffindustrie im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht hat, in erster Reihe die wirtschaftlichen Bedingungen dieses Gewerbezweigs. Es werden die Produktions- und Konsumverhältnisse untersucht und der Neuaufbau der Kartellorganisation in Deutschland dargestellt.

Bruck, Professor Dr. W. F. und Vormbrock, Generaldirektor H.: Deutsche Siedlungsprobleme (Veröffentlichung der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster i. W.). Berlin 1929. Verlag von Reimar Hobbing. 288 S. — 10 RM.

In Beiträgen einer Anzahl hervorragender Sachkenner wird der gegenwärtige Stand des gesamten Siedlungswesens dargestellt. Die Aufsätze behandeln u. a. die soziale und kulturelle Bedeutung des Wohnungs- und Heimstättenbaus, die Planung, Siedlung und das neue Bauen, ferner Finanzierungsfragen und schließlich die wirtschaftspolitischen Programmpunkte im Rahmen der deutschen Wirtschaftslage und der Weltwirtschaft.

Jahrbuch des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen. Berlin 1930. Verlag des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen e. V. 253 S.

Der Einheitsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der zu Beginn dieses Jahres gegründet worden ist und Anfang April seine Geschäftstätigkeit aufgenommen hat, legt in Form dieses Jahrbuchs seinen ersten Bericht und die Geschäftsergebnisse der ihm angeschlossenen Zentralgenossenschaften für das Jahr 1929 vor. Der Band enthält außerdem den Bericht über den in diesem Jahre in Stuttgart abgehaltenen Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschafts-Tag.

Riemerschmid, Diplom-Kaufmann Wilhelm: Wie abschreiben, wie bewerten? Wirtschaftliche Abschreibungen und Bewertungen des Anlage- und Betriebsvermögens in der Handelsbilanz, Einkommensteuerbilanz und Körperschaftsteuerbilanz. Stuttgart 1930. Muth'sche Verlagsbuchhandlung. 140 S. — 5,40 RM.

An Hand zahlreicher Beispiele werden die verschiedenen Möglichkeiten der Abschreibung gut und verständlich erläutert. Auch auf die neueste Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs ist dabei Rücksicht genommen.

Berkel, Dr. Kurt: Die Verschuldung der provinziälsächsischen Landwirtschaft (Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Heft 57). Halle 1929. Verlag der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen. 151 S. und Tabellenanhang. — 6 RM.

Die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion der Provinz Sachsen — Die Ergebnisse einer Erhebung der Verschuldung von 689 Betrieben — Die Ergebnisse der Erhebung über die Schulden der provinziälsächsischen Landwirtschaft bei organisierten Gläubigern — Die Gründe der Neuverschuldung.

Horwitz, Regierungsrat Leo: Um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Tributlast, Arbeitsnot, Ringen um Wirtschaftsfreiheit. Berlin 1930. Zentralverlag. 80 S. — 2 RM.

Einbußen an Wirtschaftskraft — Schwächesymptome am deutschen Wirtschaftskörper — Unsere Wirtschaftsbilanz und die Abtragung der Lasten — Der innere Markt — Um die Wirtschaftsfreiheit.

Zeitschriften - Literatur

Lederer, Emil: Ort und Grenze des zusätzlichen Kredits. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 63. Band, Heft 3, Juni 1930, S. 513.

Die starke Ausdehnung der Produktion innerhalb des Konjunkturwechsels kann aus zwei Quellen finanziert werden: aus den Gewinnen des Aufschwungs und aus zusätzlichem Kredit. Die gesteigerten Unternehmergewinne im Aufschwung sind ein notwendiges Ergebnis der Tatsache, daß der Anteil der festen Einkommen am Sozialprodukt im Aufschwung hinter dem der Profite zurückbleibt. Erhöhte Akkumulation bedeutet aber steigende Produktion. Der zusätzliche Kredit hingegen ist die notwendige Voraussetzung der sprunghaften Ausweitung der Konsumgüterindustrien, die zugleich eine forcierte Tätigkeit der Produktionsmittelindustrien in sich schließt und deren Finanzierung aus den Mitteln der ersparten Gewinne unmöglich wäre. Der von den Banken an die Unternehmer gewährte zusätzliche Kredit, d. h. ein Kredit, der über die volkswirtschaftlichen Ersparnisse hinausgeht, wirkt *inflatörisch*, sofern er der Anlage dient. Dabei macht es keinen Unterschied, ob er langfristig oder kurzfristig gegeben wird; denn zur Zurückzahlung des Kredits bedarf es immer einer gewissen Zeitspanne, bis der Gegenwert auf dem Markt realisiert und aus seinem Erlös der Kredit zurückerstattet werden kann. Bei Gewährung von *Betriebskrediten* werden dagegen die erzeugten Güter sofort ausgetauscht, und eine Inflation findet nicht statt. Die inflatorischen Elemente der Konjunktur können aber dadurch kompensiert werden, daß entweder im Zuge der Entwicklung eine Kostensenkung durch technischen Fortschritt einsetzt oder daß in der Depression eine Konsolidierung der kurzfristigen Kredite mit den Gewinnen aus der Konjunktur erfolgt. Die Einsicht in die inflatorischen Elemente, die sich aus der Gestaltung der Einkommensverhältnisse und aus der zwangsmäßigen Produktionsausdehnung in der kapitalistischen Wirtschaft notwendig ergeben, liefert auch Hinweise auf die Möglichkeit einer Konjunkturbeeinflussung. Mit zusätzlichem Kredit sollten nur Produktionsausdehnungen finanziert werden, die *ohne weitere Investitionen* möglich sind. Eine *Anregung der Produktion* sowohl von Produktionsmitteln als auch von Konsumgütern in der *Depression* stellt deshalb eine sehr ungeeignete konjunkturpolitische Maßnahme dar.

J. S.

Hermberg, Prof. Dr. Paul: Statistik und Teuerung. Zur Frage der Messung der Tauschwertschwankungen des Geldes. Weltwirtschaftliches Archiv, 31. Band, Heft 2, April 1930, Seite 424.

Eine wichtige Methode, die Geldwertchwankungen statistisch zu messen, ist die Berechnung eines Budgetindex, d. h. eines Index, der die Kosten einer bestimmten Bedarfsdeckung in zwei verschiedenen Zeitpunkten miteinander vergleicht. Der Statistiker hat dabei die Möglichkeit, entweder vom ersten Zeitpunkt auszugehen und zu fragen, welche Geldmenge notwendig ist, um die Warenmenge des ersten Zeitpunktes auch im zweiten zu erwerben (Laspeyresche Formel) oder umgekehrt — vom Ende der Wirtschaftsperiode ausgehend — zu fragen, welche Geldmenge notwendig gewesen wäre, um im ersten Zeitpunkt dieselbe Warenmenge zu kaufen wie im zweiten (Paaschesche Formel). Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Index von Laspeyres die Steigerungen der Haushaltskosten vergrößert, die Senkungen aber verringert und daß umgekehrt bei der Formel von Paasche die Steigerungen vermindert und die

Senkungen verstärkt werden. Es wurde deshalb der Versuch gemacht — z. B. von Haberler —, durch Kombination der beiden Formeln zu einem verlässlicheren Index zu gelangen. Diese Lösung des Problems, statistisch die Geldwertchwankungen zu messen, lehnt aber Hermberg im Anschluß an L. von Bortkiewicz (vgl. dessen Besprechung des Haberlerschen Buchs im MdW, Jahrg. 28, Nr. 11, S. 427) als einen logischen Trugschluß ab. Die Problematik des Teuerungsindex liegt nach Hermberg überhaupt nicht in der Differenz zwischen den Ergebnissen der beiden Methoden, sondern in deren logischer Konstruktion. Erstens errechnet nämlich ein Budgetindex gar nicht die Preisänderung einer bestimmten *Bedarfsdeckung*, sondern die Preisänderung einer bestimmten *Gütermenge*. Zweitens ist ein solcher Index, wie Hermberg übereinstimmend mit F. von Wieser darlegt, nur als Kostenindex einer *Individualwirtschaft* sinnvoll. Es ist deshalb ein kameralistischer Irrtum, einen Haushaltsindex zur Messung *volkswirtschaftlicher* Geldwertchwankungen benutzen zu wollen. Ein Maßstab für die Geldwertänderungen auf dem Markte muß viel mehr berücksichtigen, daß es sich in der Volkswirtschaft nicht um Kosten ein-

heitlicher Bedarfsdeckungen, sondern um *Tauschrelationen* zwischen Waren und Geld handelt. Zur Messung dieser Tauschrelationen, die das Marktpreisniveau darstellen, gibt es aber prinzipiell zwei verschiedene Wege: Entweder wird die Geldwertänderung an der Bewegung eines als charakteristisch betrachteten *konkreten Einzelpreises* gemessen oder es wird aus sämtlichen Preisen das geometrische Mittel berechnet und diese *Durchschnittsbewegung* aus allen Einzelpreisbewegungen als Index für die Geldwertänderungen gewertet. J. S.

Betz, Dr. Fritz H.: *Zur Errechnung und Verwertung von Produktionsindizes*. Weltwirtschaftliches Archiv, 31. Bd. Heft 1. Januar 1930. S. 286/96 und 382/90.

Der Aufsatz von Betz gibt im Anschluß an eine große internationale Literatur einen Überblick über die Probleme der bisher tatsächlich durchgeführten Indexberechnungen. Er zeigt, jedoch nur sehr andeutungsweise, Zweck, Aufbau und Grenzen der Indizes. In einem Anhang werden die Produktionsindizes der einzelnen Länder im Hinblick auf diese Probleme untersucht. J. S.

Bilanzen

Bamag-Meguin AG

Liquiditätsbesserung — Wieder dividendenlos

Durch Fusion der Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG, Berlin, mit der Meguin AG in Butzbach (Hessen), entstand im Mai 1924 die Bamag-Meguin AG. Minoux hatte kurz zuvor über 25 % des Bamag-Kapitals erworben und an die zum Röchling-Konzern gehörende Meguin AG weiterverkauft. Die auf Betreiben der Meguin AG erfolgende Fusion erwies sich für die Bamag als schwerer Fehler, der infolge falscher Beurteilung der Meguinwerte begangen war. Infolgedessen mußten sich die früheren Leiter von Meguin von dem fusionierten Unternehmen trennen, und die alten Bamag-Aktionäre erhielten von den Interessenten der Meguin-Gesellschaft eine Entschädigung. Obwohl sogar Ende 1927 eine Kapitalzusammenlegung von 16 auf 5,33 Mill. RM mit nachträglicher Wiedererhöhung auf 12 Mill. RM vorgenommen wurde, hat die Bamag-Meguin AG seit 1924 nicht das Stammkapital verzinzen können. Auch für das nunmehr abgeschlossene Geschäftsjahr wird keine Dividende ausgeschüttet. Seit der Sanierung befindet sich die Mehrheit des Aktienkapitals im Besitz der Julius Pintsch AG, die 1927 zusammen mit der Deutschen Bank den größten Teil der neuen Aktien übernahm.

Daß die Rentabilität seit der Fusion noch nicht wiederhergestellt werden konnte, liegt wohl ausschließlich an den besonderen Rationalisierungs-Erfordernissen für das alte Meguin-Werk Butzbach, das vorwiegend Maschinen für die Kohlen- und Koksindustrie liefert. Auf dieses Werk entfielen auch die Sonderabschreibungen bei der Sanierung Ende des Jahres 1927.

(1000 RM)	Zugang bzw. Abgang		Grundstücke und Gebäude	Maschinen u. Fabrikeinricht.
	Grundstücke und Gebäude	Maschinen und Fabrikeinricht.		
30. Juni 1925 ..	+ 862	+ 1 396	144	911
30. Juni 1926 ..	— 24	+ 587	157	603
30. Juni 1927 ..	— 58	+ 296	157	604
30. Juni 1928 ..	+ 296	+ 687	4105*)	1793**)
30. Juni 1929 ..	+ 4	+ 439	169	586
30. Juni 1930 ..	— 8	+ 229	169	469

*) Einschließlich einer Sonderabschreibung von 3941 RM. — **) Einschließlich einer Sonderabschreibung von 1210 RM.

Da die Abschreibungen seit 1926 stets größer waren als die Zugänge, stehen die Anlagenkonten mit sinkenden Werten zu Buch.

Bilanz

(1000 RM)	30. 6. 26	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
Aktiva					
Grundstücke und Gebäude	13 235	13 041	9 477	9 311	9 135
Maschinen und Fabrikeinricht.	3 968	3 660	2 554	2 407	2 166
Roh- u. Betriebsmaterial	4 169	3 856	2 894	1 997	1 574
Fertige u. halbfertige Teile	5 711	6 803	4 943	4 353	3 823
Kasse	54	78	66	64	56
Wechsel	119	542	424	860	890
Schuldner	7 316	8 639	11 101	10 134	13 768
Wertpapiere	173	41	56	45	42
Beteiligungen	2 385	2 548	1 297	844	860
Verlust	1) 845	2) 2 690	—	—	—
Passiva					
Stammaktien	16 000	12 000	12 000	12 000	12 000
Vorzugsaktien	63	63	63	63	63
Reservefonds	2 600	2 600	—	200	400
Fusionsrückstellung	—	—	—	—	—
Teilschuldverschreibungen	132	132	142	142	142
Aufgewertete Hypotheken	80	80	90	90	90
Darlehen	—	—	4 000	4 000	4 000
Akzepte	—	—	1 990	1 090	1 282
Sonstige Gläubiger	16 808	20 751	7 183	5 377	6 811
Erhaltene Anzahlungen	—	—	4 648	3 711	3 954
Übergangsposten	2 294	2 273	2 454	3 073	3 450
Gewinn	—	—	242	269	101

1) Ausschl. 30 000 RM Vortrag. — 2) Einschl. 845 000 RM Vortrag.

Gewinn- und Verlustrechnung

(1000 RM)	30. 6. 26	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
Ausgaben					
Vortrag	—	845	—	39	66
Abschreibungen	760	761	747	753	639
Unkosten d. Hauptverwaltung ..	1 868	1 641	1 838	1 324	1 135
Gewinn	—	—	242	230	33
Einnahmen					
Vortrag	30	845	—	39	66
Überschuß	1 753	557	2 828	2 309	1 808
Verlust	845	1 845	—	—	—

Auch sonst zeigt die Bilanz das Streben nach Wahrung und Steigerung der *Liquidität* trotz der Ungunst der Verhältnisse, unter denen die Firma arbeiten muß. Die kurzfristigen Schulden, vor der Sanierung 20,8 Mill. RM, betrugen in den folgenden Jahren 13,8, 10,2 und 12,0 Mill. RM, während die Kreditgewährung an die Kundschaft von 8,6 auf 11,1, 10,1 und 13,8 Mill. RM stieg. Das *Vorratskonto* hat während der letzten Jahre eine bemerkenswerte Strukturänderung erfahren:

	Vorräte insgesamt Mill. RM	Rohstoffe %	Fertige u. halbfertige Waren %
30. Juni 1925	8,68	59	41
30. Juni 1926	9,88	42	58
30. Juni 1927	10,66	36	64
30. Juni 1928	9,84	28	72
30. Juni 1929	6,35	31	69
30. Juni 1930	5,36	29	71

Es ist der Gesellschaft also gelungen, den Anteil der Rohstoffe von 59 % (1924/25) auf etwa 29 % des Vorratskontos herabzudrücken. Die Ermäßigung des Gesamtkontos ist bis 1929 wohl als Rationalisierungserfolg, seitdem als Wirkung des Umsatzrückgangs anzusehen.

Die Bamag-Meguïn AG wird bei der Eigenart ihrer Erzeugnisse besonders schwer von der Wirtschaftskrise getroffen. Ihre Spezialität ist die Herstellung von *Großanlagen* für die Kohlen-, Eisen- und chemische Industrie und für Gas- und Wasserwerke. Ferner liefert sie neben Serienerzeugnissen (Elektroflaschenzügen, Getrieben usw.) vor allem größere Einzelmaschinen-Aggregate (Apparate und Maschinen für die Schwerindustrie, Fördermittel), deren Konstruktion häufig auf eigenen Patenten beruht. Das Lieferprogramm von Bamag-Meguïn umfaßt also weitgehend Produkte, zu deren Bestellung ein großer Kostenaufwand erforderlich ist. Sowohl von der Schwerindustrie als auch von den Kommunen sind aber derartige Aufträge kaum zu erwarten. Der Geschäftsbericht erwähnt, daß ein gewisser Ausgleich der Auftragsminderung aus dem Inland durch einige größere *Auslandsaufträge* erzielt wurde. Der wichtigste davon ist eine Müllverbrennungsanlage für die Stadt Lyon.

Die Verwaltung ist bemüht, sich durch einschneidende Abbau- und Organisationsmaßnahmen den schwierigen gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen. Wäre die Wirtschaftskrise nicht hereingebrochen, so hätten sich die technischen und betrieblichen Verbesserungen der letzten Jahre, die nach den Geschäftsberichten die Rentabilität der einzelnen Betriebsteile steigerten, wahrscheinlich auswirken können, so daß die nachteiligen Folgen der Meguïnfusion für die Rentabilität des Gesamtunternehmens endlich beseitigt wären. Auch im vorliegenden Geschäftsbericht hält sich die Verwaltung zu der Hoffnung berechtigt, daß die auf den verschiedensten Gebieten vorgenommenen technischen Verbesserungen ihre Früchte tragen werden. Vorerst steht das Auslandsgeschäft ganz im Vordergrund; es werden besonders Lieferungen für eine Vorrichtung mit französischer Staatshilfe im Bau befindliche Stickstoffanlage in Frankreich erwähnt. Einen Ausgleich für das Brachliegen des Inlandsgeschäftes kann der Export aber nicht bieten.

Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther AG

Dividendensenkung von 9 auf 7 %

Flüssige Bilanz

Unter den deutschen Porzellanunternehmungen ragen drei weit über die anderen hinaus: Kahla, Hutschenreuther und Rosenthal. Die beiden ersten sind in ihrem heutigen Umfang erst durch die Konzentrationsbewegung entstanden, die im Sommer des Jahres 1927 mit der Vollfusion der Konzernfirmen ihr Ende fand. Dieser äußeren Parallele steht jedoch eine auffallende Verschiedenheit in der inneren Kraft gegenüber: die Ertragsfähigkeit von Kahla ist weit geringer als die von Hutschenreuther oder Rosenthal.

Bei der Betrachtung des Abschlusses von Hutschenreuther taucht dieses Problem von neuem auf. Der Unterschied ist um so auffällender, als Hutschenreuther an der Erzeugung von *Hochspannungsporzellan*, dem einträglichsten Zweig der Porzellanindustrie, nicht beteiligt ist, während Kahla und auch Rosenthal stark auf diesem Gebiet tätig sind. Hutschenreuther erzeugt zwar Porzellan für mehrere technische Zwecke; aber der weitaus größte Teil seiner Erzeugung entfällt auf *Geschirr- und Kunstporzellane*, die unter der Weltkonkurrenz viel stärker für porzellane haben als Elektroporzellan. Innerhalb der Geschirrfabrikation hat Hutschenreuther allerdings eine wesentlich bessere Stellung als der Kahla-Konzern, der in der Hauptsache Stapelware herstellt. Denn für diese fallen der tschechoslowakische und vor allem der japanische Wettbewerb viel stärker ins Gewicht als für mittlere und bessere Qualitäten, wie sie Hutschenreuther erzeugt. Gerade darin liegt die Stärke dieses Unternehmens, daß es

Qualitätsware zu konkurrenzfähigen Preisen auf den in- und ausländischen Markt bringen kann. Die eingeführte *Marke* mag dabei eine wichtige Hilfe sein. Nicht ausgeschlossen ist es auch, daß der Eigenbesitz großer Rohmaterialquellen eine gewisse Rolle dabei spielt. Hutschenreuther deckt seinen Bedarf an Kaolin und Pegmatit seit der Fusion selbst und hat sogar einen erheblichen Überschuß an diesen beiden Rohstoffen, der teils an andere Porzellanfabriken, teils an Papierfabriken abgesetzt wird.

Zahlenangaben über *Produktion und Umsatz* der Firma Hutschenreuther sind in den letzten Jahren nicht veröffentlicht worden; überhaupt beschränkt sich die Berichterstattung von Hutschenreuther auf das allernötigste. Als Anhaltspunkt für die Bedeutung des Unternehmens sei angeführt, was im Prospekt vom Frühjahr 1928 stand: die „durchschnittliche“ Jahreserzeugung betrage mit 12 000 t Porzellan etwa 12 % der gesamten deutschen Porzellanproduktion; hinzu kommen 15 400 t Kaolin und 30 000 t Pegmatit. Der *Umsatz* war 1926/27 auf 12 Mill. RM gesunken; von diesem Tiefstand hat er sich in den beiden folgenden Jahren erholt, vermutlich über den Stand von 1924/25 mit 14¼ Mill. RM hinaus. Für das abgelaufene Jahr wird berichtet, daß es gelungen sei, trotz der Erschwerung des Auslandsgeschäftes durch Weltwirtschaftskrise und Zollerhöhungen *den vorjährigen Umsatz dem Umfang nach zu erhalten*; unter „Umfang“ wird man wohl die Menge zu verstehen haben, nicht den Wert, der mit der allgemeinen Preisbewegung wahrscheinlich etwas zurückgegangen ist. In der Ertragsrechnung entspricht dem Rückgang des Umsatzwertes eine Verminderung des Kontos Erlöse um 7 %. Die Unkosten gingen nicht in demselben Umfang zurück, sondern nur um knapp 4 %. Infolgedessen sank der Reingewinn trotz einer Verminderung der Abschreibungen.

Gewinn- und Verlustrechnung

(1000 RM)	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
Einnahmen				
Gewinnvortrag	57	55	66	89
Erlöse	4569	5850	6056	5634
Zinsen, Mieten usw.	79	129	112	108
Ausgaben				
Generalunkosten	3894	4911	5064	4867
Abschreibungen	239	333	358	296
Reingewinn	572	791	813	667
Dividende in %				
Stammaktien	1) 8	9	9	7
Vorzugsaktien	6	6	6	6

1) Auf die neuen Aktien nur 4%.

Höchst zweifelhaft ist es allerdings, ob dieses Bild der tatsächlichen Ertragsentwicklung entspricht. Denn der Bericht enthält einen Passus, nach dem der Vorschlag einer um 2 % verminderten Dividende, der nach diesen Zahlen als unvermeidlich gelten müßte, „im Hinblick auf die im bisherigen Verlaufe des neuen Geschäftsjahres fortgeschrittene wirtschaftliche Depression“ erfolgt sei. Man muß also annehmen, daß das tatsächliche Ergebnis die Beibehaltung der vorjährigen Dividende von 9 % gestattet hätte. Da 1 Mill. RM eigene Vorratsaktien an der Dividende nicht teilnehmen, wäre der Gewinnausweis um mindestens 160 000 RM durch stille Rückstellungen verschlechtert.

Falls dieses Verfahren nicht noch näher begründet wird, muß es als verfehlt bezeichnet werden. Hutschenreuther ist anscheinend nicht so bar aller stiller Reserven — von den offenen Rücklagen nicht zu reden —, daß eine verstärkte Rüstung auf Krisenverluste unbedingt notwendig wäre. Auch nach dem Stand der *Liquidität* wäre die Mehrausschüttung von 160 000 RM unbedenklich gewesen. In der Lage der Gesellschaft und der Konjunktur ist also ein triftiger Grund für die Verminderung der Dividende nicht zu entdecken. Wenn man schon in guten Jahren stille Rücklagen macht, so braucht man das nicht in schlechteren fortzusetzen; man müßte vielmehr die so erreichte Bewegungsfreiheit benützen, um die Dividende durchzu-

halten. Offenbar nimmt man aber an, eine Dividendensenkung werde gegenwärtig nicht weiter auffallen, und je weniger man jetzt ausschütete, um so weniger werde man es nötig haben, wenn tatsächlich ein ernster Ertragsrückgang komme, offen darüber Rechenschaft abzulegen.

Die jetzige Dividende beansprucht nicht einmal die Hälfte der *flüssigen Mittel*; die Tantiemen, die nicht gesondert ausgewiesen werden, kommen allerdings zu der Ausschüttung hinzu. Andererseits sind auch die *Verbindlichkeiten* sehr gering. Selbst wenn in dem Interimskonto echte Verpflichtungen enthalten sind, dürften die Schulden im ganzen nicht so groß sein wie die *Debitoren*. Diese gingen um genau 10% zurück, was vielleicht einen gewissen Schluß auf den wertmäßigen Umsatz in den letzten Monaten des Geschäftsjahres zuläßt. Die *Lagervorräte* hat man aber nicht anwachsen lassen; die Vorräte nahmen nur unerheblich zu. Die Anlagekonten sind fast im vollen Umfang der Abschreibungen zurückgegangen; soweit Investitionen erfolgten, liefen sie über Unkostenkonto. Ausgewiesen werden nur kleine Zugänge an Maschinen und Utensilien und auf dem Grundstückskonto. Das Effektenkonto zeigt einen Rückgang, über den im Bericht nichts gesagt wird; es enthält neben einer kleinen und vermutlich niedrig bewerteten Beteiligung an der Porzellanfabrik Königszelt in der Hauptsache 1 Mill. Vorratsaktien, deren Buchwert unbekannt ist, und festverzinsliche Effekten.

Bilanz

(1000 RM)	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
<i>Aktiva</i>				
Grundstücke	822	823	808	791
Gebäude	3561	3286	3166	3068
Öfen	408	374	337	300
Maschinen und Einrichtung	800	728	722	654
Wohnhäuser	675	675	641	607
Rohmaterialien	516	} 479	322	351
Halbfabrikate	95		48	55
Fertigfabrikate	1076	1093	1142	1162
Debitoren	2974	¹⁾ 4143	3620	3258
Hypotheken, Effekten und Beteiligungen	1514	1503	1512	1354
Bank, Kasse, Wechsel	508	¹⁾ 82	989	1277
Avale	25	65	65	65
<i>Passiva</i>				
Aktienkapital Stammaktien ..	9000	9000	9000	9000
„ Vorzugsaktien ..	76	76	76	76
Reserve	908	908	908	908
Obligationen	254	254	254	254
Kreditoren	1499	1351	1415	1340
Interimskonto usw.	539	827	841	591
Avale	25	65	65	65
Reingewinn	572	791	813	667

¹⁾ 1928 sind Bankguthaben unter Debitoren verbucht.

Im neuen Geschäftsjahr ist die Entwicklung nach Angabe des Geschäftsberichts ungünstiger als im Vorjahr; eine volle Kapazitätsausnutzung war nicht mehr möglich. Durch Betriebseinschränkung mußte man der veränderten Lage Rechnung tragen.

Briefe an den Herausgeber

Die Unkosten der privaten Krankenversicherung

Zwischen den privaten Krankenversicherungs-Gesellschaften und ihren Versicherten sind in der letzten Zeit mehrfach Spannungen zutage getreten. Die Leistungen der privaten Krankenversicherung waren zunächst recht großzügig. Man hat in diesem jungen Versicherungs-zweig erst allmählich Erfahrungen sammeln können. Sie haben dazu geführt, daß die Leistungen erheblich eingeschränkt wurden; in dieser Richtung wirkte auch die erhöhte Beanspruchung infolge der wirtschaftlichen Not. Der Mißstimmung, die in manchen Kreisen der Versicherten darüber besteht, gab der Aufsatz von *Dr. Ernst Leist* Ausdruck, der in Nr. 41 des MdW erschienen ist. Dr. Leist unterzog die Unkostenetats der privaten Krankenversicherung einer scharfen Kritik. Wie wir inzwischen hören, befindet er sich wegen Versicherungsansprüchen mit einer der in seinem Aufsatz untersuchten Gesellschaften im Rechtsstreit. Zu seinen Ausführungen nimmt die folgende Zuschrift dieser Gesellschaft Stellung:

Berlin W 50, 18. November 1930
Neue Ansbacher Straße 7.

Der Aufsatz von Dr. Ernst Leist über die „Unkosten der privaten Krankenversicherung“ enthält nicht nur zum Teil falsche Zahlen, sondern seine Ausführungen sind auch derart tendenziös, daß das von ihm entworfene Gesamtbild verzerrt ist. Dr. Leist stellt bei unserer Gesellschaft den Schadenleistungen des Jahres 1928 diejenigen für 1929 gegenüber, rechnet aber den Schadenleistungen des Jahres 1928 die Regulierungskosten hinzu, während er sie im Jahre 1929 fortläßt und auf diese Tatsache nur in einer Fußnote hinweist. Zu einem richtigen Vergleich kommt man nur, wenn man für beide Jahre die gleichwertigen Zahlen berücksichtigt und dabei auch die Schadenrücklage einsetzt, weil sie ihrem Wesen nach zur Regulierung von im Geschäftsjahre bereits angefallenen, aber noch nicht erledigten Schäden bestimmt ist. Einschließlich Regulierungskosten und Schadenrücklage belaufen sich die Schadenleistungen im Jahre 1928 auf 17 982 456 RM, im Jahre 1929 dagegen auf 21 535 450 RM; die Steigerung beträgt also 19,76%. Es ist daher unrichtig, wenn Dr. Leist behauptet, daß für das Jahr 1929 bei unserer Gesellschaft keine erhöhten Schadenleistungen festzustellen sind.

Die Prämieinnahme ist von 24 844 560 RM im Jahr 1928 auf 28 893 319 RM im Jahre 1929 gestiegen. Das Risiko in der Krankenversicherung wächst mit dem Alter des Bestandes. Im ersten Vertragsjahre müssen die Leistungen der Gesellschaft verhältnismäßig gering sein, weil die Wartezeiten noch nicht abgelaufen, Wochenhilfe und Sterbegelder noch nicht zu zahlen sind. Es würde deswegen auch falsch sein, die Leistungen junger Gesellschaften mit denjenigen von Gesellschaften zu vergleichen, die bereits lange bestehen, bzw. bei beiden Gesellschaften die Relation zwischen Prämieinnahme und Schäden zu errechnen. Grundsätzlich sollten daher die Ausgaben für Schäden einschließlich Rückstellung und Regulierungskosten niemals in dem gleichen Verhältnis wachsen wie die Prämieinnahme, da die Versicherten, welche die Mehrprämie gebracht haben, verhältnismäßig noch nicht gleichwertige Ansprüche haben wie die Altversicherten; die Steigerung müßte vielmehr bei den Schadenleistungen geringer sein. Tatsächlich ist aber die Prämie von 1928 auf 1929 bei unserer Gesellschaft nur um 16,25% gestiegen, während — wie gesagt — die Schadenleistungen eine Steigerung um 19,76% aufzuweisen haben. Die erhöhte Steigerung dürfte eine Folge der Grippe-Epidemie sein. Es ist in jedem Falle unrichtig, wenn Dr. Leist behauptet, daß die Schadenleistungen im Verhältnis zum Prämienzuwachs zurückgegangen wären.

Der Vergleich unserer Leistungen mit denjenigen der „Leipziger Fürsorge“ oder einer anderen Gesellschaft, die keine Versicherten-Dividende verteilt, muß zu unseren Ungunsten ausfallen, wenn unseren Leistungen nicht die *Dividende* hinzugerechnet wird. Für das Jahr 1928 betrug der Dividenden-Fonds 1 321 514 RM, für das Jahr 1929 dagegen 2 320 358 RM, was einer Steigerung von 75,58% entspricht. Wenn man — wie es erforderlich ist — den Schäden einschließlich Regulierungskosten und Reserve in beiden Jahren die Dividende und die Dotierung des Sonderleistungsfonds hinzurechnet, ergibt sich für das Jahr 1928 die Summe von 19 687 879 RM, für das Jahr 1929 dagegen die Summe von 24 769 619 RM, demnach eine Steigerung von 25,81%. Wir glauben also, in dieser Richtung eine Kritik nicht fürchten zu müssen.

Die *Unkosten* in der privaten Krankenversicherung stehen im Mittelpunkt aufmerksamster Beobachtungen aller Gesellschaften. Die Unkosten müssen gesenkt werden.

Ihrer jetzigen Höhe kann nur der mit den tatsächlichen Verhältnissen Vertraute Verständnis entgegenbringen, der erkennt, daß die meisten Gesellschaften noch im Aufbau stehen und daß Aufbaukosten notgedrungen höher sein müssen, als sie als dauernde laufende Kosten gerechtfertigt erscheinen könnten. Es ist deshalb auch falsch, die Kosten einer älteren Gesellschaft mit konstantem Bestand mit den Kosten junger, sich schnell entwickelnder Gesellschaften zu vergleichen. Abgesehen hiervon aber sind die von Dr. Leist für unsere Gesellschaft genannten Zahlen für die Unkosten falsch, weil er im Jahre 1929 den Verwaltungskosten die Regulierungskosten hinzurechnet, sie dagegen im Jahre 1928 unberücksichtigt läßt. Trotz der hohen Aufwendungen, welche die Fusion der drei Gesellschaften „Gedevag“, „Kosmos“ und „Selbsthilfe“ mit sich brachte — die selbständigen Regulierungsstellen der „Selbsthilfe“ mußten als unrentabel mit zum Teil hohen Kosten liquidiert werden —, weist das Jahr 1929 bereits eine Minderung der Unkosten auf; sie sind im Jahre 1930 weiter gesunken.

In keinem Falle haben die Unkosten mit der Höhe der Versicherten-Dividende etwas zu tun. Die Dividende wird den Versicherungsbedingungen entsprechend aus einem Fonds gezahlt, der aus einem feststehenden Teil der eingehenden Prämien gebildet wird. Grundsätzlich wird der gesamte Fonds, sofern er nicht etwa durch Schadenkatastrophen in Anspruch genommen werden sollte, vollständig als Dividende verteilt; er ist jedenfalls im Jahre 1929 voll zur Verteilung gekommen. Die Höhe der auf die einzelne Versicherung entfallenden Quote richtet sich ausschließlich nach der Zahl der dividendenberechtigten Versicherungen. Auch insoweit sind also die Ausführungen von Dr. Leist irreführend und falsch.

Unverständlich ist die Kritik, die Dr. Leist an der Höhe der Reserven übt. Wie bereits gesagt, wird die Schadenreserve am Ende des Jahres bereitgestellt für solche Schäden, die bereits angefallen sind, im Geschäftsjahr aber noch nicht reguliert werden konnten, weil sie noch nicht angemeldet oder die Krankheiten noch nicht beendet sind. Die Schadenreserve ist also ihrem Wesen nach zum Verbrauch im kommenden Jahr bestimmt. Sie muß jedes Jahr neu gebildet werden. Offenbar ist Dr. Leist hierüber in

keiner Richtung informiert, denn sonst würde er nicht behaupten, daß nur ein Tausendstel der Prämieinnahme zur Reservebildung verwandt werden konnte; tatsächlich belief sich die Schadenreserve im Jahre 1928 auf 2 500 000 RM, während sie Ultimo 1929 mit 2 500 000 RM neu gestellt werden konnte.

Die Höhe der Außenstände kann nicht kritisiert bzw. es kann kein Vergleich zu den Außenständen anderer Gesellschaften gezogen werden, wenn nicht die bei den einzelnen Gesellschaften verschiedene Art des Einkassierens der Prämien und die Intensität der Durchführung der Mahnverfahren berücksichtigt wird. Diejenigen Gesellschaften, die mit Kassierern arbeiten, werden hohe Außenstände nicht zu verzeichnen, dafür aber hohe Inkassogebühren zu zahlen haben. Ebenso werden die Außenstände geringer sein, wenn die Gesellschaft sofort ohne Rücksicht auf die heutige Wirtschaftslage mit allem gerichtlichen Nachdruck die Zahlung der Prämien erzwingt. Unsere Rechnungsgrundlagen einschließlich der einzelnen Zahlungsbelege unterstehen von jeher der Prüfung einer mit den Verhältnissen besonders vertrauten Buchprüfungsgesellschaft, welche auch die Bilanz geprüft und ihr Urteil dahin abgegeben hat, daß wir die Außenstände mit außerordentlicher Vorsicht aktiviert haben.

Über die Zweckmäßigkeit der Vermögensanlage in der einen oder anderen Richtung kann man natürlich geteilter Meinung sein. Falsch ist es aber, ohne nähere Prüfung einen Effekten-Besitz als „eine nicht unter allen Umständen risikofreie Vermögensanlage“ zu bezeichnen. Unsere Effekten bestehen ausschließlich aus Goldpfandbriefen und Kommunal-Obligationen. Von einem Risiko kann also nicht gesprochen werden. Wir beabsichtigen, die Anlage des Vermögens in Effekten beizubehalten, weil sie am leichtesten gestattet, das Vermögen flüssig zu machen, sofern dies bei Epidemien oder sonstigen außergewöhnlichen Umständen erforderlich werden sollte. Im übrigen übersteigt unser Vermögen an Grundbesitz und Hypotheken trotz des hohen Effektenbesitzes dasjenige der zum Vergleich herangezogenen Gesellschaften.

Generaldirektion der Vereinigte Krankenversicherungs-AG
(ormals Gedevag, Kosmos und Selbsthilfe)

Marktberichte

Die Konjunktur

Zum erstenmal in der Nachkriegszeit ist eine starke Parallelität im Konjunkturablauf der verschiedenen Länder festzustellen. Vor einem Vierteljahr hatte das Institut für Konjunkturforschung bei dem Versuch, die wichtigsten Länder der Welt nach ihrem jeweiligen Konjunkturstande zusammenzufassen, noch vier Länder: Frankreich, Norwegen, Dänemark und Irland, als Inseln guter Wirtschaftslage bezeichnet. Bis zum Herbst 1930 sind jedoch auch diese Länder, mit der einzigen Ausnahme von Dänemark, in das Stadium der Abwärtsbewegung eingetreten (vgl. „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“, 5. Jg., Heft 3, Teil A); neuerdings dürfte auch die Lage in Dänemark nicht mehr die Bezeichnung „hoher Geschäftsgang“ verdienen: Die Depression herrscht auf der ganzen Welt. Zwar werden die einzelnen Staaten verschieden stark von ihr getroffen; die wichtigsten Länder befinden sich jedoch im Stadium des „starken und allgemeinen“ Rückgangs; nur die Vereinigten Staaten von Amerika werden neuerdings der „abgeschwächten“ Depression zugerechnet.

Das Institut für Konjunkturforschung betont in dem neuen Vierteljahrsheft an mehreren Stellen die große Bedeutung der Preisbindungen für die besondere Gestaltung der gegenwärtigen Depression. Die in Deutschland verbrauchten Rohstoffe und Halbwaren sind etwa zur Hälfte durch Kartellabreden gebunden. Es fällt deshalb auf, daß die Indexzahlen der „freien“ und der „geregelten“ Preise

für industrielle Rohstoffe und Halbwaren diesmal nicht veröffentlicht werden. Es wird lediglich mitgeteilt, daß der Index der gebundenen Preise Anfang Dezember auf 97,8 (gegen 105,3 im Juli 1930) lag (S. 65). Ob sich dank dieser Senkung die Schere zwischen den beiden Indizes etwas geschlossen hat, oder ob die Spannung durch eine noch weiter gehende Senkung der freien Preise größer geworden ist, kann jedoch nicht beurteilt werden. Da dem Index der gebundenen Preise hauptsächlich die offiziellen Listenpreise zugrunde liegen, kommen übrigens die tatsächlichen Unterbietungen der Listenpreise in ihm nicht zum Ausdruck. Es kann also sein, daß die neuerdings mitgeteilte Senkung dieser Zahlen weniger auf effektiven Preisherabsetzungen beruhen als auf einem Abbau der Listenpreise, die schon lange vorher — oft unter stillschweigender Duldung der betreffenden Verbände — unterboten wurden.

Das Auseinanderklaffen zweier anderer Preiskurven kann jedoch auch nach der neuen Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung deutlich verfolgt werden: Innerhalb der Konsumgüterindustrien sinken die Preise der Rohstoffe weit stärker als die der Fertigwaren, und die vornehmlich durch das Ausland bestimmten Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren ermäßigten sich ebenfalls rascher als die inlandsbestimmten Preise. In beiden Fällen zeigt sich jedoch in der jüngsten Zeit ein gewisser Rückschlag, der möglicherweise den Beginn einer leichten Schließung dieser Scheren darstellt. Die Fertig-

warenpreise sind im November dem Sturz der Rohstoffpreise in einem sehr starken Umfang gefolgt, während sie bisher weit hinter ihm zurückblieben; außerdem sinken neuerdings die vom Ausland bestimmten Preise, die seit dem Frühjahr 1928 ständig abnehmen, nicht mehr ganz so stark wie bisher, während die Intensität des Rückgangs bei den inlandsbestimmten Preisen, die erst seit Ende 1929 sinken, eher zugenommen hat. Es scheint danach, als ob der Depressionsdruck von dem Weltmarkt her etwas abzunehmen beginnt.

Im Oktober sind die Umsätze der Warenhäuser auf 91,6% der entsprechenden Vorjahreszahl zurückgegangen, nachdem im September eine Erhöhung von 94,5 auf 98,5 % eingetreten war. Das mengenmäßige Umsatzvolumen kann jedoch höher gewesen sein als im Oktober 1929, da die Preise im Durchschnitt wohl um mehr als 9 % unter der Höhe des vorigen Jahres standen. Mit Sicherheit ist eine Umsatzsteigerung in den Lebensmittelabteilungen festzustellen; trotz des Preisrückgangs gingen nämlich sogar die Wertumsätze dieser Abteilungen um 7,6 % über die Vorjahreszahlen hinaus. Dagegen lagen die Mengenumsätze in der Bekleidung anscheinend niedriger als im Oktober 1929; wegen der feuchten und kühlen Witterung hatte das Herbstgeschäft bereits im September eingesetzt.

Mit 8,52 RM Wochenumsatz je Mitglied lagen die Umsätze der Konsumvereine im Oktober über dem Septemberniveau; hinter dem saisonmäßig zu erwartenden Stand blieben sie jedoch zurück. Ob unter Berücksichtigung der Preissenkung eine Minderung des Mengenumsatzes stattgefunden hat, ist nicht festzustellen.

Soweit die verfügbaren Statistiken einen Einblick in den Arbeitsmarkt gestatten, war die Verschlechterung in der Lage dieses Marktes während der letzten Wochen nicht ganz so groß, wie nach der Jahreszeit zu erwarten gewesen wäre: Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat in der zweiten Novemberhälfte um 127 000 (auf 1 738 000) zugenommen, während sie sich zur gleichen Zeit des Vorjahres um 155 000 erhöhte. Die Zahlen der Krisenunterstützten sind leider wegen der geänderten Unterstützungsvorschriften nicht untereinander vergleichbar. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden bei den Arbeitsämtern betrug Ende November 3,76 Millionen, d. h. 5,7 % mehr als Mitte des Monats. Innerhalb jener Berufsgruppen, deren Beschäftigung vorwiegend von dem Konjunkturablauf abhängt, ist eine Steigerung um 2,3 % festzustellen. Diese Zahl ist zwar nicht besonders groß, da auch in ihr eine gewisse Saisonbewegung enthalten ist. Es wäre jedoch verfrüht, sie als das Zeichen einer konjunkturellen Belebung des Arbeitsmarktes aufzufassen.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Vorsorgliche Wechseleinreichungen bei der Reichsbank

Die Ultimovorbereitungen haben frühzeitiger als sonst begonnen. Man ersieht das aus dem Reichsbank-Ausweis, der diesmal allerdings schon vom 6. Dezember datiert: Er zeigt eine auch unter Berücksichtigung dieser Tatsache nur geringfügige Entlastung. Nur die Lombards sind stärker — um 156 Mill. RM — zurückgegangen; sie betragen noch 76 Mill. RM; schon bei den Reichsschatzwechseln beschränkte sich die Abnahme auf 40 Mill. RM, so daß ein Bestand von 66 Mill. RM verbleibt. Das ist dem Reich insofern nicht angenehm, als es auf einen stärkeren Absatz von Reichsschatzwechseln in der nächsten Zeit angewiesen ist. Die Wechsel und Schecks zeigen nur eine Abnahme um 3 auf 2000 Mill. RM. Der Rückgang der gesamten Ausleihungen beschränkt sich also auf 99 Mill. RM gegen 228 Mill. RM vor einem Jahr. Daneben sind allerdings die sonstigen Aktiven nach Abzug der darunter verbuchten Rentenbankscheine um 47 Mill. RM zurückgegangen, was auf eine entsprechende Tilgung von Darlehen an das Reich schließen läßt. Die geringere Abnahme der Ausleihungen hängt offensichtlich mit Vor-

ratsdiskontierungen zusammen, die diesmal schon Anfang Dezember — also weit früher als sonst — erfolgt sind, offenbar mit Rücksicht auf die Unsicherheit der politischen Lage, die vor Bekanntwerden der Abstimmungsergebnisse im Reichstag herrschte.

1930	Berlin				Frankfurt a. M.		
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monatsgeld	Warenwechsel	Schecktausch	Warenwechsel
4. 12.	4 7/8	4 7/8	5 9/16—7 1/2	6 1/4—7 1/2	5 1/4—5 8/8	4 1/2	5 8/8
5. 12.	4 7/8	4 7/8	5 9/16—7 1/2	6 1/4—7 1/2	5 1/4—5 8/8	4 1/2	5 8/8
6. 12.	4 7/8	4 7/8	5 1/4—7	6 1/2—7 1/2	5 1/4—5 8/8	4 1/2	5 8/8
8. 12.	4 7/8	4 7/8	5—6 1/2	6 1/2—7 1/2	5 1/4—5 8/8	4 1/2	5 8/8
9. 12.	4 8/8	4 8/8	4—6 1/2	6 1/2—6 8/4	5 1/4—5 8/4	4 1/2	5 8/8
10. 12.	4 8/4	4 8/4	4—6	6 1/2—6 8/4	5 1/4—5 8/4	4 1/2	5 8/8

Infolgedessen war der Geldmarkt zunächst reichlich versorgt, was in einer Ermäßigung der Sätze für tägliches Geld auf 4—6% und in einer Herabsetzung des Privatdiskonts auf 4 3/4 % zum Ausdruck kam. Mit Rücksicht auf die leichte Geldlage ist es sogar gelungen — allerdings noch vor der Herabsetzung des Privatdiskonts —, einige Reichsschatzwechsel mit Fälligkeit am 5. März 1931 zu placieren. Monatsgeld liegt mit 6 1/2—6% % sehr teuer, entsprechend dem hohen Satze für Leihdollars, die selbst von ersten Adressen mit 4 1/2—4 1/2 % bezahlt wurden. Allerdings machten die fälligen Prolongationen auch über den Jahres-schluß hinweg keine Schwierigkeiten.

Goldimporte aus England

Auf dem Devisenmarkt befestigte sich zwar das Pfund; es ist gegenüber dem Dollar am 10. Dezember auf 4,8585 gestiegen. Aber die Reichsmark ist ebenfalls international heraufgegangen als Folge von Devisenrealisationen zum Zwecke der Ultimogeldbeschaffung und als Folge erheblicher Exportdeviseneingänge: Der Pfundkurs in Berlin hob sich nicht über 20,359. Schon am 4. und 5. Dezember hatte eine Berliner Großbank zum Kurse von 20,3570 Gold aus England importiert, und zwar im Betrage von 500 000 £, woraus sich der im Reichsbank-Ausweis entstandene Goldzuwachs um 10,28 Mill. RM (neben 12,12 Mill. RM Devisenzugang) erklärt. Obwohl der betreffende Kurs keine Gewinnmarge ließ, hat man diese Transaktion durchgeführt, um durch die beabsichtigten — ebenfalls mit der Ultimofinanzierung zusammenhängenden — Devisenverkäufe keinen Kursdruck auszulösen. Das Gold ist bei der Bank von England abgezogen und der Kölner Filiale der Reichsbank eingeliefert worden, die anders als die Bank von Frankreich auch das Gold von dem Feingehalt annimmt, das die Bank von England jetzt ausschließlich abgibt. Diesen Goldeinfuhren sind am 9. und 10. Dezember weitere gefolgt.

Berlin Mittelkurs:	4. 12.	5. 12.	6. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.
New York	4,193	4,193	4,193	4,192	4,191	4,191
London	20,36	20,36	20,36	20,36	20,36	20,36

Die Warenmärkte

Vor zwei Wochen wurde an dieser Stelle von dem Umschwung auf den Eisenmärkten

berichtet, der z. B. die Stabeisenpreise binnen wenigen Tagen um etwa 10 s hatte steigen lassen. Seitdem hat sich die Lage nicht wesentlich geändert, obwohl der Neueingang von Aufträgen in der letzten Zeit wieder etwas schleppender geworden zu sein scheint. Der größte Teil der Werke in den Frankenkändern ist jedoch mit Aufträgen bis über die Jahreswende versehen, und man tritt in weiten Kreisen die Ansicht, daß vor Aufarbeitung dieser Aufträge wesentliche Schwankungen der Preise unwahrscheinlich sind. Nominell werden übrigens für Stabeisen in einzelnen Fällen bis zu 4/10/— £ verlangt; im Durchschnitt liegen jedoch die Forderungen noch immer zwischen 4/6/— £ und 4/8 1/2/— £. In der Zeit der steigenden Preise hat auch das überseeische Ausland größere Posten aufgenommen, insbesondere Ostasien und Südamerika. Die deutschen Werke haben ebenfalls größere Ausfuhraufträge gebucht, das Inlandsgeschäft bleibt je-

doch ruhig. In der letzten Sitzung der I. R. G. ist diese erneut vorläufig verlängert worden, und zwar jetzt um 6 Monate.

Die Lage in Großbritannien wurde von diesen Veränderungen nur zu einem Teil beeinflusst; im allgemeinen war das Inlandsgeschäft verhältnismäßig ruhig. Die Berichte aus Amerika lauten wieder merkbar schwächer. So waren z. B. im November nur 107 von 314 Hochöfen unter Feuer; im Bezirk von Youngstown arbeiteten von 51 SM-Öfen der unabhängigen Werke lediglich 17; der Durchschnitt der Beschäftigung liegt bei etwa 40 %; der Auftragsengang hat sich verlangsamt, und die Preise haben auf der ganzen Linie weiter nachgegeben. — Auch auf den

Metallmärkten

ist die Stimmung wieder unsicher und zuletzt schwach geworden. Die am Schluß des letzten Berichts erwähnte Kaufwelle für *Kupfer* war viel geringer als die früheren. Sie dauerte kaum zwei Tage, dann gaben die Forderungen der zweiten Hand wieder erheblich nach, und auch die Notierungen an der Londoner Börse bröckelten rasch ab. In Amerika soll die Kongreßbotschaft des Präsidenten den Markt verstimmt haben, da sie die erhoffte Ankündigung nicht enthielt, daß man versuchen werde, die Antitrust-gesetze zu lockern.

Der *Bleimarkt* lag sehr ruhig; die Pool-Gruppe stützt weiter mit mäßigem Erfolg, war aber in der letzten Zeit wieder genötigt, ziemlich erhebliche Mengen auf Lager zu nehmen. Bei *Zink* drückt der Zusammenbruch der Kartellverhandlungen noch immer, da anscheinend manche Kreise im Handel und in der Produktion auf Erfolge gerechnet haben; man spricht von größeren Hüttsenschließungen. Vorerst ist das Angebot jedoch — insbesondere von Elektrozink — sehr erheblich.

Zinn lag gedrückt, obgleich die November-Statistik, die einen um 1200 t erhöhten Vorrat auswies, den Erwartungen ungefähr entsprach. Anscheinend werden die Verschiffungen Ostasiens zum Jahresende nicht in dem Maße abnehmen, wie man gehofft hatte. Der Verbrauch ist hingegen, wie stets um diese Zeit, sehr klein geblieben. — Auf den

Kohlenmärkten

regen die noch immer nicht beigelegten Arbeiter-Schwierigkeiten in den meisten englischen Bergbaubezirken nur in sehr bescheidenem Maße an. Die Umsätze sind wieder recht klein geworden, nachdem die Furcht vor einem allgemeinen Ausstand beseitigt ist. Im allgemeinen schleppt sich das Geschäft langsam hin, wobei zum Teil auch die herankommende Inventurzeit mitspricht, in der die Kohlenverbraucher gern möglichst kleine Lager haben.

Die Unsicherheit auf den Getreidemärkten

hat auch in der letzten Woche angehalten. Zwar ist die leitende Stelle bei der Verkaufsgesellschaft des Kanada-Pools wieder besetzt worden. Aber damit ist lediglich eine *Vorbedingung* für die allmähliche Klärung der Verhältnisse geschaffen. Bezeichnend für die auch jetzt noch bestehende Unsicherheit ist die große, in der letzten Zeit sich noch ausweitende Spanne zwischen den Preisen in Chicago und in Winnipeg. In Chicago sind die ersten Dezember-Andienungen vom *Farmamt* aufgenommen worden, das jetzt angeblich auch für Mai kauft. Andererseits liegt dem Kongresse ein Antrag vor, die Mittel des *Farmamts* um 100 Mill. \$ zu kürzen. — Über die *argentinischen* Rostschäden sieht man noch immer nicht klar. Die großen argentinischen Ablader halten zwar mengenmäßig etwas zurück, folgen aber mit ihren Preisen den Weltmarktschwankungen. Es sollen größere Charterungen für den La-Plata erfolgt sein, was nicht für die Erwartung großer Schäden spricht.

Für den *deutschen* Markt waren die Abwicklung der Dezemberlieferungen und die neue Notverordnung richtunggebend, obgleich sich der Markt durch diese und durch die gleichzeitige Verlängerung der 80 %igen Weizenbeimahlungsquote für Dezember und Januar weit weniger anregen ließ, als die Väter dieser Maßnahme er-

wartet hatten. Im ganzen sind die für Dezember nicht andienbaren Mengen bisher über die erste Schätzung (von etwa 15 %) nicht hinausgegangen; gut die Hälfte der Ware, die von der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft übernommen wurde, zeigt Minderwert. Das heißt nichts anderes, als daß die Haltbarkeit des Roggens heute schon zweifelhaft ist, obwohl die letzten kälteren Tage die gegenwärtige (für den Minderwert entscheidende) Beschaffenheit vorübergehend etwas gebessert haben. — Entgegen der Erwartung ist der Preis für *vergälten* Roggen nicht in die Höhe gesetzt worden; er soll angeblich während des ganzen Monats auf der bisherigen Höhe bleiben. Die Gründe für diese Zurückhaltung sind nicht recht zu erkennen, es sei denn, daß man der schlechten Beschaffenheit der Ware Rechnung tragen will und den Tausch von zu kaufendem Futterroggen gegen zu verkaufenden Mahlroggen zu verhindern gedenkt. Die Festigkeit des Marktes für *Futtergetreide* hat angehalten; auch die anderen Futtermittel wurden mitgezogen, zumal in den letzten Tagen die Forderung eines Ölkuchen-Zolls immer lauter erhoben wird. Der *Saatensand* ist im allgemeinen über Durchschnitt; die Bestellung ist so ziemlich beendet; spät bestelltes Getreide zeigt an einigen Stellen Nasseschäden.

Das Abbröckeln der Baumwollpreise

hat sich auch in der Berichtswoche fortgesetzt. Von der „vorläufigen Schlußschätzung“ der Baumwollernte in der Union mit 14,24 Mill. Ballen ging keine wesentliche Anregung aus, obgleich sie etwas niedriger war, als allgemein erwartet wurde. Eine gewisse Stütze boten dem Markte vorübergehende Deckungskäufe, zu denen die Beobachtung anregte, daß die Genossenschaften noch immer kaufen. Das Geschäft in den weiterverarbeitenden Bezirken hat sich im allgemeinen nicht gehoben; zuletzt lagen Nachrichten über etwas besseren Warenabzug in China vor, die aber nicht einmal den englischen Markt merkbar beeinflussten. — Im weiteren Verlauf der

Wollversteigerung

vermochten sich zum Teil bescheidene Preisaufschläge gegenüber den Anfangsnotierungen durchzusetzen, ohne daß sich der Grundton wesentlich verändert hätte. Es wurde zeitweilig ziemlich lebhaft gekauft; aber auch die Zurückziehungen blieben groß. Die Reihe wird überdies um zwei Tage gekürzt, was die Kleinheit des Geschäfts deutlich erkennen läßt.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Neue Abschwächungen

Nachdem in der Vorwoche die Tendenz als Reaktion auf die vorangegangenen Abschwächungen verhältnismäßig fest war, vollzogen sich in den letzten Tagen neue Abschwächungen, die sich allerdings in engem Rahmen hielten und bei recht bescheidenen Umsätzen zustande kamen. Geschäfte kommen fast ausschließlich durch das Zurückströmen früher im Ausland placiierter Effekten zustande; sie werden nur durch solche Stellen aufgenommen, die sich die Kurspflege zur Aufgabe gesetzt haben. Dazu kommt, daß die Kulisse die Tendenz nur kurzfristig zu beeinflussen vermag.

Trotzdem hängen die Einzelschwankungen stark von dem Verhalten der Kulisse ab, die sich in der letzten Zeit von politischen Vorgängen sehr beeinflussen ließ. Bis zum Samstag, also bis zu der entscheidenden Reichstagsitzung, die zur Durchsetzung der Notverordnung führte, verhielt sich die Kulisse still; denn sie war über den Ausgang der Reichstagsabstimmung völlig unsicher. Nachdem die entscheidende Abstimmung vorlag, trat aber die vielfach erhoffte Befestigung nicht ein; denn der Eindruck der Reichstagsabstimmung wurde durch den ungünstigen Eindruck anderer Vorgänge übertroffen. So hat z. B. die am Sonntag in München gehaltene Rede des früheren Reichs-

bankpräsidenten Dr. Schacht wegen der darin enthaltenen politischen Exkurse ebenso verstimmt wie die etwa gleichzeitig veröffentlichte Rede des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey, dessen Ausführungen allerdings nachträglich als mißverstanden bezeichnet wurden. Auch der Vierteljahrsbericht des Instituts für Konjunkturforschung hat die Börse sehr betroffen, obwohl er im wesentlichen nur vorhandene Erkenntnisse bestätigte.

Am Montag häuften sich plötzlich an der Börse die *amerikanischen Verkäufe*, die während der letzten Wochen fast nie ganz aufgehört hatten. An diesem Tage hat Amerika nicht nur deutsche, sondern auch englische und holländische Aktien in erheblichem Umfange auf den Markt geworfen, so daß die Ursache der Verkäufe — wenigstens am Montag — nicht in einer ungünstigen Beurteilung deutscher Effekten liegen kann. Der Grund war vielmehr der, daß eine bedeutende Bankfirma in Boston mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die aber anscheinend überbrückt werden konnten, ohne daß die Gläubiger etwas davon verspürten. Nach vorübergehender Befestigung trat am Mittwoch eine neue Abschwächung ein, wobei der ungünstige Eindruck der *Straßendemonstrationen* in Berlin und auswärts mitgesprochen haben soll.

Besonders gedrückt lagen jene Werte, die früher in größeren Posten in Amerika placiert worden sind, z. B. *Elektromerte und Bankaktien*. Eine Ausnahme machten nur *Reichsbank-Anteile*, da mit der Ausschreibung des Bezugsrechts auf Golddiskontbank-Aktien nun unmittelbar gerechnet wird. Ferner waren *Kohlenwerte* zeitweise fest, weil man auf Grund der sozialen Differenzen im englischen Kohlenbergbau einen neuen Kohlenstreik in England erwartete. Nachdem die entscheidende Abstimmung der englischen Kohlenarbeiter die Streikparole verworfen hatte, gingen die Kursgewinne wieder verloren. Eine kräftige Steigerung erfuhren *Aschaffener Zellstoff*, im Anschluß an die neue Transaktion (vgl. S. 2504). Da die Bezahlung des zu erwerbenden Objekts in Form von Aktien geschehen soll, nimmt man an, daß für Abrechnungszwecke der Kurs manipuliert wurde. Auch *Thüringer Gas* waren wieder erhöht, da offenbar noch Stimmen für die bevorstehende Generalversammlung angesammelt wurden. Etwas Nachfrage bestand auch für *Canada Ablieferungsscheine*; in einer offiziellen Darstellung war darauf hingewiesen worden, daß die Inhaber dieser Scheine die ihnen nach dem Kriegsschadenschlußgesetz zustehende Entschädigung erheben können, ohne ihrer Ansprüche aus einer etwaigen späteren Freigabe des deutschen Vermögens durch Kanada verlustig zu gehen.

Frankfurter Börse

Die Stimmung der Börse war ausgesprochen schlecht; alle Anregungen — wie unveränderte Industriedividenden (z. B. Licht und Kraft, Brauereigesellschaften usw.) — blieben wirkungslos. Für die großen Werte senkte sich das Niveau trotz einiger Deckungskäufe. *I. G. Farben* schlossen mit 129½ gegenüber 153½ % zu Beginn der Berichtsperiode. Wesentlich war der Kursrückgang in den *Kaliverten*, bei denen sich neben ausländischen Abgaben die stark rückgängigen Absatzzahlen des Syndikats auswirkten. *Hirsch-Kupfer* gewannen zeitweise erheblich auf den nicht ungünstigen Situationsbericht, der inzwischen zur Veröffentlichung gelangt ist. Starkes Interesse fand der Markt der *Zellstoffwerte*. *Waldhof* erlitten einen neuen Rückfall bis nur noch wenig über pari, da die Aschaffener Zellstoff-Kombination mit Hoesch-Pirna als gegen die Waldhofer Machtposition gerichtet empfunden wurde; andererseits zogen Aschaffener Zellstoff von 73½ auf 81 %; später standen sie allerdings wieder 77½ %: Man erwartet eine Aktienemission und teilweise auch weitere Angliederungstransaktionen, und vermutet außerdem, daß nunmehr ein wesentlicher Teil des locker gewordenen Majoritätspakets aus dem Besitz der Firma Albert in Amöneburg endgültig placiert ist, und zwar zu Kursen, die wahrscheinlich weit über dem Börsentagespreis liegen.

Interesse erhielt sich dauernd für Verein für Chemische Industrie bei Kursen zwischen 67 und 66 %. Der Aktienkurs der Frankfurter Maschinenbau Pokorny & Wittkind wurde nach einem Rückfall bis 11 % gestützt; das angeforderte Material konnte indessen erst nach *Notierungspause* bei 12½ % beschafft werden. Süddeutsche Zucker AG, wurden auf die internationalen Zuckerverhandlungen bis 140 % gesucht. Gebr. Junghans waren ebenfalls verlangt ohne ausreichendes Material (Kurstaxe 52 %). Luxemburger Internationale Bank gingen auf 3 % Brief nach 5,40 % zurück.

Der *Einheitsmarkt* zeigte wieder recht trostlose Verhältnisse. Nur wenige Werte fanden Interesse, so Nähmaschinenfabrik Gritzner (nur einige Prozent erhöht auf 26), Keramische Werke Offstein erneut ohne Material gesucht, Mainzer Actien-Brauerei befestigt auf 146 nach 141½ auf die Erklärung von wieder 13 % Dividende, Schöffershof notierten bei Aussicht auf eine Dividende von 20 % 194 nach 190. Chemische Werke Albert gewannen von 23 auf 28 nach dem Bekanntwerden des Verkaufs von Aschaffener-Zellstoff-Aktien. Im übrigen lag der Einheitsmarkt aber sehr trostlos, viele Werte konnten mangels Kursfürsorge und Aufnahme nicht immer notiert oder mußten rationiert werden, so Strohstoff Dresden (später 120 nach 123¼), Bürstenfabrik Erlangen, Lederfabrik Spier (zuletzt 35), Chamotte Annawerk (später 70 nach 71), Unterfranken (später 95), Broncefarnwerke Schlenk (etwa 99), Schneider & Hanau (später 22), Cement Karlstadt (Taxe 75 gegen zuletzt 119), Schnellpressenfabrik Frankenthal (22 nach 24), Vereinigte Werkstätten, Lübeck — Büchener Eisenbahnen (bei befürchteten Dividendenausfall später 50 nach 70), Gebr. Adt (10½ nach 12), Beck & Henkel (11½ nach 12), Ludwigshafener Walzmühle (später 81 nach 82), Hessen-Nassau Gas (Schätzung 99 nach 101).

	4. 12.	5. 12.	6. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.
Dt. Effecten- u. Wechselbank	98½	98	96	96	96	96
Frankfurter Bank	93	93½	93	93½	93½	93½
Frankfurter Hypotheken-Bank	143	143	143	144	144	145
Cementwerk Heidelberg	—	72	72,6	72	71½	72
Scheidanstalt	129½	129	127¾	127¾	127	128
Frankfurter Hof	45	45	45	45	45	45
Hanfke, Füssen-Immenstadt	5¼	5,8	—	49	—	49½
Henninger Brauerei	—	—	—	135	—	—
Hochtief	82½	82½	82½	82½	82	82
Holzmann	78½	—	74½	78	—	—
Main-Kraftwerke	—	63¾	61,7	63½	63½	63¾
Metallgesellschaft	—	83½	83½	—	82½	82
Maschinenfabrik Moenz	—	25	25	25	25	25
Ludwigshafener Walzmühle	—	—	80	81	81	—
Tellus Bergbau u. Hüttenind.	64	63	63	63	63	63
Verein f. chem. Industrie	67	66¾	67	66	65½	66½

Hamburger Börse

Die freundlichere Beurteilung der Lage, die der Vorwoche ihr Gepräge gab, ist einer erheblichen Resignation gewichen. Die Kurse gingen auf fast allen Gebieten bei kleinem Geschäft zurück. — Auf dem *Schiffahrtsmarkt* verloren Hapag, die auf 67½ % sanken, 4 %; Lloyd gingen um 5½ auf 69½ % zurück. In Hapag-Aktien kam verschiedentlich größeres Angebot heraus, bei dem es sich aber wahrscheinlich weniger um echte Leerverkäufe als um Abgaben gegen bestehende Engagements gehandelt hat. Hamburg-Süd, die sich nach einem scharfen Rückgang in der Vorwoche um 19 % erholen konnten, gewannen anfangs weitere 4 %. Als jedoch die Tendenz umschlug, hörte die Deckungsnachfrage auf, so daß die Aktien 12 % ihres Höchstkurses einbüßten. Diese Kursreduktion ist jedoch nicht auf neue Abgaben, sondern lediglich auf das Aufhören der Eindeckungen zurückzuführen. Da zu den niedrigeren Kursen stets Nachfrage bestand, dürfte immer noch ein Découvert bestehen. Hansa-Aktien, in denen es zu kleineren Umsätzen kam, gingen auf 126 (—2 %) zurück. Afrika Reedereien blieben mit 50 angeboten, dürften aber auch erheblich billiger zu haben sein. Flensburger und Ozean Reedereien wurden zu 50 angeboten. Lübeck-Büchener waren stärkeren Schwankungen unterworfen. Auf Gerüchte, daß der ungünstige Geschäftsgang nicht die Aufrechterhaltung der Vorjahrsdividende (5 %) gestatte, ging der Kurs um 12 % auf 48 zurück. In den

letzten Tagen zeigte sich wieder einiges Interesse, so daß die Aktien am Schluß mit 56½ gesucht blieben. *Hochbahn* blieben mit 65¼ (- 1 %) verhältnismäßig behauptet.

Von *Bankwerten* waren Hamburger Hypothekbank vorübergehend mit 146 gesucht, gingen aber später auf 144½ zurück. Vereinsbank konnten sich mit 99 knapp behaupten. Schleswig-Holsteinische Bank standen bei 112¼ (- 1¼).

Karstadt-Aktien lagen wieder unter stärkerem Druck; der Kurs ging um 6 % auf 79½ zurück. Es soll verschiedentlich Material für amerikanische Rechnung auf den Markt gekommen sein; andererseits ist das Interesse der Börse für Karstadt erheblich zurückgegangen, nachdem die Verwaltung eine Beteiligung der Aktionäre an einer Kapitalerhöhung der Epa bestritten hat. Die Verwaltungsbanken, die vor einiger Zeit den Kurs regulierten, halten sich seit Wochen vollkommen zurück. Auch in Karstadt-Aktien dürften zweifellos noch größere Baisse-Engagements bestehen. Im Gegensatz hierzu haben die ausländischen Verkäufe in *HEW-Aktien* aufgehört; der Kurs bröckelte jedoch der allgemeinen Tendenz folgend um 2¼ % auf 103¼ ab. Dagegen waren Nordwestdeutsche Kraftwerke, für die seit einiger Zeit Interesse besteht, abermals um 3 % höher (157 %). Von *Brauereien* lagen *Holsten* mit 138 7 % schwächer. *Bavaria* gingen auf 161 (- 2 %) zurück, während *Elbschloß* und *Billbräu* ihre Kurse behaupteten. Der Kurs für *Dolberg Maschinen*, der zuletzt 80 notierte, ist seit einiger Zeit gestrichen, da keine Nachfrage besteht. Bei 70 %, vielleicht auch noch etwas niedriger, dürfte bereits Material zu haben sein. Stärker abgeschwächt waren *Hell & Sthamer*, die bei kleinem Angebot auf 55 B (-8) zurückgingen. Im einzelnen waren *fester Wiemann Leder* 105, *Markt- und Kühlhallen* 112 und *Stader Leder* 58½; niedriger lagen *Vereinigte Jute* 20 B (-5), *Zement Hemmoor* 117 (-3), *Thörl* 57 (-2) und *Harburg Phönix* 50 (-1).

Auf dem *Kolonialmarkt* war die Tendenz uneinheitlich. *Neu-Guinea* gingen unter Schwankungen von 260 auf 205 zurück. *Deutsche Handels- und Plantagen* wurden mit 60 gesucht, während *Genußscheine* unverändert 55 G blieben. *Schantung* waren mit 88 G knapp behauptet, *Guatemala* blieben mit 60 gesucht. Von unnotierten Werten waren *Deutsche Togo* mit 150 12 % niedriger, ohne daß es zu größeren Umsätzen kam; *Salitrera* notierten 110 (-5), *Kaoko* 111 (-3); dagegen standen *Ekona* 24 (+3) und *Sloman* 77 (+6) höher. Von sonstigen unnotierten Werten waren *niedriger Deutsche Werft* 97 (-3), *New York Hbg.* *Gummiwaren* 135 (-3), *Deschimag* 25 (-2), *Reis- und Handels* 68 (-2), *Kühlhaus Lübeck* 85 (-2) und *Deutsche Gasolin* 35 (-1); höher lagen *Deutsche Petroleum* 65 (+3), *Untereibe Brikett* 57 (+2), *Kaffee Hag* 131 (+1) und *Gummiwerke Elbe* 100 (+1).

	4. 12.	5. 12.	6. 12.	8. 12.	9. 12.	10 12.
Deutsch-Ostafrika-Linie	—	50B	50B	50B	50B	50B
Woermann-Linie	—	50B	50B	50B	50B	50B
Flensburger Dampfercomp. . .	—	—	—	30	—	30B
Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei	162G	163B	161G	162	161G	161G
Bill-Brauerei	210G	210	210	210G	210G	210G
R. Dolberg	—	—	—	—	—	—
Eisenwerk Nagel & Kaemp. . .	98B	98B	98B	98B	98B	98B
Flensburger Schiffsbau G. . .	—	—	—	—	—	—
Lederwerke Wiemann	100G	100G	100G	100G	100G	100
Chem. Hell & Sthamer	—	—	—	54B	54B	54B
Chem. Fabr. Harburg-Stadtfuri	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G
H. Schlinck & Cie.	80	80	80	80G	80G	80
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	48G	48G	48G	48G	48G	48G
Malzfabrik Hamburg	116B	116B	116B	116B	116B	116B
Schwartauer Werke	23G	23G	23G	23G	24	24
Jaluit-Gesellschaft	52G	53G	53G	50G	50G	50G
dto. Genußscheine	39	39G	39G	39	39G	39
Deutsche Hand u. Plant.Ges.	63G	63G	63	66G	66G	60G
dto. Genußscheine	57G	60	60G	57½	57B	55

Pariser Börse

Die Börse versucht noch immer vergeblich, ihr durch die Erschütterungen der beiden letzten Monate gestörtes Gleichgewicht wiederzufinden. Nach den schweren Schlägen, die ihr die Oustric- und Devilder-Krisen zugefügt haben, sind es wieder einmal politische Sorgen, die ihren Horizont verdunkeln und die schwachen Ansätze zu einer Befestigung der Tendenz, die nach der wider Erwarten

glatten Abwicklung der Ultimoliquidation zu konstatieren waren, im Keime erstickt haben. Nicht daß die Börse vom Sturz des Ministeriums überrascht worden wäre. Von dem Augenblick an, da Tardieu seinen durch die geschäftliche Verbindung mit Oustric unheilbar kompromittierten Justizminister fallen lassen mußte — nach den letzten Feststellungen der parlamentarischen Untersuchungskommission hat Herr Péret bis zum Ausbruch des Skandals von Oustric für seine Gefälligkeiten ein festes Monatsgehalt bezogen —, war die Krise unvermeidlich geworden. Das Vertrauensvotum, das der Ministerpräsident selbst nach der ebenfalls nicht freiwilligen Demission von zwei Unterstaatssekretären seiner getreuen Mehrheit in der Kammer nochmals zu entreißen vermocht hat, war nur ein Aufschub gewesen, dem der in den Dingen der politischen Moral empfindlichere Senat sehr schnell ein Ende gemacht hat. Dem Kabinett Tardieu wird die Börse übrigens kaum allzu viele Tränen nachweinen. Es hat die weitgesteckten Hoffnungen, die man in den Kreisen von Wirtschaft und Finanz auf die Tatkraft und die vielgerühmte „realpolitische“ Einstellung seines Chefs gesetzt hatte, bitter enttäuscht. Statt der von ihm verheißenen Aera der Prosperität hat auch Frankreich die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise zu spüren bekommen, die, wenn auch in weniger katastrophaler Form als in den anderen Industrieländern, in zahlreichen Gewerbezeigen zu einer erpfindlichen Stockung des Geschäftsgangs geführt hat. Der Index der industriellen Produktion ist zwar seit dem Beginn des Jahres nur von 144 auf 137 (1913 = 100) gesunken. Immerhin ist in einigen der hauptsächlichsten Fertigwaren- und Exportindustrien der Rückgang bereits recht beträchtlich; so in der Textilindustrie mit 80 gegen 92 zu Beginn des Jahres, der Autofabrikation mit 600 gegen 685, der Kautschukverarbeitung mit 856 gegen 909, sowie vor allem in den Luxusindustrien, für die zwar die amtliche Statistik keine Zahlen angibt, die aber, wie die Krise im Diamantenhandel zeigt, durch die geschwächte Kaufkraft des Publikums bereits sehr stark in Mitleidenschaft gezogen sind.

Die Börse hatte die abgelaufene Woche zunächst in gefestigter Stimmung eröffnet. Die Intervention der Makler-Syndikate, die einen großen Teil der Devilder-Engagements aufgenommen und damit ein Element der Beunruhigung von dem Markt genommen haben, hat die Baissiers, die mit neuen schweren Erschütterungen gerechnet hatten, zu überhasteten Deckungskäufen gezwungen, die sich zwei Tage lang in lebhafteren Umsätzen und steigenden Kursen auswirkten. Die Zurückhaltung der Kundschaft aber ließ den Markt sehr rasch wieder in die seit Monaten gewohnte Atonie zurückfallen, und der Ausbruch der Regierungskrise brachte das Geschäft vollends zum Stillstand. Trotzdem hat das Kursniveau nur sehr geringe Einbußen erlitten und die Widerstandskraft, die der Markt den neuen Vorstößen der Baissiers gegenüber bewiesen hat, wird allgemein als ein Symptom für die Konsolidierung der markttechnischen Position angesehen. Die Hoffnung auf eine kräftige Fortsetzung der durch den Sturz des Ministeriums unterbrochenen Rekonvaleszenz dürfte unter diesen Umständen kaum übertrieben erscheinen. Der Gesundungsprozeß wird allerdings erst einsetzen können, wenn eine befriedigende Lösung der Regierungskrise der politischen Unsicherheit ein Ende gemacht haben wird. Die bereits seit einiger Zeit zu durchsichtigen Zwecken ausgestreuten Gerüchte, wonach eine weitere, durch die Masse und Qualität der von ihr kontrollierten Werte sehr bedeutende Gruppe — es soll sich um den bekannten Finanzier Octave Homberg handeln — mit ernststen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, wird in seriösen Börsenkreisen nachdrücklichst dementiert.

Französische Renten haben ihre günstige Lage behauptet und konnten neue, wenn auch bescheidenere Kursgewinne verzeichnen. Auf dem Markt der ausländischen Fonds waren es wiederum die Serben, die innerhalb einer Woche von 99,50 auf 114 gestiegen sind und im Mittelpunkt des Interesses standen. Die serbische Regierung hat die Banque de l'Union Parisienne mit der Bildung eines internationalen

Bankenkonsortiums zur Auflegung einer neuen serbischen Staatsanleihe beauftragt, und man schließt daraus auf eine baldige Bereinigung der seit Jahren schwebenden Divergenzen hinsichtlich der endgültigen Regelung der serbischen Kriegs- und Vorkriegsschulden. Die Young-Anleihe war mit 800 leicht abgeschwächt. Türken, die auf die Sonderausschüttung aus den Fonds der alten Dettos Ottomanes etwas angezogen hatten, fielen gegen Wochenende erneut zurück. Banken haben mit geringen Ausnahmen die Kursgewinne der Vorwoche zu behaupten vermocht. Elektrizitätswerte, für die sich neuerdings wieder ausländisches Interesse bemerkbar macht, schlossen durchweg befestigt. Chemische und schwerindustrielle Aktien wiesen keine nennenswerten Veränderungen auf. Die Aktien der verarbeitenden Industrien waren bei geringen Umsätzen matt und abbröckelnd. Die Differenzen bei Citroën, die zum Ausscheiden der Bank Lazard Frères geführt haben, haben den Kurs kaum berührt. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß die Gesellschaft finanziell heute so konsolidiert sei, daß sie auf Bankunterstützung verzichten könne. In Wirklichkeit sind die Interessen, die Lazard Frères in der Gesellschaft hatte, von der Banque de Paris et des Pays Bas übernommen worden. Petroleumaktien waren nach der Hausse der Vorwoche leicht rückläufig, Kautschukwerte bei geringen Umsätzen behauptet.

Young-Anleihe mit 71% ihren Stand behauptete. Kölner Stadtanleihe fiel von 82 auf 80, die Hamburger von 88 auf 87 und die Berliner von 79 auf 78. Leicht gebessert war nur die Dawes-Anleihe, die mit 101% nach 100% schloß. Schwächer waren wieder heimische Bahnenwerte: Great Western 68 statt 68%, London North East 6 statt 6%. Unter den ausländischen Bahnenwerten dagegen waren gebessert Antofagasta von 43½ auf 47 und Leopoldinas von 22½ auf 23%, während nahezu alle anderen fremden Bahnenwerte im Kurse nachgaben: Buenos Pacific, Canadian Pacific, Pennsylvania, Union Pacific. Auch die übrigen internationalen Werte waren in Übereinstimmung mit der New Yorker Tendenz gedrückt. (Braz. Traction 24 statt 25%, U. S. Steel 145 statt 150, Radio Corp. 14% statt 17, Hydro Electric 26% statt 27%). Ölwerte waren uneinheitlich, da einerseits beruhigende Erklärungen Deterdings, andererseits Befürchtungen über bevorstehende Preissenkungen vorlagen. Gummiewerte konnten teilweise anziehen: Rubber Plantation 24/6 statt 24/3. Auf dem Markt der Industrierwerte waren Kunstseidenanteile größeren Schwankungen ausgesetzt, Celanese hatten ihre Preise erhöht, trotzdem sanken die Aktien von 8/3 auf 7/9, Courtaulds gingen von 41/3 auf 40 zurück und Snia Viscosa von 8 auf 7/6, während British Enka sich unverändert auf 4 hielten.

	3. 12.	4. 12.	5. 12.	6. 12.	8. 12.	9. 12.
30% Staatsrente 1)	87.10	87.25	86.65	86.95	87.20	87.35
60% (1927)	104.80	104.80	105.00	104.95	104.90	104.95
Banque de France 2)	20800	20805	20800	20525	20800	20800
Banque de Paris et des Pays-Bas 3)	2705	2700	2720	2700	2720	2725
Crédit Lyonnais 4)	2385	2375	2385	2385	2390	2400
Paris-Lyon-Méditerranée 5)	1580	1572	1578	1576	1580	1580
Aériennes de Longwy 6)	1480	1451	1465	1450	1440	1430
Schneider & Cie (Creusot) 7)	1880	1865	1855	1855	1860	1859
Mines de Lens 8)	1080	1022	1024	1024	1033	1037
Cie. Paris. Je Distrib. Electr. 9)	2260	2265	2250	2276	2310	2330
Thomson-Houston 10)	633	633	625	625	645	643
Etablissements Kuhlmann 11)	750	749	745	743	749	750
L'Air Liquide 12)	1280	1261	1260	1255	1280	1310
Pechiney 13)	2295	2300	2275	2380	2280	2340
Citroën 14)	622	640	620	615	634	633

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000, 3) Fr 500, 4) Fr 400, 5) Fr 250

	3. 12.	4. 12.	5. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.
40% Funding Loan	94 3/4	95	94 3/4	94 1/2	94 13/16	94 15/16
London Midl & Soot Ord.	33	33 3/4	33 1/2	32 3/4	32 3/4	33
Central Argentine Ord.	58 3/4	57	55	56	56	55 1/2
De Beers Cons. Mines Def	5	5 3/8	5 3/8	5 1/4	5 1/4	5 1/4
Burmah Oil Co.	35 3/8	35 3/8	35 3/8	35 3/8	35 3/8	35 3/8
Anglo Dutch Plantation	25 3/8	25 3/8	25 3/8	25 3/8	26 0	26 0
Courtaulds	40/10	41/3	40 7/16	40	40	38 9
Imperial Chemical Industr.	19 6	19 3	19 1 1/2	18 10 1/2	18 7 1/2	18 4 1/2
Vickers	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 3	7 3
Rio Tinto Ord.	31 1/8	31 3/8	31 3/8	31 1/4	31 1/4	31 1/4
Aktienindex 1928=100	74.1	73.7	73.5	73.3	73.2	—
Abschlässe total	5132	4932	4932	5369	4891	—
Staats- u. Kommunalanl.	1468	1402	1338	1615	1373	—
Verkehr u. Public Utilities	908	853	940	1107	899	—
Handel u. Industrie	680	1028	1032	1902	1482	—
Bank, Versicherung	571	496	505	592	471	—
Minenwerte	322	326	307	410	440	—
Ölwerte	141	135	106	115	105	—
Gummi, Tee, Kaffee	92	94	104	118	121	—

Londoner Börse

Seit London unter dem Druck ausländischer Goldabzüge steht, kann man die merkwürdige Tatsache beobachten, daß mindestens vorübergehend die Flüssigkeit des Geldmarkts trotz der Beanspruchung der Goldreserven anhält. Auch in den letzten 14 Tagen war diese Erscheinung auffällig. Nachdem der Ultimo überwunden ist, ist tägliches Geld in London zu Sätzen zu haben, die sich zuletzt bis auf 1—1½ % senkten. Zugleich wurden auch Dreimonatswechsel mit höchstens 2½ % gehandelt, und es sieht beinahe so aus, als ob eher die bevorstehenden erhöhten Ansprüche des Staates (Arbeitslosenversicherung) als die ungünstige Lage auf dem Goldmarkt zu einer Verknappung des Geldmarkts führen wird. Auf über 2 Mill. £ beziffert der letzte Ausweis vom 4. Dezember die Goldverluste der Bank von England, und inzwischen haben sich die Abziehungen weiter fortgesetzt. Dabei ist einmal eine leichte Abschwächung des Dollarkurses bemerkenswert, während das Pfund gegen Paris — wie schon bisher — dauernd so schwach liegt, daß ein weiterer Goldabfluß rentabel ist. Hinzu kommen diesmal Ankäufe von deutscher Seite. Es handelte sich zu Anfang um kleinere Beträge, die gegenüber den französischen Käufen kaum ins Gewicht fallen, aber immerhin beweisen, daß die Reichsmark an den englischen Goldexportpunkt gelangt ist. Auf dem freien Londoner Markt hat der Preis für Gold seit der Rückkehr Englands zum Goldstandard seinen höchsten Stand erreicht.

An der Börse war das Geschäft an nahezu sämtlichen Märkten schwach, das Kursniveau wenig verändert. Unter den heimischen Anleihen war die Kursbewegung gering, unter den fremden ging die 5%ige Chinesische Anleihe von 1912 von 54 auf 52 zurück. Niedriger notierten auch die meisten deutschen Anleihen, insbesondere die 6% Münchener Stadtanleihe mit 72 statt 75, während die

New Yorker Börse

Über das Ergebnis der Reise Harrisons, der inzwischen nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, wird Stillschweigen bewahrt. Bekannt ist, daß Besprechungen zwischen den Direktoren der New Yorker Bundesreservebank, dem Präsidenten der Bundesreservebanken Eugen Meyer und Morgan stattgefunden haben, daß weiterhin eine Konferenz zwischen McGarran, Mellon und Eugen Meyer erfolgt ist und daß schließlich auch Hoover mit der Angelegenheit befaßt wurde. Es handelt sich um das Problem, in welcher Form die amerikanischen Goldreserven mobilisiert und zur Behebung der Schwierigkeiten einzelner europäischer Länder verwandt werden können. Wie weit die Frage der internationalen Schulden dabei erörtert worden ist, ist nicht bekannt. Es scheint vorläufig, als ob sich die Hilfsversuche zunächst auf Besserung der Londoner Geldmarktverhältnisse erstrecken sollen.

Bei der Bankfusion der vier New Yorker Institute, von der vor vierzehn Tagen an dieser Stelle die Rede war, sind Schwierigkeiten aufgetaucht. Es hat sich gezeigt, daß diejenige Bank, die an sich die schlechteste Position unter den Partnern einnimmt, zu hohe Quotenansprüche gestellt hat. Gemeint ist die Bank of the United States, die tatsächlich nicht sehr weit vor dem Zusammenbruch stand. Der ganze Charakter des Zusammenschlusses dieser vier größten Bank New Yorks geht am besten aus der Tatsache hervor, daß das Kapital der neuen Bank erheblich niedriger ist als die Summe der Kapitalien der einzelnen. Es handelt sich also um eine offensichtliche Sanierung. Schließlich sind diese Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden, und anscheinend wird dieser Fusionsbewegung jetzt kein neues Hindernis entgegengesetzt. Die stärkste Stellung innerhalb der Gruppe nimmt die Public National Bank and Trust Co. ein, während der von Gold-

mann Sachs kontrollierte Manufacturers Trust etwas zurücktritt. Auch sonst ist offenbar die Zusammenschlußbewegung der Banken noch nicht zum Abschluß gelangt. Zwei New Yorker Bankfirmen H. Cassel & Co. und Strupp & Co. werden Anfang nächsten Jahres die Fusion durchführen.

Auch die Insolvenzen der kleineren Banken der Provinz sind nicht zu Ende. In der letzten Woche haben wieder sechs Banken ihre Zahlungen eingestellt, zwei darunter in Jowa, die übrigen in Kalifornien, Arkansas, Illinois und Indiana. Die letzten Aufstellungen ergeben, daß von Januar bis November über 800 Banken mit mehr als 350 Mill. \$ Depositen ihre Schalter geschlossen haben.

Nach dem letzten Monatsausweis hat sich der Zahlungsmittelumlauf infolge des Ultimobedarfs um 50 Mill. \$ erhöht. Diese Zunahme ist keineswegs bedrohlich; verglichen mit dem Stand zur gleichen Zeit im Vorjahr bleibt der Notenumlauf noch um ¼ Milliarde zurück. Zum erstenmal seit langem hat sich der Rückgang der Maklerdarlehen so gut wie gar nicht fortgesetzt. Diesmal sind nur 11 Mill. \$ weniger an Börsenkrediten ausgiehen worden. Dagegen hat sich der Betrag der Kredite gegen Wertpapiere bei den berichtenden Mitgliedsbanken weiter vermindert und beträgt nur 7,76 Mill. \$ (statt 7,84 in der Vorwoche). Die Zinssätze auf dem freien Markt sind ganz außerordentlich niedrig, und den besten Beweis für die Flüssigkeit liefert die Tatsache, daß das Schatzamt beabsichtigt, Mitte Dezember 150 Mill. halbjährliche Zertifikate zu 1% % und 350 Mill. \$ zu 1% % zu emittieren, zu Zinssätzen also, wie sie noch nie für diese Zwecke üblich waren.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
2. 12.	186,82	107,16	5. 12.	181,11	103,84
3. 12.	184,11	105,44	6. 12.	178,37	103,11
4. 12.	180,99	104,32	8. 12.	176,39	100,46

Die Börse war nahezu an jedem Tag schwach, abgesehen vom 5. Dezember, an dem zum Schluß eine Erholung eingetreten ist. Einigen Rückhalt hatte zu Beginn der Woche die Meldung von Erhöhung der Stahlpreise durch die Bethlehem Steel und Carnegie Steel Corp. gegeben, die für das erste Quartal 1931 1 Dollar je Tonne aufschlagen wollen. (Nachdem einige Tage später auch noch die Republic Steel Corp., das drittgrößte Stahlwerk des Landes, die gleiche Preisherabsetzung vorgenommen hatte, sind Besorgnisse wach geworden, daß diese Preisaktion auf Verabredung erfolgt sein könnte, so daß das Justiz Department zu einer Untersuchung veranlaßt werden soll.) Überdies wird mit einem etwas größeren Auftragsbestand in der dicht bevorstehenden Veröffentlichung des Stahltrusts gerechnet. Trotzdem wurden auch die Eisen- und Stahlwerte in den allgemeinen Kursrückgang einbezogen, so daß American Can von 116% auf 112%, American Steel F. von 30% auf 27%, Bethlehem Steel von 62% auf 59% heruntergingen. Kupferwerte konnten sich teilweise besser halten. Chile Copper notierten zu Anfang und Ende der Woche unverändert 30, Anaconda dagegen gingen von 36% auf 33% zurück. Auf Radio Corp. wirkte die Nachricht ungünstig, daß die Produktion der zum Konzern gehörenden R. C. A. Victor Co. rückgängig sei, so daß der Kurs bis auf 14% sank. Schwach lagen auch Ölwerte, da mit weiteren Preisermäßigungen gerechnet wurde. Am schwersten betroffen bei dem allgemeinen Kursfall waren Eisenbahn-Aktien, von denen Atchison & Topeca von 187% auf 178% und Baltimore & Ohio von 73 auf 67 fielen.

	4. 12.	5. 12.	6. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.
U. S. Steel Corporat.	144 1/8	143 5/8	142 3/8	141 1/2	142	140 7/8
American Can Co.	115 1/2	115 1/4	115 3/4	111	112 1/2	111 5/8
Anaconda Copper	35 5/8	35 1/2	34 7/8	34 1/8	33 7/8	35
General Motors	34 3/4	35 1/2	34 3/4	34	34	33 1/2
Chrysler	17 3/8	17 1/2	16 7/8	16 1/2	16 3/4	16 3/8
General Electric	47 1/2	47 1/2	47 1/2	46 3/4	46 3/4	46
Am. Tel. & Telegr.	184 3/4	186	184 1/4	184	184	182 5/8
Radio Corporation	15 1/2	15 3/8	14 7/8	14 3/8	14 1/2	14 1/8
Allied Chemical	200	202	199	197	199	197
Standard Oil N. J.	53	53	52	51 1/4	51 3/4	51 1/2
Woolworth	60 1/2	60 1/2	60 1/2	59 3/8	59 1/2	58 3/4
Pennsylv.-Railr. Co.	59 1/2	59 1/2	59 1/2	57 3/8	57 1/2	55 3/8
Aktienumsatz (1000)	1586	1585	717	1970	1112	3141

Statistik

Preußische Staatsfinanzen im Oktober 1930

(Mill. RM)	Haushalts-soll + Vorjahrsreste	Oktober 1930	Sept. 1930	1. April bis 31. Okt. 1930
A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben¹⁾				
Aus dem Vorjahr:				
a) Zur Deckung restlicher Verpflichtungen aus dem Vorjahr zurückgestellte Restbestände	177,672			
b) Zur Deckung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1929 sind erforderlich	17,640			
Bestand	160,032			
I. Einnahmen				
1. Steuern:				
a) Landsteuile (ohne b ²⁾)	1 840,170	156,171	122,413	925,981
b) Anteile der Gemeinden (Gemeindeverbände) usw.	1 686,567	133,300	100,255	865,905
Steuern insgesamt	3 526,737	294 471	222,668	1 791,886
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe	69,985	4,498	-0,199 ³⁾	28,960
davon Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe	1,799	-0,424	-1,391	—
Verbleiben	68,186	4,922	-0,192	28,960
3. Sonstige Einnahmen:				
Justiz	217,753	15,451	16,552	100,257
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	81,328	2,070	1,996	12,501
Übrige Landesverwaltung ⁴⁾	457,516	34,939	34,593	226,822
Einnahmen insgesamt (abzüglich der Steuerüberweisungen an Gemeinden usw. und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	2 614,953	213,553	175,746	1 294,521
II. Ausgaben				
1. Justiz ⁵⁾	380,535	30,782	30,840	202,336
2. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	797,212	64,053	62,482	430,757
3. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	—	—	—	—
4. Wohnungswesen	183,778	14,235	8,241	78,184
5. Schuldendienst	83,738	8,280	3,146	30,586
6. Versorgungsgebühren	209,116	18,969	18,041	126,772
7. Sonstige Ausgaben ⁶⁾	935,291	81,194	80,189	493,654
Ausgaben insgesamt	2 589,670	218,003	200,939	1 362,289
Mithin: Mehrausgabe	—	4,450	25,193	67,768
Mehreinnahme	25,283	—	—	—

B. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Aus dem Vorjahr:				
Mehrausgabe	RM 22,580			
I. Einnahmen				
Insgesamt	— 15,550			43,110
darunter: (Anleihen)	(- 15,550)			(43,110)
II. Ausgaben				
1. Landeskulturwesen	1,576	1,507	30,652	
2. Verkehrswesen	0,369	0,336	3,317	
3. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	2,660	2,342	22,698	
4. Wohnungswesen	—	—	—	
5. Sonstige Aufgaben der Hoheitsverwaltungen	—	—	—	
6. Zuschüsse und Neuinvestitionen für Unternehmungen und Betriebe, sowie Vermögen	0,840	0,848	5,126	
darunter: Domänen und Forsten	0,840	0,848	5,044	
Bergwerke	—	—	—	
Verkehrsunternehmungen	—	—	—	
Elektrizitätswerke	—	—	—	
Ausgaben insgesamt	5,445	5,033	41,783	
Mithin: Mehrausgabe	20,995	5,033	18,673	
Mehreinnahme	—	—	—	

C. Abschluß				
I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben				
Bestand aus 1929				160,032
Mehreinnahme April bis Oktober 1930				67,768
zusammen Mehreinnahmen				92,264
II. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Vorschuß aus 1929				22,580
Mehreinnahme April bis Oktober 1930				18,673
zusammen Mehreinnahme				41,253
bleibt Bestand				61,011

D. Stand der schwebenden Schulden Ende Oktober 1930				
Schatzanweisungen				212,205
darunter auf Grund von Anleihegesetzen				12,205

1) Hier sind die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben und die außerplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben (ausschl. Anleihefonds) berücksichtigt. — 2) Ohne die am Schlusse des Rechnungsjahres 1929 verbliebenen und 1930 zur Ausschüttung kommenden Restbeträge an Kraftfahrzeugsteuer von 4,227 und an Gesellschaftsteuer von 1,338. — 3) Davon 20,794 Überschuß der Forstverwaltung bis Ende März 1930 aus dem seit 1. Oktober 1929 laufenden Forstwirtschaftsjahr 1930. — 4) Ohne Einnahmen bzw. Ausgaben an Steuern und an hinterlegten Geldern bei der allgemeinen Finanzverwaltung. — 5) Ohne Versorgungsgebühren.

Berliner Börsenkurse vom 4. bis 10. Dezember 1930

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Table with columns for Div. 0/0 and dates 4. 12, 5. 12, 6. 12, 8. 12, 9. 12, 10. 12.

Heimische Anleihen

Table for Heimische Anleihen with columns for Div. 0/0 and dates.

Ausländische Anleihen

Table for Ausländische Anleihen with columns for Div. 0/0 and dates.

Bank-Werte

Table for Bank-Werte with columns for Div. 0/0 and dates.

Bahnen-Werte

Table for Bahnen-Werte with columns for Div. 0/0 and dates.

Schiffahrts-Werte

Table for Schiffahrts-Werte with columns for Div. 0/0 and dates.

Automobil-Werte

Table for Automobil-Werte with columns for Div. 0/0 and dates.

Chemische Werte

Table for Chemische Werte with columns for Div. 0/0 and dates.

Elektrizitäts-Werte

Table for Elektrizitäts-Werte with columns for Div. 0/0 and dates.

Table for Hackethal Draht, Hamb. Elektr., Lahmeyer & Co., etc.

Kali-Werte

Table for Kaliwerk Aschersleben, Salzdorfurth Kali, etc.

Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien

Table for Berl. Masch. Schwarzk., Krauss & Co. Lokom., etc.

Maschinen- und Metallw.-Fabrik-Aktien

Table for Augsb.-Nürnberg. Masch., Bayerische Motoren, etc.

Montan-Werte

Table for Buderus Eisen, Gelsenkirchen Bgw., etc.

Textil-Werte

Table for Algem. Kunstzijde Unie, J. P. Bemberg, etc.

Sonstige Werte

Table for Aschaffenburg. Zellstoff, Basalt, Berger Tierbau, etc.

1) RM je Stück = 200 Schilling. — 2) Ferner 2% Bonus. — 3) Ferner 0,8% Bonus. — 4) Netto in Gold. — 5) Ferner 1,2% Bonus. — 6) Ferner 1% Bonus.

Deutsche Reichsfinanzen im Oktober 1930

(Mill. RM)	Hansth. Soll u. Rechn.-Soll der Vorjhr.-reste	Oktober 1930	Sept. 1930	1. April bis 31. Okt. 1930
A. Ordentlicher Haushalt				
Fehlbetrag am Schluß des Rechnungsjahres 1929	465,0			
I. Einnahmen:				
1. Steuern, Zölle und Abgaben	10 265,6	1 099,0	598,8	5 679,7
2. Dividende aus Reichsbahn-Vorzugsaktien	51,2	—	—	51,2
2a. Zuschuß des außerordentlichen Haushalts aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn	150,0	—	—	—
3. Überschüsse der Post und der Reichsdruckerei				
a) Post	186,5	—	10,0	91,5
b) Reichsdruckerei	4,4	—	—	—
4. Aus der Münzprägung	31,0	2,5	3,2	22,8
4a. Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank	40,1	—	—	—
5. Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft	660,0	55,0	55,0	385,1
6. Sonstige Verwaltungseinnahmen				
a) Arbeitsministerium	61,4	1) 25,7	1,1	8,7
b) Wehrministerium	16,0	2,3	1,6	1,0
c) Justizministerium	19,3	1,7	1,5	12,0
d) Verkehrsministerium	34,0	3,9	3,6	22,5
e) Finanzministerium	82,1	3,9	6,7	41,4
f) Übrige Reichsverwaltung	30,6	4,3	4,3	2,4
Einnahmen insgesamt	11 682,0	1 147,4	685,8	6 348,0
II. Ausgaben:				
1. Steuerüberweisungen an die Länder	3 387,3	362,3	185,2	1 980,9
2. Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschl. Ruhegehälter s. 3.)	858,3	68,8	69,7	487,7
3. Versorgung und Ruhegehälter einschl. der Kriegsbeschädigtenrenten	1 749,3	145,6	148,5	1 018,4
4. Innere Kriegslasten	364,3	46,6	6,5	162,4
5. Reparationszahlungen				
a) zu Lasten des Reichshaushalts	1 047,9	81,8	81,8	572,7
b) aus der Reparationssteuer der Diach. Reichsbahn-Gesellschaft	660,0	55,0	55,0	385,0
6. Sonstige äußere Kriegslasten	109,3	9,1	29,7	96,9
7. Sozialversicherung	441,2	44,3	37,7	261,5
8. Knappschaft	75,0	—	5,0	10,5
9. Invalidenversicherung	50,0	—	—	—
10. Kleinrentnerfürsorge	35,0	—	—	14,0
11. Krisenunterstützung	300,0	31,3	29,3	166,4
11a. Zahlung an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung zur Abgeltung der bei Durchführung der Krisenunterstützung entstehenden Kosten	11,0	1,3	—	1,3
12. Wertschaffende Arbeitslosenunterstützung	46,4	4,5	6,7	28,4
13. Notstock f. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung	50,0	—	—	50,0
14. Arbeitslosenversicherung	184,0	—	—	184,0
15. Darlehen f. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung	140,0	25,6	37,9	140,0
16. Reichsschuld:				
a) Verzinsung und Tilgung	187,3	8,3	5,5	100,1
b) Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	465,0	50,0	300,0	350,0
c) Anleiheablösung	327,3	3,7	2,0	91,2
17. Schutzpolizei	195,0	13,0	13,6	107,5
18. Münzprägung	10,0	0,8	0,2	3,6
19. Sonstige Ausgaben				
a) Reichstag	7,1	0,4	0,4	3,5
b) Auswärtiges Amt	29,8	2,4	2,7	16,0
c) Ministerium des Innern	39,3	5,0	2,9	21,6
d) Arbeitsministerium	77,1	7,5	4,9	32,1
e) Wehrministerium				
Heer	22,5	29,4	22,1	137,9
Marine	155,0	11,9	11,3	66,9
f) Ernährungsministerium	82,5	2,1	4,0	28,1
g) Verkehrsministerium	150,8	13,2	13,8	79,1
h) Finanzministerium	16,1	7,1	7,7	45,5
i) Allgemeine Finanzverwaltung	53,2	6,5	10,4	32,6
k) Übrige Reichsverwaltung	20,3	1,7	1,5	8,3
Ausgaben insgesamt	11 697,3	1 041,8	1 096,0	6 697,1
Mehrausgabe	—	—	410,2	349,1
Mehreinnahme	—	105,6	—	—
B. Außerordentlicher Haushalt				
I. Einnahmen:				
Insgesamt	1 339,0	1) 38,3	11,3	2) 670,1
(darunter aus Anleihen)	(812,0)	(—)	(—)	(487,1)
II. Ausgaben:				
1. Wohnungs- und Siedlungswesen	151,0	27,0	11,5	56,8
2. Verkehrswesen (Ausbau der Wasserstraßen)	72,2	6,6	10,6	54,2
3. Rückkauf von Reichsschuldverschreibungen	—	2,9	—	10,7
4. Einlösungen von Reichsschatzanweisungen und von Schuldscheinen-Darlehen	29,9	9,1	—	12,7
5. Darlehen zur Fortführung begonnenen Eisenbahnen	0,4	—	0,2	0,4
5a. Zuschuß an den ordentlichen Haushalt (s. A. I. 2a)	150,0	—	—	—
6. Innere Kriegslasten	69,4	1,1	5,1	6,2
7. Sondereinlage bei der Bank für international. Zahlungsausgleich	65,0	—	2,9	64,7
8. Übrige Reichsverwaltung	28,8	0,8	0,4	22,1
Ausgaben insgesamt	607,3	47,5	30,7	206,4
Mehrausgabe	—	9,2	19,4	—
Mehreinnahme	—	—	—	463,7

C. Abschluß

A. Ordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	485,0
Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	350,0
Mehrausgaben April bis Oktober 1930	349,1
Mithin Fehlbetrag	484,1

B. Außerordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	771,7
Mehreinnahmen April bis Oktober 1930	448,7
Mithin Fehlbetrag	308,0
Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt	772,1

D. Stand der schwebenden Schuld

	31. Oktober 1930	30. Sept. 1930
1. Unverzinsliche Schatzanweisungen	686,7	748,7
2. Umlauf an Reichswechseln	335,1	40,0
3. Kurzfristige Darlehen	133,0	83,0
4. Betriebskredit bei der Reichsbank	74,2	69,1
5. Schatzanweisungen für den Rumänien-Vertrag vom 8. Febr. 1929	15,0	15,0
6. Verpflichtungen aus früheren Anleihe-Operationen	5,7	5,8

1) Neben den laufenden Verwaltungseinnahmen sind 27,4 Mill. RM Rückzahlungen der Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbau enthalten, die zwecks Vereinnahmung beim außerordentlichen Haushalt von den Einnahmen des ordentlichen Haushalts wieder abgesetzt worden sind

2) Darunter 100,5 Mill. RM aus der Auflösung des Reservefonds des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen und 23,9 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

	30. 11. 1930		31. 10. 1930	
	Schweiz. Fr	%	Schweiz. Fr	%
Aktiva				
Kasse und Bankguthaben	4 279 270	0,2	4 628 149	0,3
Zinsgelder				
a) auf Sicht	71 393 192	3,8	28 930 980	1,6
b) bis zu 3 Monaten	1 050 808 257	56,0	999 134 336	56,0
c) 3 bis 6 Monate	134 411 254	7,2	156 847 238	8,8
Rediskontierbare Anlagen (Einstandspreis)				
a) Handelswechsel und Bankakzepte	239 983 112	12,8	224 965 234	12,6
b) Schatzwechsel	170 765 771	9,1	166 547 435	9,3
Andere Einlagen (Einstandspreis)				
a) bis zu 2 Jahren	190 505 121	10,2	190 814 911	10,7
b) über 2 Jahre	523 490	0,0	1 049 241	0,1
Sonstige Aktiva	13 556 177	0,7	11 310 570	0,6
Passiva				
Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 250 000)				
davon eingezahlt	102 562 500	5,5	102 562 500	5,7
Besondere Einlagen				
a) Treuhänderannuitäten	154 498 655	8,2	154 510 055	8,7
b) Einlage der deutschen Regierung	80 002 141	4,3	80 008 044	4,5
c) Garantiefonds der französischen Regierung	68 679 158	3,7	68 728 393	3,8
Einlagen auf Sicht				
a) Zentralbanken				
für eigene Rechnung	99 699 849	5,3	74 815 073	4,2
für Rechnung Dritter	193 228 080	10,3	128 410 928	7,2
b) Sonstige Einlagen	118 678	0,0	116 418	0,0
Einlagen bis zu höchstens 3 Monat.				
a) Zentralbanken				
für eigene Rechnung	481 844 107	25,7	361 565 497	20,3
für Rechnung Dritter	665 035 109	35,4	597 035 330	39,1
Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten				
Zentralbanken				
für eigene Rechnung	15 554 790	0,8	103 625 902	5,8
für Rechnung Dritter	—	—	142 903	0,0
Sonstige Passiva	15 004 577	0,8	13 707 052	0,7
Bilanzsumme	1 876 225 644	100,0	1 784 228 096	100,0

Bayerische Vereinsbank

Kredit- und Hypotheken-Bank



Niederlassungen an allen größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

Main table with columns for years 1929 and 1930, and rows for various commodities like Kupfer, Zinn, Silber, Roggenbrot, etc. Includes sub-sections for 'Geld- und Kapitalmarkt' and 'Wirtschaftskennzahlen'.

1) Arbeitstäglich.
2) Tägliche Durchschnittsproduktion.
3) 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.
4) Stichtagnotierungen vom 1. u. 15. des Monats.
5) 1929 einschl. Sonderfurderung für berufstubliche Arbeitslosigkeit.
6) Ohne Nordirland. Wochenanfang.
7) Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellsch.
8) Angaben aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.
9) London town, metropoliten, country, Woche von Donnerstag bis Mittwoch.
10) Bank clearings; Woche von Freitag bis Donnerstag.
11) Woche von Freitag bis Donnerstag.
12) Stichtag Mittwoch.
13) Financial Times.
14) Bulletin de la statistique générale de la France.
15) Irving Fisher.
16) Notierung vom Dienstag der jeweil. Woche, falls kein Termin angegeben, greifbar.
17) 1 bushel Weizen = 27,22 kg.

18) 1 bushel Mais = 25,40 kg.
19) 1 lb = 0,4536 kg.
20) 1 cwt = 50,8 kg.
21) Einschliel. 5,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.
22) Superior Santos, Terminnotierung von 14 Uhr.
23) Fair fermented mid-crop.
24) Good ferm.
25) Calcutta.
26) 1 long ton = 1016, 045 kg.
27) Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.
28) Fully good fair Sakellaridis.
29) Machine-ginned: Broach = wichtigste ostindische Sorte.
30) Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Wollhandels.
31) A/AA vollschurzig; deutsche Wolle, fabrikgewaschen.
32) Buenos Aires D 1 mittel.
33) 1 ounce = 31,1 gramm.
34) 985/1000 Feingehalt.

35) Stichtag Mittwoch, für die 47. Woche 1930 Dienstag, der 18. November; Angaben des Statistischen Amts der Stadt Berlin.
36) Wochendurchschnitt. Für die letzte Woche sind die Stichtagnotierungen vom 9. Dezember 1930 eingesetzt.
37) Auf 1 Monat.
38) Festverzinsliche Werte. Angaben des Statistischen Reichsamts.
39) Zu- (+) oder Abnahme (-) des Goldbestandes d. Zentralbank nach den Bankausweisen.
40) Unter Beruckichtigung der Abgänge nach u. der Zugänge von dem Earmarkings-Konto.
41) Stichtag Freitag.
42) Irving Fisher; gewogener Index, 228 Aktien Woche endend am Freitag.
43) New York reporting member banks.
44) Verfügbare Arbeitssuchende bei den Arbeitsämtern einschl. der noch in Stellung oder in Notstandarbeit befindlichen Arbeitssuchenden.
45) Für kurze Sicht: 4,67 %.
46) Für kurze Sicht: 4,70 %.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Wirtt. Noten-B.
29. November 1930				
<i>Aktiva</i>				
Gold	28.559	21.032	8.124	8.176
Deckungsfähige Devisen	7.407	10.352	2.821	6,4 82
Sonstige Wechsel u. Schecks	50.576	58.452	20.709	18, 29
Deutsche Scheidemünzen	0,037	0,066	0,009	0,021
Noten anderer Banken	1,464	9, 39	0,052	0,334
Lombardforderungen	2,005	2,359	0,687	2,115
Wertpapiere	5,009	2,087	7,342	4,421
Sonstige Aktiva	8,734	10,032	28,479	37,475
<i>Passiva</i>				
Notenumlauf	69,213	69,007	21,5 5	25,185
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	1,800	15,281	12,410	6,437
Verbindlichkeiten mit Kündigungsrückstellungen	0,107	5,460	19,790	30,754
Sonstige Passiva	3,569	3,673	2,908	6,1 7
Weitergegebene Wechsel	5,291	0,001	2,357	1,294

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	6. 12. 1930	29. 11. 1930	7. 11. 1930	7. 12. 1929
<i>Aktiva</i>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrgold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet und zwar:	2 190,277	2 179,992	2 180,009	2 244,653
Goldkassenbestand	1 968,260	1 958,189	1 958,633	2 091,865
Goldpol (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	222,0 7	221,803	221, 976	149,788
3. Deckungsfähige Devisen	536,922	521,840	219,185	398,754
4. a) Reichsschatzwechsel	66,36 1	105,910	46,1 0	28,840
b) Sonstige Wechsel und Schecks	2 000,162	2 003,116	2 133,706	2 263,037
5. Deutsche Scheidemünzen	148,259	152,524	157,726	94,138
6. Noten anderer Banken	12,346	4,213	15,706	12,362
7. Lombardforderungen	76,783	231,479	101,208	57,082
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0,001	0,001	0,001	0,001
8. Effekten	102,474	1) 102,474	1) 102,175	92,668
9. Sonstige Aktiva	465,700	486,210	485,257	665,230
<i>Passiva</i>				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,760	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53,915	53,915	53,915	48,797
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46,224	46,224	46,224	45,811
c) sonstige Rücklagen	271,000	271,000	271,000	225,000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4 439,5 9	4 601,270	4 372,883	4 684,044
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	341,410	381,435	313,678	438,732
5. Sonstige Passiva	320,307	314,088	260,031	289,502
Bestand an Rentenbankscheinen	36 8	9 6	40,2	41,5
Umlauf an Rentenbankscheinen	410,0	437,2	407,0	368,7
Deckungsverhältnis %	61,4	58,8	54,9	56,4
Diskontsatz %	6	6	6	7
Lombardsatz %	6	6	6	8

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Internationale Wirtschaftszahlen

In der Tabelle „Internationale Wirtschaftszahlen“ der Nr. 49 des MdW sind beim Großhandelsindex der Vereinigten Staaten (S. 2269) für den Monat Oktober 1930 die Zahlen wie folgt zu berichtigen:

Gesamt	84,6
Landwirtschaftliche Produkte	78,1
Nahrungsmittel	87,9
Häute und Leder	79,3
Textilien	76,6
Heiz- und Leuchtstoffe	86,1
Metalle und Metallprodukte	90,9
Baumaterialien	91,6
Chemikalien und Drogen	90,1

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. — Für die Inserate: i. V. E. Schepke. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin Nr. 149 296.

Finanzanzeigen in diesem Heft.

Bank Elektrischer Werte Aktiengesellschaft: Bilanz und Dividende.
 Schultheiß-Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.

Die Aktionäre der

Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft

werden hiermit zu der am

Sonnabend, den 3. Januar 1931, 11 Uhr vormittags, im Sitzungssaal der Gesellschaft, Berlin NW 40, Roonstraße 6, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und der Abschlußbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für den 31. August 1930 sowie des Berichtes des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Aufsichtsratswahl.

Diejenigen Aktionäre, welche in der Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, werden mit Bezug auf die §§ 25 bis 27 des Gesellschaftsvertrages ersucht, ihre Aktien oder die über die Aktien lautenden Hinterlegungsscheine der Bank des Berliner Kassenvereins bis spätestens

Montag, den 29. Dezember 1930, mittags 12 Uhr,

in Berlin bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Behrenstraße 9—13,

„ „ „ „ Commerz- und Privatbank A.-G., Charlottenstraße 47,

„ „ „ „ Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Behrenstraße 68/69,

„ sowie bei den Niederlassungen dieser Banken in Hamburg, München und Breslau, ferner bei den Niederlassungen der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft sowie der Commerz- und Privatbank A.-G. in Dessau, ferner

in Berlin bei der Berliner Handels-Gesellschaft, Französische Straße 42—44,

„ „ „ dem Bankhause Jacquier & Securius, An der Stechbahn 3/4,

„ „ „ „ Bankhause E. J. Meyer, Voßstraße 16,

„ „ „ der Bank des Berliner Kassenvereins (nur für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots), Hinter der Katholischen Kirche 2,

„ „ „ „ Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Roonstraße 6—8,

in Dessau bei der Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Abteilung III, Brauerieistraße 1/2,

in Breslau bei der Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Abteilung V, Mathiasstraße 204—208,

während der üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen.

Die Aktien können auch bei einem deutschen Notar hinterlegt werden. In diesem Falle ist der Nachweis der Hinterlegung durch Einreichung des notariellen Hinterlegungsscheines bei einer der angeführten Hinterlegungsstellen spätestens am

Dienstag, den 30. Dezember 1930, mittags 12 Uhr,

zu führen.

Der Hinterlegungsschein eines Notars muß die Bescheinigung enthalten, daß die darauf nach Nummern verzeichneten Aktien nur gegen Rückgabe des Hinterlegungsscheines oder erst nach Schluß der Generalversammlung ausgeliefert werden dürfen.

Berlin, den 8. Dezember 1930.

Der Aufsichtsrat
 der
**Schultheiß-Patzenhofer
 Brauerei-Aktiengesellschaft.**
 Eugen Landau.



Rohre aller Art

nahtlos bis 650 mm \odot

überlappt geschweißt von 300 bis 4000 mm \odot



Schmiedeeiserne Fässer / Lichtmaste / Leitungsmaste
Grob-, Mittel- und Feibleche

MANNESMANNRÖHREN-WERKE / DÜSSELDORF

Bank Elektrischer Werte Aktiengesellschaft

Bilanz am 30. Juni 1930.

Aktiva:		RM
Effekten und Beteiligungen		30 369 490,78
Bankguthaben		5 790 714,19
Debitoren		1 525 000,—
Inventar		1,—
		37 685 205,97
Passiva:		RM
Aktienkapital:		
Stammaktien	16 995 040,—	
„ Lit. B	6 000 000,—	
„ Lit. C	5 000,—	
4½ % Vorzugsaktien	1 200 000,—	24 200 040,—
Reservefonds		4 100 000,—
Teilschuldverschreibungen		5 547 300,—
Nicht eingelöste Dividendenscheine		14 254,70
Nicht eingelöste Zinsscheine		523 889,94
Genußrechte-Zinsen		
nicht abgehobene Genußrechte-Zinsen		8 843,63
Genußrechte		
nicht abgehobene verlorste Genußrechte		12 450,—
Genußrechte-Tilgung		438,50
Kreditoren		647 106,60
Gewinn		2 630 882,60
		37 685 205,97

Gewinn- und Verlust-Rechnung
für die Zeit vom 1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930.

Debet:		RM
Geschäftskosten und Steuern		574 507,86
Teilschuldverschreibungszinsen		277 989,38
Gewinn		2 630 882,60
		3 483 379,84
Kredit:		RM
Vortrag aus 1928/29		84 566,32
Brutto-Geschäftsgewinn		3 398 813,52
		3 483 379,84

In der heutigen ordentlichen Generalversammlung wurde für das Geschäftsjahr 1929/30 die Zahlung eines Gewinnanteils von

4½ % auf die Vorzugsaktien,
10 % auf die Stammaktien, die Stammaktien Lit. B und Lit. C

beschlossen.

Die Auszahlung erfolgt unter Abzug von 10 % Kapitalertragssteuer vom 9. Dezember d. J. ab gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine

Nr. 1 unserer Vorzugsaktien über M 100,— mit M 4,05,

Nr. 30 unserer Stammaktien über M 100,— mit M 9,—.

Berlin, den 8. Dezember 1930.

Bank Elektrischer Werte Aktiengesellschaft

Nr. 30 unserer Stammaktien über M 1000,— mit M 90,—,

Nr. 1 unserer Stammaktien Lit. B über M 100,— mit M 9,—,

Nr. 1 unserer Stammaktien Lit. B über M 1000,— mit M 90,—, unserer Stammaktien über M 20,— mit M 1,80 gegen Abstempelung der Erneuerungsscheine

bei folgenden Stellen:

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Berliner Handels-Gesellschaft
Bankhaus S. Bleichröder
Delbrück Schickler & Co.
Hardy & Co. G. m. b. H.

in Berlin,

Darmstädter u. Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft
Dresdner Bank

in Berlin, Aachen,
Breslau, Frankfurt a. M.,
Köln, Leipzig, München.

Bankhaus E. Heimann

in Breslau,

Bankhaus Gebrüder Sulzbach

in Frankfurt a. M.,

Bankhaus A. Levy

Sal. Oppenheim jr. & Cie. } in Köln,

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig,

Bankhaus Hardy & Co. in München,

Schweizerische Kreditanstalt in Zürich, Basel und Genf, bei letzterer in Franken zum Tageskurse.

Die Auszahlung der Beteiligung der Altbesitzer unserer Schuldverschreibungen am Reingewinn für das Geschäftsjahr 1929/30 erfolgt unter Abzug von 10 % Kapitalertragssteuer bei den genannten Zahlstellen gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 5 zur Genußrechtsurkunde, und zwar:

über je M 50,—, die bis zum Höchstsatze von 4 % gewinnberechtigt sind, mit M 1,80,

über je M 50,—, die bis zum Höchstsatze von 4½ % gewinnberechtigt sind, mit M 2,02,

über je M 100,—, die bis zum Höchstsatze von 4 % gewinnberechtigt sind, mit M 3,60,

über je M 100,—, die bis zum Höchstsatze von 4½ % gewinnberechtigt sind, mit M 4,05,

über je M 200,—, die bis zum Höchstsatze von 4 % gewinnberechtigt sind, mit M 7,20,

über je M 200,—, die bis zum Höchstsatze von 4½ % gewinnberechtigt sind, mit M 8,10.

Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Genußrechte unserer aufgewerteten Schuldverschreibungen belief sich am 30. Juni 1930 auf M 1 752 500,—.

In den Aufsichtsrat wurden die Herren Bankier Hans Arnold, Berlin, und Senator Carl Cohn, Hamburg, neugewählt.

Beachten Sie

das nächste Heft, die Doppelnummer 51/52
und das erste Heft des neuen Jahrgangs

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT

Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark

HAUPTSITZ BERLIN

Schnelle und zuverlässige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte wie An- und Verkauf von Effekten, Devisen, ausländischen Geldsorten / Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren / Vermietung von Schrankfächern in unserer Stahlkammer / Aufbewahrung verschlossener Depots

Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande / Korrespondenten an allen bedeutenden Plätzen der Welt

*Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Aktiva . . über **234 000 000 RM**



Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversich.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Gotha Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversicherungs-Bank
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über **3 000 Millionen RM**

Maschinen- und Bohrgerätefabrik **Alfred Wirth & Co.** Erkelenz (Rheinland)

Abteilung:

Bohrgeräte

Tiefbohrgeräte und Werkzeuge aller Art

Bohrkräne aller Systeme

Schöpfkräne / Dampfmotoren / Pumpen
Schürfbohrmaschinen

Abteilung:

Adjustage- und Werkzeugmaschinen

Rollenrichtmaschinen, Richtpressen / Friemelwalz-
werke / Walzendrehbänke / Walzenschleifmaschinen
Blechkanthobelmotoren / Kess-Bohrmaschinen
einfache und doppelte Rohrdrehbänke / Kältsägen
Kompressoren

DRESDNER BANK

Direktion: Berlin W 56, Behrenstraße Eigenkapital RM 134 000 000

Niederlassungen in rund 100 Städten

Amsterdam: Proehl & Gutmann

Genossenschafts-Abteilungen Berlin—Frankfurt a. M.

Inkassodienst für 3000 Plätze — Reisekreditbriefdienst

Überweisungsverkehr

Zentralkreditinstitut der genossenschaftlichen Volksbanken